Inhalt

Vorbemerkung

Heiner Karuscheit

Arbeiterschaft und SED-Sozialismus – eine gescheiterte Beziehung …… 5

1. Um Demokratie, Sozialismus und die Zwei-Lager-Politik ……. 8

2. Die Schlüsselkrise der 50er Jahre …….……. 20

3. Der Wendepunkt: der 17. Juni 1953 …….. 26

4. Der Weg in den Untergang der DDR …… 32

Heiner Karuscheit

Rezension und Kritik der „Kleinen Geschichte der SED“ …… 46

Martin Schlegel

Rezension und Diskussion des Buchs „Chinas große Umwälzung“ ….. 53

Fritz Gött

Einige Streitpunkte in der Reflexion des NS-Regimes ……... 67

Dokumentation

Interview mit Sahra Wagenknecht über linke Akademikerparteien …… 74

Vorbemerkung

In Fortsetzung unserer Beschäftigung mit der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und den Perspektiven des Marxismus befasst sich H.Karuscheit mit der DDR. Er ordnet den Übergang zum Sozialismus 1952 in die innersowjetischen Auseinandersetzungen ein, die in den Nachkriegsjahren über die richtige Revolutionsstrategie geführt worden. Der Artikel kommt zu dem Schluss, dass durch den Arbeiteraufstand in Ostberlin am 17.Juni 1953 der Machtkampf in Moskau entschieden und die Weichen für das weitere Schicksal des Sowjetstaats und der DDR gestellt wurden.

Außerdem hat Karuscheit zu dem Thema eine kritische Rezension der kürzlich erschienenen „Kleinen Geschichte der SED“ von Heinz Niemann geschrieben.

Eine erste Fassung des hier abgedruckten Artikels hat auch die Zeitschrift *Rotfuchs* mit der Aufforderung zur Diskussion erhalten. Bruni Steiniger von der Redaktion des *Rotfuchs* hat sich für den Beitrag, der ihres Erachtens „einen tiefen Einblick in die Geschichte der DDR ermöglicht“, vielmals bedankt, den Abdruck aber wegen seines Umfangs abgelehnt. Ob es trotzdem zu einer Diskussion kommt, wird man sehen.

Martin Schlegel diskutiert anhand des Buchs von Felix Wemheuer „Chinas große Umwälzung“ das Problem des Sozialismus in China. Es geht dabei um die Frage, ob sich die VRCh in der Reform-Ära zu einer kapitalistischen Gesellschaft entwickelt hat oder sich weiterhin in einer Übergangsphase zum Sozialismus befindet. Oder ist sie nach wie vor sozialistisch, eine Auffassung, die es auch in einem Teil der Linken gibt?

Fritz Gött setzt sich mit der Frage auseinander, in welchem Maße die Arbeiterschaft im Dritten Reich bis zum Schluss hinter dem NS-Regime stand oder nicht.

Zu einem Thema, das keinen Eingang in unsere Zeitschrift gefunden hat: Corona. Zur Einschätzung der von der WHO festgestellten Pandemie gibt es in unseren Reihen unterschiedliche Auffassungen, jedoch möchten wir einige Punkte benennen, die uns gemeinsam *politisch* wichtig erscheinen: Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen kommen vorwiegend aus der „Mitte der Gesellschaft“. Es sind wesentlich bürgerliche Kräfte, die sich gegen die von der Regierung verfügten Einschränkungen von Grundrechten wenden, wie das schon bei den sog. „Wutbürgern“ von „Stuttgart 21“ der Fall war. Dazu gehört auch die Aushöhlung des Parlamentarismus durch die freiwillige Selbstentmachtung der Parlamente im Bund und den Ländern beim Erlass der Corona-Maßnahmen durch die Exekutive. Der Widerstand gegen die Regierungspolitik spiegelt u.E. eine langsame Abwendung von der gegenwärtigen „Parteiendemokratie“ wider - die Deutungshoheit der bürgerlichen Parteien bröckelt.

Gleichzeitig ist es so gut wie unmöglich, in der Öffentlichkeit eine ernsthafte Diskussion über die Corona-Gefahr und die Einschränkung demokratischer Grundrechte zu führen, weil sich die Medien als Echokammern der Regierungspolitik betätigen, abweichende Positionen als Verschwörungstheorien bezeichnen und die Proteste in eine „rechte“ Ecke stellen.

Währenddessen agiert die Linke als Flügel der Merkel-Regierung, indem sie nicht einmal darüber *reflektiert*, was die Einschränkung demokratischer Rechte und die Demontage des Parlamentarismus bedeuten. In diesem Zusammenhang dokumentieren wir abschließend ein Interview mit Sahra Wagenknecht, in dem sie die Frage stellt, ob die Linkspartei inzwischen eine Akademikerpartei geworden ist, der die Genderfrage wichtiger ist als soziale Ungleichheit, Armutslöhne und niedrige Renten.

Zum Schluss machen wir darauf aufmerksam, dass an die Redaktion der AzD geschickte Texte, die keinen Platz in der Zeitschrift finden, von uns auf der Webseite der „Kommunistischen Debatte“ eingestellt werden können. Das haben wir kürzlich mit zwei neuen Texten gemacht: „Der direktdemokratische Weg zu einer besseren Gesellschaft“ von Alfred Müller (Rubrik „Sozialismus“) sowie von Frithjof Rausch „Die Geschichte der Ware und des Geldes“, die sich u.a. mit den Theorien David Graebers, eines Theoretikers der occupy-Bewegung, befasst (Rubrik: Entwicklungstendenzen des Kapitals).

Heiner Karuscheit

Arbeiterschaft und SED-Sozialismus – eine gescheiterte Beziehung

Vorbemerkung: Das Schweigen der Linken

Mit dem Untergang der vor siebzig Jahren gegründeten DDR ging nicht nur der erste Sozialismusversuch auf deutschem Boden zu Ende, sondern endete auch die vor hundert Jahren aus der Novemberrevolution 1918/19 hervorgegangene kommunistische Bewegung. Mittlerweile sind seit dem Untergang der DDR drei Jahrzehnte vergangen, deshalb hätte man erwarten können, dass die marxistische Linke den siebzigsten Jahrestag nutzen würde, um den Ertrag von dreißig Jahren Analyse und Diskussion zur Geschichte der DDR und zum Scheitern des Sozialismus vorzustellen. Wie nutzte sie diese Gelegenheit?

Die der DKP nahestehenden „Marxistischen Blätter“ beschränkten sich darauf, in einer Schwerpunktausgabe den „Kulturstaat DDR“ zu feiern (MBl 4/2019). Im 2006 verabschiedeten Parteiprogramm der DKP heißt es, dass man für die Niederlage des realen Sozialismus in Europa „bisher noch keine abschließenden Erklärungen“ hat und „sich der Aufgabe (stellt), die Ursachen für die Niederlage aufzudecken (...) Die Diskussion dazu findet in der DKP statt.“ Wer die Debatten in der DKP und ihrem Umfeld verfolgt hat, weiß, dass es bei der Absichtserklärung geblieben ist, dokumentiert durch die Beschränkung der MBl auf den „Kulturstaat DDR“.

Die Monatszeitschrift „Rotfuchs“, das ostdeutsche Gegenstück zur DKP und den MBl, getragen hauptsächlich von ehemaligen SED-Mitgliedern oder nachgewachsenen Sympathisanten, brachte im Oktober 2019 eine Sonderbeilage zum 70. Jahrestag heraus, die neben Interviews mit Pieck und Grotewohl aus dem Jahr 1945 u.a. den Leitartikel „Sagen wird man über unsere Tage...“ vom Rotfuchs-Chefredakteur Arnold Schölzel (früher Chefredakteur der *jungen welt*) enthielt. Darin stand zum Werdegang der DDR nichts, umso mehr hatte Schölzel zum wiederauflebenden Faschismus und Militarismus in der BRD sowie der „Kriegsvorbereitung Richtung Osten“ zu sagen.

Den Abschluss bildete der Wiederabdruck eines von Karl-Eduard von Schnitzler, dem Chefpropagandisten des DDR-Fernsehens, 1998 geschriebenen Artikels, der die DDR als Friedens- und Rechtsstaat gegen den „Unrechtsstaat BRD“ pries und dessen Kernaussage lautete: „Wer sagt eigentlich, dass die sogenannte Aufarbeitung der DDR-Geschichte mit der Analyse ihres Zusammenbruchs beginnen muss?“ So polemisch und unernsthaft – seinem Urheber entsprechend – der Satz auch daherkommt, so treffend bringt er gleichzeitig die Rat- und Sprachlosigkeit der Linken auf den Punkt.

Eine „antifaschistisch-demokratische“ Ausflucht

Auffällig war, dass der „Rotfuchs“, anstatt den Sozialismus zu thematisieren, die DDR wesentlich ihrer antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften wegen pries. Als antifaschistische Demokratie existierte sie jedoch lediglich bis Mitte 1952, denn am 9. Juli dieses Jahres beschloss die SED auf ihrer II. Parteikonferenz den Übergang zum Sozialismus und setzte damit der bisherigen Beschränkung ihrer Politik ein Ende.

Vier Monate zuvor hatte Stalin die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten unter der Bedingung der außenpolitisch-militärischen Neutralität bei freier Wahl der Gesellschaftsordnung angeboten – was auf ein bürgerliches Gesamtdeutschland und das Ende der SED-Herrschaft in der DDR hinauslief. Mit ihrem Sozialismusbeschluss beendete die SED daher nicht nur die von ihr bis dahin verfolgte Politik der antifaschistischen Demokratie, sondern torpedierte vor allem das soeben gemachte Wiedervereinigungsangebot, denn es war klar, dass es keine Wiedervereinigung zwischen einer sozialistischen DDR und einem bürgerlichen Weststaat geben konnte.

38 Jahre später fand diese Wiedervereinigung unter bürgerlichem Vorzeichen statt - nur mit dem Unterschied, dass das vereinigte Deutschland jetzt das militärische Bündnis der Westrepublik mit den USA in Gestalt der NATO-Mitgliedschaft fortsetzte. Wäre es da nicht naheliegend gewesen, sich Gedanken über die 1952 eingeleitete Sozialismuspolitik zu machen, anstatt sich mit Unschuldsmiene auf die antifaschistische Demokratie bzw. den „Kulturstaat DDR“ zu berufen?

Rotfuchs und DKP stehen gemeinsam in der Nachfolge der 1918/19 aus der Novemberrevolution hervorgegangenen kommunistischen Bewegung. Die 1949 gegründete DDR war jahrzehntelang „ihr“ Staat. Was besagt es, wenn sie immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Untergangs haben? Wie will man jemals wieder Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn man weder zum Scheitern des Sozialismus noch zum Ende der kommunistischen Bewegung eine substantielle Erklärung vorzuweisen hat?

Ökonomie und Gesellschaft

Auf einem anderen Flügel der Linken gab Thomas Kuczynski in dem Artikel „Woran ist der Sozialismus in der DDR gescheitert“ eine ökonomische Antwort auf die gestellte Frage. Er schrieb, dass das Scheitern „vor allem ökonomischer Natur“ war. Dafür verantwortlich soll das internationale Kapital gewesen sein, das den „Nominalsozialismus“ – wie er ihn nennt – im Rahmen der sogenannten Systemkonkurrenz ökonomisch in die Knie zwang“. (Zeitschrift „Sozialismus“ 10/2019, S.39, 45) Aber wie konnte das gelingen? Warum war die SED nicht in der Lage, durch die planmäßige Regelung der Produktion die gesellschaftlichen Produktivkräfte so zu entwickeln, dass man den westlichen Kapitalismus überholte anstatt ihm zu unterliegen?

Anders als Kuczinsky thematisierten zwei Autoren in der „Z“ Nr. 119 vom September 2019 diese Frage, indem sie auf das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft eingingen. Beide konstatierten die zurückbleibende Produktivität der DDR-Wirtschaft, blieben bei dieser Feststellung aber nicht stehen, sondern verwiesen zur Erklärung auf die unzureichende Befolgung des Leistungsprinzips in der Produktion. Sie vermerkten,

dass den Fachleuten und der Staatsführung anhand der Kontrollziffern des Wirtschaftsplans die Schwächen der DDR-Ökonomie klar waren und dass regelmäßig versucht wurde, der Leistungsorientierung Geltung zu verschaffen. Als Grund dafür, weshalb das nicht gelang, verwies Jörg Roesler auf das „nicht bzw. nicht mehr intakte Verhältnis der SED-Führung zu ‚ihren' Werktätigen". Die Arbeiterschaft widersetzte sich allen Bemühungen, die Produktivität durch eine stärker leistungsorientierte Produktionsweise zu erhöhen; sie ließ alle Appelle an ihre Leistungsbereitschaft in die Leere laufen, weil das „Vertrauen in das Wirken von Partei und Regierung" verloren gegangen war und nicht „wieder hergestellt werden konnte". Da die entscheidende Produktivkraft jedoch der Mensch selber ist, war der Untergang der DDR, so der Autor, letztlich „auf das Versagen des politischen Systems der DDR zurückzuführen". („Z" Nr 119, S.121)

In derselben Ausgabe der „Z" illustrierte Siegfried Prokop diesen Tatbestand in einem Aufsatz über „Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR (1970-1976)". Um dem Leistungsprinzip Geltung zu verschaffen, versuchte die SED-Führung auf dem IX. Parteitag 1976, zusammen mit der Einführung neuer Sozialleistungen das Gestrüpp von 170 verschiedenen Tarifgruppen zu lichten, das nach dem Urteil der Fachleute einer leistungsgerechten Organisierung der Produktion entgegen stand. Doch als die Werktätigen darauf mit einem vernehmbaren Murren reagierten, verzichtete die Parteiführung nach den Worten Prokops „geradezu in Panik" auf das Tarifprojekt und setzte lediglich die sozialpolitischen Beschlüsse um. Auf diese Weise hatte das Leistungsprinzip „immer weniger eine Chance" und wandelte sich die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer „Sozialpolitik auf Kosten der Wirtschaft" um („Z" Nr 119, S.113f), was dauerhaft nicht durchzuhalten war.

Die innere Staatsgründung der DDR

Mehr sagten die Autoren zu dem Thema nicht, doch es liegt auf der Hand, woher die Heidenangst rührte, mit der die SED-Führung 1976 reagierte: es war der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, der ihr mehr als zwanzig Jahre später immer noch in den Knochen steckte und sie in Panik zurückrudern ließ, während die Arbeiterschaft dem Staat die eigene Produktivkraft verweigerte.

Nach der Niederschlagung der Unruhen gestaltete die SED den Staat so um, dass die Gefahr eines zweiten „17. Juni" gebannt war und der weitere Aufbau des Sozialismus ohne Störung erfolgen konnte. Basierend auf dem Sozialismusbeschluss von 1952 erfolgte so die innere Staatsgründung der DDR als sozialistischer Separatstaat, indem Gesellschaft und Staat die Form erhielten, deren Grundzüge bis zum Schluss Bestand hatten. Auf diesen Zeitraum der inneren Staatsgründung konzentriert sich der nachfolgende Text, um den Werdegang der DDR zu entschlüsseln.

Dabei ist es unvermeidlich, die Deutschlandstrategie der Sowjetunion einzubeziehen, da diese als Siegermacht des Weltkriegs Richtung und Grenzen der in Ostberlin verfolgten Politik bestimmte. Diese Strategie war in Moskau heftig umstritten, jedoch wurde der Streit unter der Decke gehalten, um keine Zweifel an der „monolithischen Geschlossenheit" der bolschewistischen Partei aufkommen zu lassen. Seitdem die

frühere Debattenkultur der Bolschewiki in den Säuberungen und Schauprozessen der 30er Jahre zusammen mit den „Abweichlern, Volksverrätern und Trotzkisten“ liquidiert worden war, versteckten sich die dennoch geführten strategischen Debatten hinter allgemeinen Floskeln des Marxismus-Leninismus und nichtssagenden Konsensbekundungen. Damit korrespondiert eine Vorstellung von Stalin als einem die sowjetische Politik als Alleinherrscher bestimmenden Diktator, die es bis heute erschwert, die realen Machtverhältnisse und Entscheidungsprozesse zu durchschauen, zumal wichtige Archivalien in Moskau immer noch nicht frei zugänglich sind.

Dennoch liefern die vorhandenen Materialien, Dokumente und Erinnerungen genügend Fakten, um die Auseinandersetzungen nachzuvollziehen und von der SED-Politik sowie der DDR eine andere Geschichte zu erzählen als bislang üblich.

1. Um Demokratie, Sozialismus und die Zwei-Lager-Politik

„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, ... die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen hat, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste vollständig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit all seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.
Wir sind der Auffassung ..., dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland ... den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes (vorschreiben), einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk."
Mit diesem programmatischen Aufruf verkündete die aus dem russischen Exil zurückgekehrte KPD-Führung am 11. Juni 1945 die Ziele ihrer künftigen Politik.

Ein neues KPD-Programm zur Vollendung der bürgerlichen Revolution

Die propagierte Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution mit dem Ziel einer parlamentarisch-demokratischen Republik war eine Reaktion auf die zwölfjährige Herrschaft des Nationalsozialismus und bedeutete eine vollständige Abwendung von der bis dahin verfolgten sozialistischen Revolutionsstrategie. Die Kehrtwende war unter dem Einfluss der sowjetischen Kommunisten erfolgt. Bereits 1938 hatte der „Kurze Lehrgang“ der Geschichte der KPdSU (B) verlautbart, dass die Novemberrevolution in Deutschland keine *sozialistische*, sondern eine *unvollendete bürgerliche Revolution* gewesen sei, und sich damit von der Revolutionspolitik Luxemburgs und der KPD distanziert. In Fortsetzung davon war der demokratische Aufruf in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Parteiführung zustande gekommen; Stalin hatte sich an der Ausarbeitung des Aktionsprogramms persönlich beteiligt.[1]

Der Politikwechsel warf eine Reihe von grundlegenden Fragen zu den früher vertretenen Einschätzungen auf, konkret zur bürgerlichen Revolution in Deutschland und zur Novemberrevolution, Schließlich hatte die KPD im Gefolge der SPD bis dahin negiert, dass sich die bürgerliche Revolution durch die Reichseinigung nicht erledigt

[1] Tagebuch Dimitroff; in: Neubert S.167f

hatte, sondern ihre *demokratische Aufgabenstellung* nach wie vor vollbracht werden musste.

Daran hatte auch die Novemberrevolution nichts Grundlegendes geändert, denn durch das Zusammengehen der SPD mit dem junkerlichen Militäradel am Ausgang des Kriegs (Ebert-Groener-Pakt) waren die Grundstrukturen des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats, Eigentumsverhältnisse und Staatsmaschinerie komplett erhalten geblieben. Sie hatten lediglich einen parlamentarischen Überbau erhalten, aber eine *soziale Umwälzung* hatte es nicht gegeben. Insoweit traf die Feststellung aus dem Aufruf zu, dass die Novemberrevolution eine unvollendete bürgerliche Revolution gewesen war. Noch deutlicher ist zu sagen, dass die Weimarer Republik nicht aus der Novemberrevolution, sondern aus einer *Konterrevolution*, nämlich aus der *Niederwerfung der Revolutionsbewegung* hervorgegangen war.[2]

Darüber hinaus drängte sich die Frage auf, ob nicht auch der Nationalsozialismus mit seiner Gegnerschaft gegen die Moderne, gegen die Aufklärung, gegen Liberalismus und Sozialismus im Kontext mit der bislang gescheiterten bürgerlichen Revolution begriffen werden musste. Schließlich war Deutschland neben Italien das einzige kapitalistisch entwickelte Land, in dem der Faschismus – wenngleich in anderer Gestalt – an die Macht gelangt war, während die Staaten einer bürgerlichen Revolution resistent geblieben waren.

Unverstandene Novemberrevolution

Wenn die KPD also jetzt eine demokratische Umwälzung propagierte, gab es genügend Gründe, sich mit dem früher verfolgten Revolutionskonzept und den dahinterstehenden Einschätzungen auseinander zu setzen. Das war auch deswegen zwingend, weil der Aufruf bei der Mehrheit der Kommunisten, die in Deutschland geblieben waren und illegale Arbeit geleistet hatten, auf Unverständnis bis Ablehnung stieß. "Im Gegensatz zu vielen während des Moskauer Exils getroffenen Einschätzungen, wonach die mit den Beschlüssen der Brüsseler und Berner Konferenz vollzogene Abkehr von einem Sowjetdeutschland bei den Mitgliedern in Deutschland auf große Zustimmung gestoßen sei, wurde diese Forderung wieder laut. Zahlreiche Berichte der Ulbricht-Mitarbeiter registrierten vor allem Widerstand gegen die Moskauer Sicht deutscher Realitäten".[3]

Für die KPD-Mitglieder war die Revolution von 1918/19 nicht der Versuch einer *demokratischen*, sondern eine fehlgeschlagene *sozialistische* Revolution gewesen, und als damaliger Hauptfehler galt ihnen eine zu späte Parteigründung durch Rosa Luxemburg, mithin eine organisatorische Frage. Die vorhandenen Schwächen, so die vorherrschende Lesart, waren aber in den 20er Jahren durch die Bolschewisierung der Partei unter Ernst Thälmann behoben worden, und deshalb stand nun getreu dem Motto „nach Hitler kommen wir!“ der Übergang zum Sozialismus an, gestützt auf die siegreiche Sowjetunion.

---

[2] Karuscheit 2015 und 2018
[3] Podewin, S.171f; s.a. Stößel, S.14, 29, 73ff

Ulbricht selber musste bei seiner Rückkehr nach Deutschland angesichts verbreiteter Forderungen nach sofortiger Einführung des Sowjetsystems konstatieren, dass "die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist".[4] Doch obwohl er anfangs „der eifrigste Propagandist des Programms der bürgerlichen Revolution“ war[5] und es ansonsten kaum eine Frage gab, zu der er sich nicht äußerte (später zeichnete er sogar für eine mehrbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ verantwortlich), setzte er sich nicht mit der linksradikalen Vergangenheit der KPD auseinander. Auch über das Verhältnis von bürgerlicher zu sozialistischer Revolution, zur Rolle des Proletariats in einer bürgerlichen Revolution und das Problem der Hegemonie oder einer Minderheitenrevolution ist bei ihm kein weitergehender Gedanke zu finden.[6]

Unter diesen Umständen war von Anfang an die Gefahr gegeben, dass der demokratische Aufruf als kurzzeitiger taktischer Rückzug aufgefasst wurde, den man rasch hinter sich bringen musste, um schnellstmöglich zum Sozialismus überzugehen.

Das Verhältnis zur Arbeiterschaft

Die vorhandenen politischen Überzeugungen verbanden sich mit einer bestimmten Einstellung zum Proletariat, die nie thematisiert wurde, aber das Denken und Handeln der Kommunisten stillschweigend beeinflusste. Sie ging zurück auf die Ablösung des linken Parteiflügels von der SPD im Ersten Weltkrieg, als entgegen aller Resolutionen und Solidaritätsversprechen der 2. Internationale die Proletarier aller Länder an der Seite „ihrer“ Regierungen gegeneinander Krieg führten – eine Schmach insbesondere für die deutsche Sozialdemokratie, die bis dahin als führende Kraft der internationalen Arbeiterbewegung gegolten hatte.

Rosa Luxemburg hatte keine Erklärung für den Weltkrieg gehabt, der mit ihrer Imperialismustheorie nicht zu begreifen war. Erst recht konnte sie das Bündnis der SPD mit dem preußisch-deutschen Militäradel und die jahrelange Folgsamkeit der Arbeitermassen im Krieg nicht verstehen.[7] Obwohl sie selber bis zuletzt in der SPD und dann der USPD ausgeharrt hatte, warf sie den Massen vor, dass sie im Krieg vier Jahre lang „Kulturpflicht, Ehrgefühl und Menschlichkeit“ vergessen hätten und „sich zu jeder Schandtat missbrauchen“ ließen – ein Urteil, das nicht in einem beliebigen Artikel stand, sondern im Revolutionsprogramm der Spartakusgruppe vom Dezember 1918,

---

[4] Podewin, S.171f

[5] Loth: Einleitung zu Pieck 1994, S.44

[6] Dieser Umgang mit der eigenen Geschichte pflanzte sich fort. 1957/58 setzte in der DDR mit Blick auf den 40. Jahrestag eine größere Debatte über den Charakter der Novemberrevolution ein. Doch kaum in Gang gekommen, dekretierte die SED-Führung, dass die Revolution eine unvollendete bürgerliche Revolution gewesen sei, und beendete die Diskussion.
Anlässlich des 100.Jahrestags konnte man die Fortsetzung dieses Herangehens in der im DKP-nahen „Neue Impulse Verlag“ herausgegebenen Aufsatzsammlung mit dem Titel „Novemberrevolution 1918/19. Ereignis-Deutung-Bedeutung“ (hg von Gerrit Brüning und Kurt Baumann) sehen. Nicht *ein* Beitrag vertiefte die Frage nach dem Charakter der Revolution und ihrer Einordnung in den Zusammenhang von bürgerlicher und sozialistischer Revolution in Deutschland. Ein einziger Autor (Riedl) monierte, dass die SED mit dem Beschluss von 1958 das abrupte Ende der Debatte herbeigeführt hätte, sagte selber aber auch nicht, welche Probleme seines Erachtens vertieft werden mussten.

[7] Karuscheit 2020

das anschließend als Parteiprogramm der KPD fungierte, bis es 1930 von der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung“ abgelöst wurde.

Die damit verbundene Einstellung setzte sich mit Blick auf das Arbeiterverhalten im Dritten Reich fort, nachdem es nicht einmal am Ende des Kriegs zu Widerstandsaktionen gekommen war. Diese Passivität konnte man nur mit Terror und einer geschickten Propaganda erklären, die das Klassenbewusstsein des Proletariats „verschüttet“ hätten. Doch war das eine materialistische Begründung? Musste man sich nicht fragen, was für eine (Arbeiter-) Politik der Nationalsozialismus betrieben hatte, dass er die Arbeiterschaft bis zum Schluss an sich binden konnte? So legte die eigene Erklärung unausgesprochen die Schlussfolgerung nahe, dass die Partei die Rolle eines Vormundes übernehmen musste, um ein in die Irre geführtes Proletariat umzuerziehen.[8]

Soziale Umwälzungen und die SED-Gründung

Unter der Leitlinie des demokratischen Aufrufs wurde im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien eine Landreform durchgeführt, die den junkerlichen Großgrundbesitz an Landarbeiter, Kleinbauern und Flüchtlinge verteilte („Junkerland in Bauernhand“); außerdem wurden die großen Industriebetriebe und Banken verstaatlicht. Damit wurde die soziale Basis der Kräfte, die den Nationalsozialismus an die Macht gebracht hatten, großenteils zerschlagen und eine stabile Basis für die antifaschistisch-demokratische Ordnung gelegt. Die Frage war nur, wie lange die KPD an dieser Politik festhalten würde.

Angestoßen durch die gemeinsame Verfolgung im Dritten Reich, schlossen sich KPD und SPD in der SBZ 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammen; die KPD hatte zu dieser Zeit knapp 620.000 Mitglieder, die SPD knapp 680.000. In den Westzonen unterband die SPD-Führung unter Kurt Schumacher die Vereinigungsbestrebungen. Ermöglicht wurde die Vereinigung durch den demokratischen Aufruf der KPD, doch die entscheidende Voraussetzung war, dass man bis zum Ersten Weltkrieg in einer Partei organisiert gewesen war und mit dem Erfurter Programm von 1891 einen gemeinsamen theoretisch-ideologischen Bezugspunkt hatte.

Dieses Programm basierte nicht auf einer Untersuchung der Klassen- und Herrschaftsverhältnisse im Deutschen Reich und negierte die andauernde Vormachtstellung des junkerlich-preußischen Militäradels im Bündnis mit der Schwerindustrie sowie die daraus folgende Notwendigkeit einer bürgerlich-demokratischen Revolution (unter proletarischer Führung), bevor der Sozialismus anstand. Stattdessen propagierte es die gesellschaftliche Umwandlung als Folge ökonomischer Gesetzmäßigkeiten. Vom Boden dieses Programms aus war die SPD in der Vorkriegszeit allmählich in den preußisch-deutschen Militärstaat hineingewachsen und war es für die Parteimehrheit kein großes Problem gewesen, 1914 ein Kriegsbündnis mit dem Militäradel einzugehen, das auch in der Novemberrevolution Bestand hatte und als dessen Ergebnis die Grundstrukturen der alten Ordnung in der Republik von Weimar erhalten blieben.

[8] Stößel, S.12

Dagegen begriff sich der linke Minderheitsflügel als wahrer Erbe der Bebel-SPD 3und des Erfurter Programms und verfolgte gemäß der ökonomisch-historischen Vorhersage dieses Programms eine sozialistische Revolutionsstrategie, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Wenn jetzt nach 30 Jahren Trennung eine Wiedervereinigung der zerstrittenen Arbeiterparteien stattfand, bot das die Gelegenheit, im Zusammenhang mit der gemeinsamen Vergangenheit die Untauglichkeit des Erfurter Programms für den anstehenden demokratisch-bürgerlichen Umsturz zu reflektieren. Doch die KPD-Mitglieder waren darauf festgelegt, dass die „historische Schuld für das Versagen der deutschen Arbeiterklasse“ 1918/19 im Verrat der Sozialdemokraten (am Erfurter Program) lag, wie es die vom ZK für die Schulung herausgegebenen Geschichtslektionen verkündeten.[9] Dieses moralische „Verrats“-Urteil über die SPD und das Versagen der Arbeiterklasse hatte auch in der SED Bestand.

Um die sowjetische Außen- und Revolutionspolitik

Ihre Politik konnte die KPD/SED nur im Rahmen der sowjetischen Deutschlandstrategie betreiben, allerdings zeigte sich bald, dass die aus Moskau kommenden Direktiven in unterschiedliche Richtungen wiesen.

Die differierenden Zielangaben spiegelten die widersprüchliche Lage des Sowjetstaats wider. Einerseits hatte er mittlerweile die industrielle Basis für den Sozialismus geschaffen und war in der Lage gewesen, diese im Krieg weiter auszubauen. Er gehörte zu den Siegermächten des Weltkriegs und war durch die Niederlage Deutschlands sowie den Niedergang Großbritanniens und Frankreichs zur stärksten europäischen Macht geworden sowie neben den USA zur Weltmacht aufgestiegen. Andererseits hatte der nationalsozialistische Vernichtungskrieg fast 30 Millionen Tote gekostet und die Regionen im Westen des Landes verwüstet hinterlassen, so dass ein umfassender Wiederaufbau anstand. Dagegen hatten die USA als die andere große Siegermacht keine Kriegsschäden erlitten, verfügten über eine stärkere Industrie und schickten sich an, das nachzuholen, was ihnen nach dem ersten Weltkrieg missglückt war, nämlich an ihrer atlantischen Gegenküste Fuß zu fassen. Wie weit das amerikanische Engagement in Europa allerdings reichen und in welchem Umfang es mit militärischen Verpflichtungen einher gehen würde, war zunächst unklar und in den USA selber umstritten.[10]

Revolutionspolitisch stellte sich bald heraus, dass vorerst in keinem kapitalistisch entwickelten europäischen Land eine soziale Revolution auf die Tagesordnung trat, obwohl die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens zu einflussreichen Massenparteien wurden. Zugleich erstreckte sich der sowjetische Machtbereich zwar bis nach Mitteleuropa hinein, doch die dazu gehörigen Länder waren wesentlich agrarisch geprägt, lediglich die Tschechoslowakei bildete eine Ausnahme. Unter diesen Verhältnissen entwickelten sich in der KPdSU unterschiedliche Auffassungen über die

[9] Ebd, S.65

[10] In seiner Geschichte des Kalten Kriegs (Loth 1990) arbeitet der Autor heraus, in welchem Maße die stufenweise voranschreitende „Teilung der Welt“ anfangs kein einseitiger Prozess war, sondern durch die Interdependenz zwischen den Politiken der beteiligten Mächte bedingt war.

zu verfolgende Außen- und Revolutionspolitik, die auf zwei konträre Konzeptionen hinausliefen, die hier als *Defensiv-* und *Offensivstrategie* gefasst werden.

Eine Defensivkonzeption Stalins

Stalin vertrat eine vorsichtig-defensive Konzeption. Er hatte bereits den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland nicht als *sozialistischen*, sondern (gegen andere Auffassungen in der bolschewistischen Partei) als *nationalen*, als *Großen Vaterländischen Krieg* führen lassen.

Nach Kriegsende verfolgte er eine Ausgleichspolitik gegenüber den USA. Im September 1946 antwortete er schriftlich auf eine entsprechende Frage des Moskauer Korrespondenten der „Sunday Times“, dass er vollkommen "an die Möglichkeit einer freundschaftlichen und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den westlichen Demokratien trotz des Vorhandenseins ideologischer Unterschiede und an einen 'freundschaftlichen Wettbewerb' zwischen den beiden Systemen" glaube.[11] In ökonomischen wie politischen Fragen konzessionsbereit, erklärte er im Dezember 1946 mit Blick auf China die ausdrückliche Bereitschaft seiner Regierung, "mit den Vereinigten Staaten in den fernöstlichen Fragen eine gemeinsame Politik durchzuführen".[12] So favorisierte er eine Zusammenarbeit der KPCh mit der Kuomintang Tschiang Kai-Scheks und unterstützte Mao Zedong im Bürgerkrieg nur zögerlich. Und auch im griechischen Bürgerkrieg leistete die SU den kommunistischen Kräften keine militärische Hilfe.

Die US-Administration ihrerseits begann schon bald nach Roosevelts Tod, sich von der Konzeption der "one-world" unter Einschluss der Sowjetunion zu lösen und auf Distanz zu ihrem sowjetischen Weltkriegsverbündeten zu gehen. Im März 1947 verkündete der amerikanische Präsident Truman aus Anlass des gerade stattfindenden Bürgerkriegs in Griechenland die Entschlossenheit der USA, kein weiteres Vordringen des Kommunismus zu akzeptieren. Allerdings war mit der "Truman-Doktrin" keine neue Aufrüstung und keine „roll-back“-Politik verknüpft. Stalin verfocht deshalb weiterhin, so in einer Unterredung mit dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Stassen im April 1947, dass die USA und die UdSSR trotz verschiedener Wirtschaftssysteme "selbstverständlich ... miteinander zusammenarbeiten könnten", und fügte hinzu, den USA stünden "solche Märkte wie Europa, China und Japan offen", um ihre Wirtschaft zu entwickeln.[13]

Auch als die USA auf Konfrontationskurs gegen die UdSSR gingen, hielt er den Kräften, die aufgrund der prinzipiellen Aggressivität des Kapitalismus-Imperialismus an einen neuen Krieg glaubten (der nach ihrem Dafürhalten mit einem Sieg des Sozialismus enden würde), bis zu seinem Tod entgegen, dass ein neuer Weltkrieg gegen die Sowjetunion nicht zwangsläufig stattfinden müsste.[14]

---

[11] SW 15, S.45
[12] Interview mit Elliot Roosevelt, 21.Dezember 1946; in: SW 15, S.59
[13] SW 15, S.63, 74
[14] Äußerungen von 1946, 1947 und 1951; SW 15, S.46, 58, 63, 134

Das Kominform und die Zwei-Lager-Theorie

Gegenüber dieser zurückhaltenden Kräfteeinschätzung und Revolutionsstrategie formierte sich in der KPdSU eine „linke“ Strömung mit weitgehend anderen Vorstellungen über die Außen- und Revolutionspolitik. Nach dem Triumph über den deutschen Imperialismus und Faschismus einte diesen Flügel die Überzeugung, dass der Siegeszug des Sozialismus nicht mehr aufzuhalten sei. War der Faschismus nicht die letzte Karte des niedergehenden Kapitalismus gewesen, der aus seinem Krisenstrudel nicht mehr herauskommen würde, bis es zum endgültigen Kladderadatsch kam? Bestärkt wurde diese Überzeugung dadurch, dass der ökonomische Wiederaufbau in der UdSSR mit Hilfe der Planwirtschaft zügig voranging und die Produktion bald wieder das Vorkriegsniveau erreichte, während die kapitalistischen Länder Westeuropas noch darniederlagen und auch in den USA als Folge der Abrüstung nach dem Krieg zeitweise Massenarbeitslosigkeit existierte.

Wortführer dieser Richtung war der Vorsitzende der mächtigen Leningrader Parteiorganisation A.A. Shdanow, der als Politbüromitglied zugleich ZK-Sekretär sowie Kulturminister war. Auf seine Initiative wurde im September 1947 in Polen das "Kommunistische Informationsbüros" gegründet, das die Kommunistischen Parteien Osteuropas sowie Italiens und Frankreichs vereinigte. Die SED erhielt einen Beobachterstatus.

Zur Charakterisierung der Weltlage legte die Versammlung die von Shdanow vertretene "Zwei-Lager-Theorie" zugrunde, zu der es in der Gründungsdeklaration hieß, dass sich nach dem Krieg zwei Lager herausgebildet hätten: auf der einen Seite "das imperialistische und antidemokratische Lager, dessen Hauptziel die Errichtung der Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus und die Zerschlagung der Demokratie ist“. Diesem Lager gegenüber stand „das antiimperialistische und demokratische Lager, dessen Hauptziel die Zerstörung des Imperialismus, die Stärkung der Demokratie und die Liquidierung der Überreste des Faschismus ist."[15]

Überzeugt vom unaufhaltsamen Niedergang des Kapitalismus-Imperialismus sowie der prinzipiellen Überlegenheit des Sozialismus bestand gemäß Gründungserklärung kein Zweifel an der Perspektive des Ringens: „Der Kampf der beiden gegensätzlichen Lager, des imperialistischen und des antiimperialistischen, vollzieht sich unter den Verhältnissen der weiteren Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, des Schwächerwerdens der Kräfte des Kapitalismus und der Festigung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie."[16] Aus dieser optimistischen Perspektive ergab sich die Forderung nach einer Offensivstrategie: "Die Hauptgefahr besteht jetzt in der Unterschätzung der eigenen Kräfte und in der Überschätzung der gegnerischen Kräfte. (...) Konzessionen an den neuen Kurs der USA und des imperialistischen Lagers (können) seine Inspiratoren nur noch frecher und aggressiver machen."[17] Das richtete sich kaum

[15] in: Shdanow u.a. 1975, S.2
[16] Ebd
[17] Shdanow 1972, S.3f. Der russische Historiker Adibekov, der für seine Geschichte des Kominform das Privatarchiv Shdanows auswerten konnte, schreibt, dass in dem *Entwurf* der Gründungsrede, der im KPdSU-Politbüro kursierte, von der Zwei-Lager-Theorie noch keine Rede war (Adibekov, S.88).

verhüllt gegen Stalin, der die Kräfteverhältnisse wesentlich zurückhaltender einschätzte und eine Politik der Konzessionen und des Entgegenkommens gegenüber den USA betrieb.

Ihren entscheidenden Rückhalt fanden die unterschiedlichen Konzeptionen jeweils entweder in der Partei oder im Staat(sapparat). Stalin war zwar sowohl Generalsekretär der KPdSU als auch (seit 1941) Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, d.h. Regierungschef, er betrieb seine Politik aber wesentlich über den Staat, während seine Stellung in der Partei unsicher war, wie Shdanows Auftreten zeigte.

Um die deutsche Frage

In der deutschen Frage stießen die beiden Linien zusammen. Im Zentrum Europas zwischen West und Ost gelegen, war das geschlagene Deutschland das Schlüsselland, dessen künftige Einordnung in die internationalen Beziehungen die Grundlinien der Weltpolitik in der nächsten Zeit maßgeblich bestimmen würde. Außerdem war es das Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus und besaß bis 1933 die stärkste revolutionäre Arbeiterbewegung außerhalb der UdSSR. Zwar hatte die KPD eine schwere Niederlage erlitten, aber warum sollte sie nicht bald wieder an ihre alte Stärke als kommunistische Massenpartei anknüpfen können? Vor diesem Hintergrund bildeten sich auf sowjetischer Seite gleich nach Kriegsende unterschiedliche Optionen der Deutschlandpolitik heraus.[18]

Die weitestreichende Option war die Bildung eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands unter der Herrschaft der KPD/SED. Eine abgeschwächte Version davon war der Aufbau des Sozialismus wenigstens in der sowjetischen Ostzone. Die dritte Option schließlich war die Bildung eines militärisch beschränkten und neutralen, bürgerlich-demokratischen Deutschland zwischen den Weltmächten. Da die erste Option sich rasch als unrealistisch heraus stellte, drängten ihre Anhänger um so mehr auf einen zügigen Weg zum Sozialismus im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, damit dieser mit seiner überlegenen Gesellschaftsform bald zum Modell für die westlichen Besatzungszonen werden konnte.

Die unterschiedlichen Optionen schlugen sich u.a. in der Frage der Reparationen nieder. Während Stalin die Erfüllung der im Potsdamer Abkommen vereinbarten Reparationsverpflichtungen verlangte, um die kriegszerstörte Sowjetunion aufzubauen,

---

Die Ausführungen dazu sind nur in der (mit dem Politbüro nicht abgestimmten) *Endfassung* von Shdanows Rede enthalten, deren zentrale Passagen wörtlich in die Gründungsdeklaration aufgenommen wurden.
Zu den erwähnenswerten Modalitäten der Kominformgründung gehört überdies, dass das Treffen eigentlich nur dem Informationsaustausch und der Schaffung eines internationalen Presseorgans dienen sollte (Adibekov, S.87). Erst auf der Tagung selber erfuhren die Teilnehmer von Shdanow, dass eine feste Organisationsstruktur entstehen sollte – faktisch eine auf Europa beschränkte Fortsetzung bzw. Neugründung der Komintern. Adibekov benennt alle diese Fakten, geht darauf aber nicht ein, sondern erklärt das Kominform zum „Erbgut“ Stalins und Shdanow zu einem seiner nächsten Vertrauten. So macht er Stalin einmal für die eine Politik – und gleich darauf für ihr Gegenteil verantwortlich, weshalb die Zusammenhänge bei ihm völlig undurchschaubar bleiben.

[18] Naimark, S.465ff

lehnte Shdanow "die Demontagepolitik ab und favorisierte stattdessen eine rasche Umgestaltung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach sowjetischem Vorbild."[19]

Die einander widersprechenden Positionen wurden jahrelang nebeneinander her verfolgt, so dass die sowjetische Deutschlandpolitik bis 1953 ambivalente Züge trug. In der Sowjetischen Militäradministration (SMAD; ab 1949 Sowjetische Kontrollkommission = SKK), der obersten Besatzungsbehörde, wurde dieser Gegensatz von zwei Männern verkörpert: Tulpanow und Semjonow. Der eine verfocht die Ziele des linken Parteiflügels, der andere die der sowjetischen Regierung unter Stalin.

Tulpanow als Vertreter der Parteilinken

Tulpanow war Propagandachef der SMAD und Leiter des Parteiaktivs, d.h. der Organisation der KPdSU-Mitglieder im Verwaltungsapparat der SMAD. Den Positionen Shdanows nahestehend,[20] kennzeichnete ihn „durchgängig die Entschlossenheit, einer radikalen Entwicklungsperspektive in der Sowjetzone zu folgen.“[21] Bereits Anfang Mai 1947 unterstellte er das Faktum der Spaltung Deutschlands, kündigte auf dieser Grundlage die Entwicklung der SBZ nach gesellschaftspolitischen Gesetzmäßigkeiten an, die sich von Westdeutschland unterschieden, und forderte als Konsequenz "eine drastische Hebung des Niveaus der organisatorischen und ideologischen Arbeit der Partei - einen Wechsel im Stil der Parteiführung".[22]

Vom Sommer 1947 an, schreibt Loth, gewannen "in der SMAD wie in der SED diejenigen Funktionsträger an Einfluss, die mit der Vorstellung von der Vollendung einer bürgerlichen Revolution schon immer besonders wenig anzufangen wussten. ... Kampf für die Demokratie war für sie gleichbedeutend mit Kampf für den Sozialismus."[23] Zwei Monate nach dem 2. Parteitag vom September 1947, der formal das bisherige Programm bekräftigt hatte, forderte Ulbricht dazu auf, aus der SED eine "Partei neuen Typs" zu machen, was bedeutete, den sozialdemokratischen Einfluss zurück zu drängen, die Einheitspartei nach dem Vorbild der Thälmannschen KPD zu bolschewisieren und auf ein Sowjetdeutschland zuzusteuern. Gestützt auf die SMAD war so bis Mitte 1948 "jedenfalls in der Vision Tulpanows, Ulbrichts und ihrer Parteigänger - aus der Partei der Einheit Deutschlands unversehens die Avantgarde der proletarischen Revolution geworden, aus der führenden Rolle, die sie bei der Herbeiführung der Einheit spielen sollte, wurde nunmehr der Anspruch auf Hegemonie, aus der Vollendung der bürgerlichen Revolution der Durchbruch zur sozialistischen Revolution abgeleitet".[24]

Zu dieser Politik gehörte, dass Tulpanow die antifaschistisch-demokratische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Blockparteien hintertrieb und auf eine

---

[19] Vorwort von Peter Strunk zu Semjonows Erinnerungen, S.12
[20] Loth 1994, S.130
[21] Naimark, S.340; eig. Übersetzung
[22] Brief vom 8. Mai 1947, in: Volker Sieger, Die Entwicklung der SED zur 'Partei neuen Typs'. Zu Ursachen, Verlauf und Auswirkungen des innerparteilichen Wandels 1948; in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 37/1995, H.4, S.87
[23] Loth 1994, S.129
[24] Ebd, S.134

Alleinherrschaft der SED hinarbeitete. Ende 1947 setzte er den Vorsitzenden der Ost-CDU ab, Jakob Kaiser, der als Anhänger der deutschen Einheit gegen Adenauer für ein blockfreies Deutschland mit Brückenfunktion zwischen West und Ost eintrat, und zwang ihn, in den Westen zu gehen. Dasselbe machte er mit seinem Stellvertreter Ernst Lemmer.[25]

Unter dem Vorwurf, eine sektiererische Politik zu betreiben, wurde er aus Moskau mehrfach attackiert. U.a. warf ihm eine im März 1948 eingesetzte Untersuchungskommission des ZK der KPdSU vor, dass er die historischen Perspektiven der deutschen Entwicklung nicht verstehen, sektiererische Auffassungen in der SED unterstützen und die langfristigen Interessen der Sowjetunion in Deutschland gefährden würde.[26] Doch trotz wiederholter Kritik konnte er sich auf seinem Posten halten, weil er mächtige Fürsprecher in Partei und Militär hatte. Erst 1949, nach dem Tod Shdanows, wurde er abberufen.

Semjonow und Stalin

Tulpanows Gegenspieler in der SMAD war Semjonow, der als politischer Berater der SMAD/SKK oberster Repräsentant der Sowjetregierung war und ab Ende Mai 1953 sowjetischer "Hoher Kommissar" (Botschafter) in der DDR. Er erwähnt in seinen Memoiren, dass Tulpanow schon sehr früh auf Aktivtagungen der SED für den Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Sozialismus und zur Diktatur des Proletariats eintrat, und schreibt die positive Aufnahme dieser Worte zurückhaltend einigen "Hitzköpfen" in der SED zu.[27] Es waren jedoch nicht nur ein paar Hitzköpfe, vielmehr war es eine starke Strömung, die es nicht erwarten konnte, zum Sozialismus überzugehen.

Abgesehen von Semjonow war es vor allem Stalin selber, der bei seinen regelmäßigen Treffen mit den SED-Spitzen die konsequente Umsetzung der antifaschistisch-demokratischen Orientierung anmahnte und gegen die Sozialismusbestrebungen Stellung nahm. Schon beim ersten Besuch der neuen SED-Parteiführung im Januar/Februar 1947 sprach er das Problem an, dass die mit der SED-Gründung vollzogene Auflösung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone sich negativ auf die politischen Handlungsmöglichkeiten in ganz Deutschland auswirkte, denn sie gab der antikommunistischen SPD-Parteiführung unter Kurt Schumacher im Westen Deutschlands die Handhabe, alle östlichen Einheits-Initiativen zu blockieren. Um dem zu begegnen, plädierte er für eine Wiederzulassung der SPD in der SBZ; dadurch "sollte einerseits der Widerstand Kurt Schumachers gegen gesamtdeutsche Repräsentationen jeder Art unterlaufen werden; zum anderen sollten die westlichen Besatzungsmächte dazu gebracht werden, im Gegenzug die SED als zusätzliche Partei in ihren Zonen zuzulassen. Wenn es schon nicht möglich war, die Vereinigung der Arbeiterparteien in den Westzonen durchzusetzen, sollte auf diese Weise doch wenigstens eine Spaltung der Schumacher-Partei

[25] Naimark, S.340f
[26] Ebd, S.341ff
[27] Semjonow, S.261f; der Autor illustriert in seinen – diplomatisch geschönten – Memoiren "Von Stalin bis Gorbatschow" die Differenzen zwischen den Vertretern der unterschiedlichen deutschlandpolitischen Konzeptionen anhand einer Vielzahl von Beispielen.

erreicht und das ärgste Hindernis auf dem Weg zu einer gesamtdeutschen Verständigung beseitigt werden. (...) Mit der Wiederzulassung der SPD hoffte Stalin wohl auch die Zustimmung der Parteien aller vier Zonen zur Durchführung eines 'Volksentscheides über die Bildung des Einheitsstaates mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden' zu gewinnen, wie ihn die SED seit dem 1.März 1947 propagierte".[28]

Angesichts des verschreckten Zögerns seiner Gesprächspartner fragte er: "Ob SED Angst hat vor SPD - man muss sie politisch schlagen".[29] Die Bemerkung legte die von Anfang an vorhandene Tendenz in der SED-Führung offen, ihre Ziele nicht durch Politik, sondern durch Administrierung zu erreichen. In diesem Fall kamen Ulbricht und Pieck indes mit einem blauen Auge davon, denn Kurt Schumacher lehnte es als SPD-Vorsitzender ab, einen Antrag auf die erneute Zulassung der SPD in der SBZ zu stellen.

Ein Rückschlag für die Sozialismuspolitik

Bei einem weiteren Besuch der SED-Führung in Moskau im Juli 1947 betonte Stalin die Langfristigkeit der nationalen Aufgabenstellung: "In der Frage der Einheit Deutschlands müssen wir schrittweise weiterkommen, allen Widerständen zum Trotz. Nur dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass der Kampf, der um diese Einheit zu führen ist, schnell gewonnen sein wird. Er kann 5, 6 oder gar 7 Jahre dauern."[30] Entsprechend dieser nationalen Aufgabenstellung gab er der SED-Führung im März 1948 den Rat, die Trennlinie zwischen ehemaligen Nazis und Nichtnazis aufzuheben, die Entnazifizierungskommissionen aufzulösen, den ehemaligen NSDAP- Mitgliedern die aktiven und passiven Bürgerrecht zurückzugeben und ihnen sogar die Gründung einer eigenen Partei zu gestatten.[31]

Die Zulassung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) kam dieser Aufforderung formal entgegen; tatsächlich verstärkten sich jedoch die Tendenzen, baldmöglichst zum Sozialismus überzugehen. So verkündete Wilhelm Pieck auf der 10. Parteivorstands-Tagung am 12./13.Mai 1948 "eine strategische Änderung unseres Kampfes, die sich aus den Veränderungen in der politischen und staatlichen Situation in Deutschland ergibt". Den Westen Deutschlands schätzte er als "Militärdiktatur" in vollständiger Abhängigkeit von den Westmächten ein und verkündete als Perspektive für den sowjetisch besetzten Ostteil, dass dieser sich "als selbständiges staatliches Gebilde" mit einer "Planwirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen" entwickeln werde.[32]

Diese Bestrebungen erlitten vorübergehend einen Rückschlag, als der führende Kopf des linken KPdSU-Flügels nur wenig mehr als ein Jahr nach Gründung des Kominform starb. "Man hat den plötzlichen Tod A.A. Zdanovs am 31. August 1948 damit in Zusammenhang gebracht, dass der Herzschlag, der den erst 52jährigen Mann

---

[28] Loth 1994, S. 80, 81
[29] Pieck, S. 113
[30] Bericht Gniffke; zitiert nach Anmerkung 14 in: Pieck, S.125
[31] Semjonow, S.253; vgl. Pieck, S.111
[32] zitiert nach: Volker Sieger: Die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typs“. Zu Ursachen, Verlauf und Auswirkungen des innerparteilichen Wandels 1948; in: BzG 4/95, S.88

hinwegraffte, eine Folge von heftigen Auseinandersetzungen im Politbüro wegen der Berliner und der jugoslawischen Frage gewesen sei. Zdanov habe eine militärische Aktion wenn nicht gegen Berlin, das heißt gegen die Westmächte, so doch gegen Tito befürwortet, was von der Mehrheit des Politbüros einschließlich Stalins abgelehnt wurde."[33]

Nach seinem Tod fand in Leningrad eine großangelegte Parteisäuberung statt, die sog. „Leningrader Affäre“. Sie erfasste mehrere Tausend Funktionäre, die nach Stalins Tod wieder ihre alten Funktionen erhielten. Außerdem wurde Molotow, ein Vertreter der Zwei-Lager-Politik, im März 1949 als Außenminister abgelöst. Das Kominform selber wurde zwar erst 1956 aufgelöst, führte seit Shdanows Tod und der Leningrader Affäre aber nur noch ein Schattendasein. Bald nach den Säuberungen in Leningrad wurde auch Tulpanow aus der SMAD abberufen, und so verloren die ungeduldig auf den Sozialismus wartenden Kräfte in der SED einen maßgeblichen Förderer.

Die DDR-Gründung 1949

Auf der anderen Seite spielte ihnen die von den Westmächten und Konrad Adenauer verfolgte Spaltungspolitik in die Hände. Als Antikommunist und entschiedener Gegner der UdSSR begründete Adenauer mit den Weltkriegsniederlagen gegen beide Male dieselbe Koalition der großen Nachbarmächte, dass eine deutsche Schaukelpolitik zwischen West und Ost ins Verderben führen würde; Deutschland müsse unwiderruflich an den Westen gebunden werden. Soweit es dazu erforderlich war, auf den sowjetisch besetzten, überwiegend preußisch-evangelischen Teil Deutschlands zu verzichten, nahm er dies billigend in Kauf. "Adenauer wollte anstelle einer aktiven Wiedervereinigungspolitik eine aktive Westintegrationspolitik treiben. Dies war für ihn ein hartes Entweder-Oder. (...) Man wird um die Feststellung nicht herumkommen, dass Adenauer von den in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebenen Staatszielen nur eines wirklich verfolgte", nämlich die Bindung an den Westen.[34]

Angesichts der Bestrebungen, aus den westlichen Besatzungszonen einen eigenen Staat zu machen, erklärte Stalin noch im August 1948 in einer Besprechung mit den Botschaftern der drei Westmächte, dass sich die Sowjetunion von den Westmächten nicht dazu bringen lassen wollte, "in der Ostzone eine neue Regierung zu bilden".[35] Doch nach Gründung der BRD am 23. Mai 1949 war die nachfolgende Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949 unvermeidlich. Aus diesem Anlass schickte Stalin ein Glückwunschtelegramm an Pieck und Grotewohl: "Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, dass das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, dass diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten. Wenn Sie so den Grundstein für ein

[33] Rauch, S.474
[34] Herbst 1989, S.122
[35] zitiert nach: Rolf Badstübner in: BzG 5/91, S.590

einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten."[36]

Das Telegramm enthielt nicht einmal andeutungsweise den Hinweis auf eine sozialistische Perspektive für die DDR. Es forderte die DDR-Führung auf, mit Hilfe eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands die sich anbahnende Blockbildung zu verhindern, dadurch den Frieden zu sichern und so eine „Aktion von Weltbedeutung" zu vollbringen.

2. Die Schlüsselkrise der 50er Jahre

Nach dem Sieg der chinesischen Volksbefreiungsarmee unter Mao Zedong 1949 bewirkte der anschließende Korea-Krieg eine Zäsur im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA und hatte u.a. zur Folge, dass wenige Jahre nach Kriegsende eine Wiederbewaffnung (West-) Deutschlands näher rückte.

Zeitweilig gab es in den USA Überlegungen, unter Einsatz von Atomwaffen und mit Hilfe der Truppen Tschiang Kai-Scheks in die VRChina einzumarschieren und die kommunistische Herrschaft zu stürzen.[37] Im Rahmen dieser Bestrebungen wurde erwogen, (West) Deutschland in einem Umfang aufzurüsten, der auch eine militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion ermöglichen würde.[38] Doch am Ende schreckte der US-Präsident Truman vor dem Risiko eines Dritten Weltkriegs zurück und löste General MacArthur, der als Oberbefehlshaber der US-Truppen in Asien am entschiedensten auf eine Ausweitung des Kriegs drängte, von seinem Posten ab.

Anschließend gingen die Planungen zur Wiederbewaffnung (West-) Deutschlands zwar weiter, sahen aber nur noch eine reduzierte Truppenstärke vor. Die 1952 im Rahmen der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) vereinbarte Wiederbewaffnung war lediglich geeignet, die BRD an den Westen zu binden, nicht aber die Sowjetunion ernsthaft zu gefährden, wie Stalin einschätzte.[39]

Vor einer neuen Etappe

Auf dem Höhepunkt des Koreakriegs hatte Stalin am 17. Februar 1951 in einem Prawda-Interview gewarnt, dass die sowjetischerseits erforderlichen Rüstungsanstrengungen den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Fortsetzung des

---

[36] SW 15, S.103
[37] Loth 1989, 266ff
[38] Die Gespräche über eine deutsche Wiederbewaffnung wurden von den Vertretern der US-Administration sowohl mit der Regierung Adenauer als auch mit der SPD-Opposition geführt. Dabei machte Kurt Schumacher die sozialdemokratische Zustimmung zur Aufstellung deutscher Truppen davon abhängig, dass Westdeutschland ebenso viele Truppen wie die USA und Großbritannien auf dem Feld haben müsste, nämlich 60-70 Divisionen, damit die entscheidende Schlacht gegen die Sowjets „zwischen Weichsel und Njemen" geführt werden konnte (Löwke, S.28ff). Weil diese Forderung nicht erfüllt wurde, lehnte die SPD die Wiederbewaffnung grundsätzlich ab. (Karuscheit/Schröder: Im deutschen Interesse. SPD-Sicherheitspolitik gestern und heute; in: Azd 29/30 (1984), S.15ff)
[39] Pieck, S.396

Industrialisierungsprogramms gefährdeten; er sah sogar einen Staatsbankrott drohen.[40] Nach der Beruhigung der Fronten in Korea bewertete er die US-Militärpolitik im Gespräch mit der SED-Führung im April 1952: gemäß den Notizen Piecks nur noch wie folgt "Schaffung Europa-Armee - nicht gegen SU, sondern um Macht in Europa".[41] Aber auch wenn aktuell kein Krieg mehr drohte, stand der Sowjetstaat einer sich formierenden Militärkoalition industriell entwickelter Staaten unter Führung der USA gegenüber, die ihn unter permanenten Druck setzte. Wenn er nicht Gefahr laufen wollte, anstelle eines „heißen“ durch einen „kalten“ Krieg in die Knie gezwungen zu werden, musste er Mittel und Wege finden, um diesem Druck zu begegnen.

Zur selben Zeit ging die Rekonstruktionsperiode nach dem Weltkrieg zu Ende und musste über den weiteren Weg des sozialistischen Aufbaus entschieden werden. Diese Aufgabenstellung stand im Wechselverhältnis mit der internationalen Strategie, denn wenn es gelang, den äußeren Druck zu verringern, wurden gesellschaftliche Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung frei. Gelang es umgekehrt den USA, die Einkreisung der Sowjetunion zu vollenden, um einen „Kalten Krieg“ gegen sie zu führen, mussten mehr Mittel in den unproduktiven Rüstungssektor umgeleitet werden. Diese Alternative entschied sich im besetzten Deutschland, wo die Sowjetunion und die USA unmittelbar aufeinander trafen. Die deutsche Frage war nicht nur der Schlüssel für die Gestaltung der internationalen Nachkriegsverhältnisse, ihre Beantwortung bestimmte auch darüber, wie viel Spielraum es für die wirtschaftliche Entwicklung des Sowjetstaats geben würde.

In Partei und Bevölkerung traf die Debatte über den weiteren Weg des sozialistischen Aufbaus auf eine optimistische Grundstimmung, die bereits Shdanow mit seiner Offensivstrategie aufgegriffen hatte. Getragen vom Enthusiasmus der Arbeiter hatte der Sowjetstaat die Industrialisierung in den 30er Jahren in einem Tempo und einem Ausmaß realisiert, das kein bürgerlicher Ökonom für möglich gehalten hatte. Ohne dem wäre er im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg untergegangen, so aber hatte die sowjetische Kriegsproduktion 1944 die deutsche übertroffen, und auch die Überwindung der Kriegszerstörungen war allen westlichen Schätzungen zum Trotz in ähnlich hohem Tempo erfolgt.

Nachdem die Sowjetgesellschaft unter Beweis gestellt hatte, zu welchen Leistungen sie durch die Befreiung der gesellschaftlichen Produktivkräfte von ihren kapitalistischen Schranken imstande war, verbreitete sich in der Partei die Überzeugung, dass bald der Übergang zum Kommunismus möglich sei, wo man dann nach dem Motto verfahren konnte: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“. Die sich damit eröffnenden Konsummöglichkeiten kamen auch den Erwartungen der Bevölkerung entgegen, die nach den gewaltigen Anstrengungen und Entbehrungen der letzten Jahrzehnte endlich die Früchte der langen Mühen genießen wollte. In den Wirtschaftswissenschaften entsprach dem die Theorie, dass die entscheidende

[40] SW 15, S.130
[41] Pieck, S.396

Voraussetzung eine rationelle Organisation der Produktivkräfte sei, um in der nächsten Zukunft den Sprung in den Kommunismus zu bewältigen.[42]

Die „ökonomischen Probleme des Sozialismus“

In der Ende 1951 veröffentlichten Schrift über “Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ sowie dazugehörenden Ergänzungen aus Briefwechseln nahm Stalin zu den aufgeworfenen wirtschafts- und außenpolitischen Fragen Stellung. Aus seinen Ausführungen ergibt sich insgesamt ein zusammenhängendes Konzept für die Weiterentwicklung des Sowjetstaats, das durchgängig gegen „linke“ Tendenzen gerichtet war.

Wirtschaftspolitisch mündeten seine Ausführungen in der Zurückweisung der verbreiteten Kommunismusvorstellungen. Über die Produktion materieller Güter hinaus sei noch eine ganze Reihe von Etappen der ökonomischen und kulturellen Umerziehung der Gesellschaft erforderlich, bis der Unterschied zwischen Stadt und Land sowie zwischen körperlicher und geistiger Arbeit aufgehoben sei und sich die Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum sowie die Hebung des kulturellen Niveaus grundlegend fortentwickelt habe. Erst wenn die Arbeit aus einer Bürde zum ersten Lebensbedürfnis geworden sei, könne die Gesellschaft an den Übergang zum Kommunismus denken.[43] Entsprechend dieser Position plädierte er für die Beibehaltung des seit 1936 in der Verfassung festgeschriebenen Leistungsprinzips, mahnte die Berücksichtigung des Wertgesetzes zur Berechnung der für die Produkte aufgewendeten Arbeit an und warnte vor dem Primat der Leichtindustrie zur Herstellung von Konsumgütern anstelle des von ihm geforderten Ausbaus der Produktionsmittelindustrie.

Im außenpolitischen Teil der Schrift wandte er sich in in dem Abschnitt über "Die Frage der Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern" gegen die Zwei-Lager-Politik, indem er die Behauptung „mancher Genossen“, dass ein Krieg zwischen den Lagern von Imperialismus und Sozialismus unvermeidlich sei, ins Reich der Fabeln verwies. In Wirklichkeit, so Stalin, seien die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten größer als ihre Gemeinsamkeiten. Er erklärte die gegenwärtige Unterordnung Englands, Frankreichs, Japans und Deutschlands unter die USA für nicht normal und rechnete dauerhaft mit deren Wiederauferstehen. Zwar sei, solange der Imperialismus existiere, die Möglichkeit eines Krieges mit dem Sozialismus nicht auszuschließen; wahrscheinlicher seien jedoch Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten selber.[44]

Das Wiedervereinigungsangebot vom März 1952

Aus dieser Einschätzung folgte, dass man versuchen musste, die Differenzen zwischen den bürgerlichen Staaten auszunutzen, um zwischen ihnen zu lavieren und sie gegeneinander auszuspielen, anstatt sich auf eine Blockkonfrontation einzulassen, welche die eigenen Kräfte überforderte. Die sog. „Stalin-Note“, die Stalin in seiner Funktion als sowjetischer Ministerpräsident den westlichen Alliierten im März 1952

[42] so die Darstellung durch Stalin in „Ökonomische Probleme des Sozialismus“; SW 15, S.66ff
[43] SW 15, S.268ff, 315ff
[44] Ebd, S.284ff

überreichen ließ, entsprach diesem Konzept, indem sie die Wiedervereinigung Deutschlands inkl. eigener nationaler Streitkräfte bei freier Wahl der Gesellschaftsordnung gegen die Verpflichtung zur Neutralität anbot, unter Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. Kam auf Basis dieses Angebots ein Friedensvertrag zustande, verzichtete die Sowjetunion zwar auf die Herrschaft über die DDR, aber die USA verloren die tragende Säule ihres geplanten Militärbündnisses in Europa, die Sowjetunion wurde entlastet und die Gefahr des Totgerüstet-Werdens wurde gebannt.

Wenige Wochen nach Veröffentlichung der Note, im April 1952, war die SED-Führung zu Gesprächen in Moskau. Zu Beginn der Sitzung gab Stalin zunächst die oben zitierte Einschätzung ab, dass das geplante westliche Militärbündnis sich nicht gegen die Sowjetunion richten würde, sondern die amerikanische Vorherrschaft über (West-)Europa zum Ziel hätte. Anschließend ging es u.a. um die Umwandlung von Bereitschaftseinheiten der Volkspolizei in eine reguläre Armee als Reaktion auf die drohende Aufrüstung des westlichen Deutschland. Dies wird verschiedentlich als Abkehr Stalins von der deutschen Vereinigungspolitik interpretiert, doch auf dem Boden seiner Deutschlandstrategie stellte sich die Erörterung vielmehr „als mögliche Vorbereitung eines DDR-Beitrags für die von der Sowjetunion vorgeschlagenen nationalen Streitkräfte eines einheitlichen militärisch neutralen deutschen Staates“ dar.[45] Die östlichen Truppen würden im Zuge der Wiedervereinigung als Teil der künftigen Armee des vereinten Deutschlands ein Garant für dessen Neutralität werden.

Deshalb war in dem Gespräch auch keine Rede von einer dauerhaften Eigenexistenz der DDR, geschweige denn von einem künftigen Aufbau des Sozialismus. Im Gegenteil forderte Stalin die deutsche Delegation am Ende des Treffens ausdrücklich auf: „Einheit, Friedensvertrag – weiter agitieren“.[46]

Sozialismus statt Einheit

Für den linken KPdSU-Flügel war die Wiedervereinigungsnote eine Kampfansage, da ihre Realisierung die Aufgabe der DDR als Teil des sozialistischen Lagers bedeuten würde. Für die SED bedeutete es, dass sie die Macht verlieren und keine Chance mehr haben würde, den Sozialismus in der DDR aufzubauen und dessen Überlegenheit über den Kapitalismus der Westrepublik zu beweisen. Um das zu verhindern, war der sofortige Übergang zum Sozialismus das Mittel der Wahl, denn damit wurde einer Wiedervereinigung auf bürgerlicher Basis ein Riegel vorgeschoben. Am 8.Juli 1952 gab das Politbüro der KPdSU der SED-Führung grünes Licht für die Einführung des Sozialismus,[47] und am nächsten Tag ließ diese in Ostberlin auf der bereits vorher

---

[45] Heinz Heitzer: Entscheidungen im Vorfeld der 2.Parteikonferenz der SED (Februar bis Juli 1952); in: BzG 4/1992, S.27

[46] Pieck, S. 397

[47] Die Mitteilung über den Politbürobeschluss findet sich in einer Stellungnahme der sowjetischen Regierung ca ein Jahr später, die einer Delegation des ZK der SED aus Anlass von deren Besuch in Moskau vom 2. bis 4. Juni 1953 übergeben wurde. Nur weil diese Stellungnahme dem Protokoll der SED-Politbürositzung vom 5.Juni 1953 als Anlage beigefügt wurde (und die SED-Akten seit 1990 zugänglich sind), wissen wir überhaupt davon.

anberaumten II. Parteikonferenz unter Abänderung der Tagesordnung den Übergang zum Sozialismus beschließen.

In der Grundsatzrede, mit der Ulbricht die Notwendigkeit der Sozialismus begründete, berief er sich zunächst auf die Zwei-Lager-Theorie, indem er die Spaltung der Welt "in das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und das Lager des Imperialismus" konstatierte und gleichzeitig eine "Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems" unterstellte. Seine Ausführungen wiederholten fast wörtlich Shdanows Grundsatzrede bei der Kominform-Gründung fünf Jahre zuvor.

Als Folge der sich vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus, so Ulbricht weiter, sei das Lager des Imperialismus "von unversöhnlichen inneren Widersprüchen zerrissen", ja es gebe "eine noch nie dagewesene Verschärfung dieser Widersprüche". Aus der Feststellung der zwischenimperialistischen Widersprüche hatte Stalin gefolgert, dass Auseinandersetzungen zwischen diesen Staaten wahrscheinlicher seien als ein Krieg zwischen "Imperialismus" und "Sozialismus". Ulbricht zog die gegenteilige Schlussfolgerung daraus, nämlich dass die Imperialisten, statt aneinander zu geraten, versuchen würden, "einen Ausweg aus diesen Widersprüchen durch die Vorbereitung eines neuen Kriegs zu finden, den sie vor allem gegen die sozialistische Sowjetunion, gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Länder der Volksdemokratie zu führen beabsichtigen." Warum eine noch nie dagewesene Verschärfung der Widersprüche zwischen ihnen die imperialistischen Länder dazu veranlassen sollte, sich gegen einen Dritten zu einigen, erläuterte der Referent nicht. Stattdessen diente ihm der behauptete Sachverhalt als Ausgangspunkt, um auf sein eigentliches Ziel zuzusteuern.

Zunächst gestand er eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten in der DDR ein und fuhr sodann fort: "Es besteht kein Zweifel, dass nicht alle

---

Zum ersten Mal veröffentlicht wurde sie in der Zeitschrift "Beiträge zur Geschichtswissenschaft" 5/1990, S.648 ff, sowie anschließend, teils in leicht veränderter Fassung (andere Übersetzung), auch in anderen Publikationen, so im Anhang zu Schirdewan, S. 172ff. Der Herausgeber der erstmaligen Veröffentlichung der Stellungnahme, Rolf Stöckigt, bezeichnete sie fälschlicherweise als "Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU". Zum einen existierte zu diesem Zeitpunkt (1953) kein Politbüro mehr, weil dies auf dem 19.Parteitag 1952 durch ein Präsidium ersetzt würden war. Vor allem stammte die Stellungnahme von überhaupt keinem Gremium der *Partei*, sondern vom *Ministerrat der UdSSR*, d.h. von der *Regierung*, wie durch Hinweise aus sowjetischen Veröffentlichungen feststeht (Elke Scherstjanoj, "Wollen wir den Sozialismus?" Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6.Juni 1953; in: BzG 5/91, S.658, Anm.1). D.h. auch die in dem Dokumentenanhang zu Schirdewan vorgenommene Bezeichnung als „Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU“ ist falsch. Die genaue Zuordnung ist unerlässlich, weil sich die innersowjetischen Konflikte nur entschlüsseln lassen, wenn sie als Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Strömungen begriffen werden, die ihren Rückhalt entweder in der Partei oder im Staatsapparat (Regierung) hatten.
Ob Stalin bei der Entscheidung des Politbüros überstimmt wurde oder nicht anwesend war, ist unklar, weil das Sitzungsprotokoll nicht zugänglich ist. Staritz als Verfasser einer weit verbreiteten Geschichte der DDR schreibt, dass die Urheberschaft des Sozialismusbeschlusses dokumentarisch nicht aufzuklären sei – und behauptet gleichzeitig, dass „realiter: wohl allein“ Stalin dafür verantwortlich war (Staritz, S.110). Den Grund, warum Stalin seine Pläne bis zur II. Parteikonferenz der SED verheimlicht haben sollte, um sodann vier Monate nach seiner Wiedervereinigungsnote in einer Blitzaktion den Übergang zum Sozialismus anzuordnen, behält der Autor für sich.

Schwierigkeiten auf der bisherigen Stufe unserer demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung gelöst werden konnten. Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind jedoch jetzt so weit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist. Auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung werden wir alle bei uns vorhandenen Schwierigkeiten überwinden".[48]

Eine Begründung, warum die sozialistische Entwicklung „alle bei uns vorhandenen Schwierigkeiten überwinden“ würde, und inwiefern das Bewusstsein der Arbeiterklasse dafür reif war, gab er nicht. Eine Debatte über die neue Politik hatte es weder in der Partei noch erst recht in der Öffentlichkeit gegeben, musste das Ganze doch in aller Eile über die Bühne gehen, um ein Eingreifen Stalins zu verhindern. Selbst die ZK-Mitglieder erfuhren erst am Vorabend der Konferenz davon. Und die Delegierten wurden von dem Sozialismusvorschlag zwar überrumpelt, stimmten aber voller Begeisterung einstimmig zu.[49]

Stellung des Proletariats

Zur Realisierung des Sozialismus‘ beschloss die Parteikonferenz, die Schwerindustrie zu Lasten anderer Industriezweige auszubauen, die selbständigen Bauern in Produktionsgenossenschaften zu organisieren, dasselbe mit Handwerkern zu tun sowie das kleine und mittlere Kapital durch verschärften Klassenkampf zurück zu drängen. Im Hinblick darauf wurde das Strafrecht zwecks Ahndung antisozialistischer Taten und Äußerungen verschärft und eine Offensive gegen die Kirchen gestartet.

Indem der Sozialismusbeschluss die mit dem Aufruf von 1945 eingeschlagene demokratisch-bürgerliche Politik beendete, griff er wieder auf die Politik von 1918/19 zurück. Seinerzeit waren Spartakus/ KPD mit ihrer Strategie einer proletarisch-sozialistischen Alleinrevolution nicht nur gegen die Staatsmacht, sondern auch ohne und gegen Bauern und Kleinbürgertum, d.h. gegen die Mehrheit des Volkes, gescheitert; sie hatten nicht einmal in der Arbeiterklasse eine Mehrheit gefunden. Nunmehr bedeutete das von der SED verkündete Sozialismusprogramm, dass das Proletariat erneut den anderen Klassen und Schichten alleine gegenüber treten sollte – nur dass die SED diesmal die Staatsmacht innehatte. Das hieß u.a., dass der bisherige antifaschistisch-demokratische Staat, von bürgerlichen Elementen gesäubert, ab jetzt die proletarische Diktatur über die anderen Klassenkräfte ausüben musste. "In der gegenwärtigen

---

[48] Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Aus dem Referat auf der II. Parteikonferenz der SED; in: Ulbricht 1958, S.371-499; hier S. 371, 376, 379, 407

[49] Schirdewan, S.34. Zu den Delegierten gehörte auch Schirdewan selber, der bald darauf ins ZK und nach dem 17.Juni 1953 ins Politbüro aufrückte, aber seine Ämter Anfang 1958 aufgrund von Konflikten mit Ulbricht unter dem Vorwurf der „Fraktionstätigkeit“ wieder verlor. In seinem nach der Wiedervereinigung geschriebenen, von jeder Selbstkritik freien Rückblick erklärte er es für „unglücklich“, dass der Sozialismus „administrativ – von oben verordnet –“ eingeführt wurde und beklagte, dass Ulbricht damit „seinen ultralinken Plan“ in die Tat umsetzte – ohne ein Wort darüber zu verlieren, dass er selber für diese Politik gestimmt und sie an verantwortlicher Stelle umgesetzt hatte.

Entwicklungsetappe“, erklärte Ulbricht, führt „der Staat der Deutschen Demokratischen Republik ... erfolgreich die Funktionen der Diktatur des Proletariats aus."[50]

Abgesehen von den zu Gegnern erklärten anderen Klassen und Schichten – wie dachte das Proletariat selber über den Sprung zum Sozialismus? Auf welcher Basis stand dieser Sozialismus, der nach Auffassung von Marx und Engels ein freiwilliger Zusammenschluss assoziierter Produzenten zwecks gemeinsamer Organisierung der gesellschaftlichen Produktion ist? Ulbricht hatte behauptet, dass das Bewusstsein der Arbeiterklasse dafür weit genug entwickelt sei. Doch wie wollte er das wissen, nachdem es vorher keine öffentliche Debatte gegeben hatte?

Eine solche Debatte hätte als ein grundlegendes Problem des Sozialismusbeschlusses offen gelegt, dass er sich gegen die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten richtete. Seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert war die Arbeiterbewegung für die nationale Einheit eingetreten. Auch die bis dahin von der SED verfolgte Politik hatte die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ziel gehabt, weshalb sie den westdeutschen Bundeskanzler Adenauer zu Recht als Spalter attackierte, weil dieser die Westbindung der BRD unter Inkaufnahme der Spaltung betrieb. Wenn die SED jetzt zum Sozialismus überging, trat sie an Adenauers Seite und betrieb selber die Spaltung. Daher hatte sie kein Interesse an einer vorherigen öffentlichen Diskussion, die diesen Zusammenhang unvermeidlich offenlegen würde, sondern zog es vor, die Arbeiterschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen. Gleichzeitig trat sie propagandistisch weiter für die deutsche Einheit ein – nur dass diese Propagandaformel fortan ohne Substanz war.

Auf diese Weise manifestierte sich bereits vom ersten Tag an ein Grundcharakteristikum des von der SED etablierten Sozialismus: die Bevormundung des Proletariats, gepaart mit der ideologischen Verschleierung der eigenen Politik. Der Marxismus, in dessen Namen diese Politik betrieben wurde, mutierte zu einer Legitimationsideologie.

3. Der Wendepunkt: der 17. Juni 1953

In der Sowjetunion markierte der Politbürobeschluss der KPdSU zum Sozialismusaufbau in der DDR den Auftakt zu einem offenen Machtkampf, der über Stalins Tod hinaus reichte und erst durch den 17. Juni 1953 ein vorläufiges Ende fand. Schließlich zielte der Beschluss nicht nur auf eine Entmachtung Stalins, sondern richtete sich gegen die Außen- und Deutschlandpolitik der Regierung insgesamt.

Der Attackierte reagierte darauf durch die Einberufung eines Parteitags. Nachdem der letzte Parteitag der KPdSU 1939 stattgefunden hatte, was die geschwundene Bedeutung der Partei dokumentierte, wurde jetzt für den Oktober 1952 ein neuer Parteitag einberufen, auf dem Stalin seinen Gegenschlag führte. Auf seinen Vorschlag hin beschloss der Parteitag, das Politbüro durch ein „Präsidium“ zu ersetzen, das mit 25 Mitgliedern kaum funktionsfähig war. Außerdem wurde der Posten des Generalsekretärs abgeschafft; an seine Stelle trat ein „erster Sekretär“ mit deutlich weniger Befugnissen, ein Posten, für den Stalin nicht kandidierte und den Malenkow übernahm. Die

[50] Ulbricht: Die Lehre vom Staat, Rede vom 5.Mai 1953; in: Ulbricht 1954, S.325

Maßnahmen zielten unübersehbar darauf ab, den politischen Einfluss der Partei zu reduzieren.

Über diese organisatorischen Schritte hinaus plädierte Stalin in seinem Schlusswort an die anwesenden internationalen Parteivertreter für die von ihm für richtig befundene politische Strategie: „Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation, sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie 'über alles'. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn Sie Patrioten Ihres Landes sein, wenn Sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte.“[51]

Damit spielte er die nationale Karte gegen die Zwei-Lager-Politik und gegen die „Linken“ aus, die den Sturmlauf zum Sozialismus organisieren wollten. Die Kommunisten sollten sich gegen die Bourgeoisie an die Spitze der Nation stellen, um die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und die USA aus Europa abzudrängen. Diese Aufforderung zielte vor allem auf Deutschland, wo die SED soeben den nationalen Kampf für ein vereintes demokratisches Deutschland zugunsten des sozialistischen Aufbaus in der DDR preisgegeben hatte.

Am 5. März 1953 gestorben, erlebte Stalin die weitere Entwicklung nicht mehr mit; die Auseinandersetzung wurde jetzt zwischen seinen Nachfolgern weitergeführt. Sie ließen zunächst in einer Art Waffenstillstand den politisch schwachen Georgi Malenkow neben dem Posten des Ersten Parteisekretärs auch den des Ministerpräsidenten übernehmen. Gleichzeitig trugen sie hinter den Kulissen einen erbitterten Kampf um die zu verfolgende Politik und damit um die Macht aus, mit Berija und Chruschtschow als Hauptkontrahenten an der Spitze zweier Lager, die ihren entscheidenden Rückhalt entweder im Staatsapparat oder in der Partei besaßen.

Im Staatsapparat war Berija als stellvertretender Ministerpräsident offiziell nur der zweite Mann hinter Malenkow, tatsächlich war er jedoch der starke Mann in der Regierung. Er führte das mit dem Staatssicherheitsdienst zusammen gelegte Innenministerium und befehligte in dieser Funktion auch die Kampfeinheiten des Innenministeriums. Ihm gegenüber stand Chruschtschow, Sekretär des ZK der KPdSU. Er verfügte nicht nur über eine zentrale Stellung in der Partei, sondern baute auch Beziehungen zur Armeeführung auf, der die bewaffneten Verbände des Innenministeriums ein Dorn im Auge waren und die im Konflikt mit Berija stand.[52] Im Zentrum des Machtkampfs stand der Umgang mit der DDR, der am Ende auch über den Ausgang entschied.[53]

---

[51] SW 15, S.189f; Semjonow berichtet, dass Stalin seine Ansprache an die ausländischen Delegationen unter größter Geheimhaltung verfasste und sorgsam darauf achtete, dass niemand den Text vorher zu Gesicht bekam. Er weigerte sich auch, den von Malenkow verfassten Rechenschaftsbericht der Partei zu verlesen, weil dieser viele Fälschungen enthalte (Semjonow, S.283).

[52] Wettig, S. 53

[53] Hierzu bemerkte Molotow auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Juli 1953 (nachdem die Parteiführung den Machtkampf gewonnen hatte), dass seit März d.J., also nach Stalins Tod, die "unnormale

Die sowjetische Regierung gegen die Sozialismuspolitik

Das Vorgehen der SED gegen Bauern und Handwerker aufgrund des Sozialismusbeschlusses hatte zur Folge, dass die Angehörigen der zu Gegnern erklärten Klassen und Schichten den Staat der soeben ausgerufenen Diktatur des Proletariats in Scharen verließen und es Versorgungsschwierigkeiten gab. Außerdem kam es durch den forcierten Aufbau der Schwerindustrie, den die II. Parteikonferenz zwecks der sozialistischen Wirtschaftsumgestaltung beschlossen hatte, zu Störungen der industriellen Produktion. Doch anstatt den Rückzug anzutreten, ergriff die SED-Führung erneut die Flucht nach vorn und ließ die Arbeitsnormen Ende Mai 1953 um 10% erhöhen, um die wirtschaftlichen Ausfälle zu kompensieren. Von der Lohnseite aus betrachtet hieß dies, dass die Löhne um 10% gekürzt werden sollten.

Durch die sich zuspitzende Lage in der DDR alarmiert, forderte die sowjetische Regierung gleichzeitig die SED-Führung zu Gesprächen auf, so dass eine Delegation des ZK der SED vom 2. bis 4. Juni 1953 nach Moskau kam. Es war der erste Besuch nach dem Sozialismusbeschluss und Stalins Tod.

Zu Beginn der Unterredungen wurde der SED-Delegation eine von Malenkow und Berija erarbeitete Stellungnahme der Regierung übergeben, die mit den Worten begann, dass "infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie ... in der Deutschen Demokratischen Republik eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden" ist.[54] Als Hauptursache der Krise konstatierte die Stellungnahme, dass "gemäß den Beschlüssen der Zweiten Parteikonferenz der SED, gebilligt vom Politbüro des ZK der KPdSU (B), fälschlicherweise der Kurs auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen worden war ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen."[55]

Die Bemerkung über den Sozialismuskurs der SED als Ursache der Krise und die Billigung durch das Politbüro der KPdSU stellte gleich zu Beginn die Fronten klar. Nach dieser Einleitung folgte eine umfassende Kritik an den vor einem Jahr beschlossenen Maßnahmen, mit der Konsequenz: "Zur Gesundung der politischen Lage in der DDR und zur Stärkung unserer Positionen sowohl in Deutschland selbst, als auch in

---

Lage" eingetreten sei, dass "alle Fragen der internationalen Politik ... entgegen der unverrückbaren bolschewistischen Tradition nicht mehr im Präsidium des ZK, sondern nur noch im Präsidium des Ministerrats erörtert wurden." (Knoll/Kölm, S.76)

[54] In: Schirdewan, S.172; es handelt sich um die oben behandelte Stellungnahme der Regierung, die den KPdSU- Politbürobeschluss zum Aufbau des Sozialismus in der DDR verurteilte.

[55] Das Adjektiv „*beschleunigter*“ (Aufbau des Sozialismus) wurde auf Drängen Molotows in den Textanfang eingefügt, als Versuch, zwischen den entgegen gesetzten Auffassungen eine Kompromissformel zu finden (Knoll/Kölm, S.79). Im weiteren Verlauf der Stellungnahme ist nur noch vom Aufbau des Sozialismus als solchem die Rede.

Ein ähnliches Spiel mit Worten, um die vorhandenen Differenzen nach außen zu verbergen, gab es in anderen Dokumenten mit dem Begriff der „Grundlagen des Sozialismus“. Das konnte bedeuten, dass man sich noch in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung befand, welche die ökonomischen und demokratischen Grundlagen für einen irgendwann einmal anstehenden Übergang zum Sozialismus legte – oder man befand sich bereits im Sozialismus, der seine eigenen Grundlagen schuf.

der Deutschlandfrage auf der internationalen Ebene und zur Sicherstellung und Ausbreitung der Basis einer Massenbewegung für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands ist der Führung der SED und der Regierung der DDR die Durchführung folgender Maßnahmen zu empfehlen ..." Anschließend folgte ein ganzer Katalog von Maßnahmen, der wesentlich die Rücknahme der ein Jahr zuvor beschlossenen Schritte beinhaltete. U.a. wurde die Rückabwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, eine breite Heranziehung des Privatkapitals, die Revision des Fünfjahrplans sowie die Stärkung der Gesetzlichkeit und Wahrung der Bürgerrechte verlangt und nicht zuletzt als "eine der wichtigsten Aufgaben" die Ausrottung der Elemente von nackter Administrierung gefordert.

Interne Auseinandersetzungen

Abschließend wurde noch einmal dazu aufgefordert, die "Propaganda über die Notwendigkeit des Übergangs der DDR zum Sozialismus ... als unrichtig zu betrachten“ und als Hauptaufgabe den "Kampf für die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage" zu führen. Gleichzeitig appellierte der Brief erneut an die weltpolitische Verantwortung der ostdeutschen Kommunisten, indem er auf den Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und einer friedlichen Regelung der internationalen Grundprobleme hinwies.

Im Vorfeld des Treffens hatte es in der sowjetischen Führung heftige Auseinandersetzungen gegeben, in deren Verlauf Berija seinen Kontrahenten entgegenhielt, dass die DDR „ja noch nicht einmal ein richtiger Staat“ sei und „überhaupt nur durch die sowjetischen Truppen am Leben erhalten“ werde.[56] Demselben Tenor folgten die Erläuterungen, die Malenkow als Vorsitzender des Ministerrats der SED-Delegation gab. Er konstatierte, „dass ohne die Präsenz der sowjetischen Truppen das existierende Regime in der DDR keinen Bestand hat“, und bemerkte, dass der Sozialismuskurs der SED „die Vereinigung Deutschlands behindert“ sowie „auf die Festigung der Spaltung Deutschlands ausgerichtet“ sei. Deutschland könne nicht „über längere Zeit im gespaltenen Zustand, als zwei unabhängige Staaten, existieren“. Deshalb forderte er die SED-Vertreter eindringlich auf, statt für den Sozialismus für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu kämpfen und stellte in aller Klarheit fest, dass eine solche Vereinigung „nur auf der Basis, dass Deutschland eine bürgerlich-demokratische Republik sein wird“, möglich sei. [57]

Mit ihrem Auftreten setzten Malenkow und Berija die von Stalin vorgegebene Deutschlandpolitik der Regierung fort. Der Unterschied lag darin, dass Stalin zurückhaltender agiert und vieles in der Schwebe gelassen hatte, während Malenkow und Berija die Haltlosigkeit des SED-Regimes und die einzig realistische Perspektive einer

[56] Zubok, S. 39; Wettig, S.57

[57] Die Erläuterungen sind abgedruckt in: Loth 2007, S.301-304; der Text wurde im Nachlass Malenkows in mehreren ungeordneten Teilen entdeckt und nachträglich wieder zusammengefügt (ebd, S.216f)

Wiedervereinigung auf bürgerlich-demokratischer Grundlage in aller Offenheit benannten.

Ein aufgezwungener „neuer Kurs

Parallel zur Zurechtweisung der SED-Führung wies die Regierung den Befehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland, den späteren Verteidigungsminister Gretschko, an, "die bestehenden Mängel in der Ausübung des Besatzungsregimes zu beseitigen", die Interessen der Zivilbevölkerung möglichst wenig zu beeinträchtigen und alle durch sowjetische Truppen besetzten Bildungsanstalten, Krankenhäuser und Kulturstätten zu räumen.[58] Darüber hinaus wurde die unter militärischem Oberbefehl stehende Sowjetische Kontrollkommission SKK, die Nachfolgerin der SMAD, aufgelöst; Semjonow sollte künftig als "Hoher Kommissar" im Auftrag der Regierung die Interessen der Sowjetunion wahrnehmen. Er brachte in seinen Gesprächen mit der SED-Führung nach deren Rückkehr aus Moskau auch den Gedanken einer neuen DDR-Regierung mit bürgerlichem Vorzeichen, d.h. mit dem Vertreter einer bürgerlichen Partei an der Spitze, ins Spiel.

Angesichts der vehementen Kritik musste die SED-Führung den Rückzug antreten. Unmittelbar nach der Rückkehr aus Moskau, am 6. Juni, beschloss das Politbüro einen "*neuen Kurs*", den das "Neue Deutschland" am 11. Juni veröffentlichte. Er bestand im Wesentlichen darin, die meisten der im vergangenen Jahr zwecks Übergang zum Sozialismus beschlossenen Maßnahmen aufzuheben und den in den Westen Geflüchteten Wiedergutmachung anzubieten, wie das in der Stellungnahme gefordert worden war.

Die Einführung des Sozialismus als solche wurde durch den „neuen Kurs“ nicht zurückgenommen. Die SED-Spitze wusste, dass die Machtverhältnisse in Moskau nicht stabil waren, deswegen revidierte sie zwar die unhaltbaren wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, wartete ansonsten aber den Ausgang der Moskauer Machtkämpfe ab. Auch die Erhöhung der Arbeitsnormen wurde nicht zurückgenommen. Dieser Punkt war von der sowjetischen Regierung nicht ausdrücklich erwähnt worden; er wurde von Semjonow in einer Sitzung mit dem Politbüro aufgeworfen, ohne dass dieses darauf einging.[59]

Gleichzeitig wurde im Politbüro massive Kritik an Ulbricht wegen dessen administrativer Methoden und seinem selbstherrlichen Führungsstil geübt. Seine Hauptgegner waren Wilhelm Zaisser, Minister für Staatssicherheit, sowie Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur des „Neuen Deutschland“. Obwohl sich eine Mehrheit der Kritik anschloss, verzichtete das Politbüro aufgrund der Unübersichtlichkeit der Lage in Moskau vorläufig auf seine Absetzung als Generalsekretär.

Der 17. Juni

Der Sozialismusbeschluss der II. Parteikonferenz hatte in der Arbeiterschaft von Anfang an Diskussionen und Kritik hervorgerufen. Seit Beginn des Jahres 1953 stieg die Unruhe in den Betrieben. Produktionsstörungen und wachsende

[58] Loth 1994, S.202
[59] Staritz, S.114

Versorgungsschwierigkeiten dokumentierten in den Augen der Arbeiter das Versagen der SED und die Untauglichkeit der verkündeten Sozialismuspolitik. „Das Spannungsverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Staatsmacht nahm kontinuierlich zu.“[60] Dann erfuhren die Arbeiter Ende Mai 1953, dass ihre Arbeitsnormen erhöht wurden, um die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen – wiederum ohne dass sie von „ihrer“ Partei dazu gefragt worden waren.

Wenige Tage später propagierte die SED einen „neuen Kurs“, der die meisten der vor einem Jahr beschlossenen Maßnahmen wieder zurück nahm, jedoch nicht die Erhöhung der Arbeitsnormen. Die Verkündung dieses „neuen Kurses“ war in den Augen der Arbeiter eine Bankrotterklärung, die durch das Schweigen zu den Arbeitsnormen noch verschärft wurde. Dazu kam, dass die ersten Arbeiter, während sie noch im "Neuen Deutschland" lasen, dass Bauern, Handwerker, Intellektuelle und Geistliche Wiedergutmachung für die Fehler der Partei erhalten sollten, ihre Lohnabrechnungen auf Basis der neuen Normen erhielten – und feststellen mussten, dass ihre Löhne gekürzt worden waren. Das brachte das Fass zum Überlaufen. Am 15. Juni legten die Bauarbeiter der Stalin-Allee die Arbeit nieder und machten sich am Tag danach auf den Weg zu Ministerpräsident Grotewohl, um ihm eine Resolution zu überreichen, worin die Rücknahme der Normerhöhungen gefordert und darauf verwiesen wurde, dass der neue Kurs nur den Kapitalisten, nicht aber den Arbeitern etwas gebracht habe.

Am Abend des 16.Juni nahm die SED die Normerhöhungen zurück, aber damit ließ sich die Lawine nicht mehr aufhalten. Nach den Bauarbeitern traten immer größere Teile des Proletariats in den Ausstand, bis in fast 600 Betrieben gestreikt wurde, vor allem in den Großbetrieben der industriellen Ballungsgebiete. Insgesamt betrug die Zahl der Streikenden mehr als eine halbe Million, und in mehr als 500 Orten gingen bis zu einer Million Menschen auf die Straßen, außer Arbeitern auch andere Teile des Volkes.[61] An einigen Orten wurden Ämter, Parteibüros oder Einrichtungen der Staatssicherheit gestürmt.

Die Forderung nach Rücknahme der Normerhöhungen spielte bei den Protesten keine große Rolle mehr. Zentral waren die politischen Parolen: *Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Wiedervereinigung*. Damit gab die Arbeiterschaft die Antwort auf den ihr übergestülpten Sozialismusbeschluss ein Jahr zuvor. Die Herrschaft der SED war am Ende.

Entscheidung im Moskauer Machtkampf

Als die Unruhen begannen, versuchte die SPD, sie mit Hilfe ihres Ostbüros anzuheizen. Dagegen blieben die Bonner Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte passiv. Sie taten nichts, um die Spannungen zu verschärfen, sogar die Wiederholung einer Brandrede des Westberliner DGB-Chefs im Radio wurde von den amerikanischen Rundfunkchefs des RIAS untersagt.[62] So lange die sowjetische Viermächte-Mitverantwortung für Deutschland als Ganzes bestand, hatten weder Adenauer noch

[60] Kowalczuk u. Mitter, S. 43
[61] Steininger, S.51
[62] Staritz, S.119

die USA ein Interesse an einer Wiedervereinigung, die sich möglicherweise aus den Ereignissen entwickeln konnte. Sie wollten auch keinen Krieg, sondern zogen es vor, den Prozess der Westbindung der BRD fortzusetzen und durch die Integration in ein Militärbündnis unwiderruflich zu machen.

Auf der anderen Seite bedrohte der Aufstand nicht nur die SED-Herrschaft und die Position der sowjetischen Linken, sondern auch die Stellung der sowjetischen Armee, die den Verlust ihres militärgeographisch wichtigsten Vorpostens in Mitteleuropa befürchten musste. Das heißt, auf dem Boden der Zwei-Lager-Politik deckten sich die Interessen des Militärs mit denen des linken Parteiflügels der KPdSU und der SED. Ob die Armeeführung sich nun der linken Parteimehrheit anschloss oder ob umgekehrt „angesichts des militärischen Rückhalts die meisten Führungsmitglieder zum Übertritt auf die Seite Chruschtschows ermutigt“ wurden[63] – am 17. Juni rollten sowjetische Panzer auf die Straßen und zerschlugen die Demonstrationen. Damit war der innersowjetische Machtkampf zugunsten der Parteilinken entschieden und die SED-Herrschaft gerettet. Vorher der Haupthebel zur Aufsprengung der US-Herrschaft über Westeuropa, garantierte die DDR von nun an als Eckstein der Blockbildung die Spaltung Deutschlands und Europas.

Bis dahin war Adenauers Spaltungspolitik in seiner eigenen Partei umstritten gewesen, seine Stellung Anfang der 50er Jahre längst nicht gefestigt, denn sowohl in seiner eigenen Partei als auch in seinem Koalitionspartner FDP gab es starke gesamtdeutsche Kräfte, welche die nationale Einheit als blockfreier Staat einer Unterordnung unter die USA vorzogen. Nachdem ihn die sowjetische Note zur bürgerlich-demokratischen Lösung der deutschen Frage in erhebliche Bedrängnis gebracht hatte, konnte er bereits nach dem Sozialismusbeschluss der SED darauf hinweisen, dass das sowjetische Angebot nicht ernst gemeint sein konnte. Erst recht bedeutete der 17. Juni einen Triumph für ihn, denn nun schwenkte das bürgerliche Lager endgültig auf seine Politik der Westbindung Deutschlands unter Inkaufnahme der Spaltung ein, während die Kommunisten nicht nur unter den ostdeutschen, sondern auch unter den westdeutschen Arbeitern jeden Rückhalt verloren.

Im September 1953 fanden die zweiten Wahlen zum Bundestag statt. Vor dem 17. Juni hatte die CDU/CSU als sichere Verliererin gegolten und war ein hoher Wahlsieg für die SPD vorhergesagt worden. Jetzt wurde die Union mit 45,2% (1949: 31,0%) unangefochtene Wahlsiegerin; die SPD erhielt 28,8 % der Stimmen (1949: 29,2%), und die KPD verschwand mit 2,2% aus dem Bundestag (1949: 5,7%). Ab jetzt bildete die Westbindung den außenpolitischen Grundkonsens der bürgerlichen Klasse in Deutschland und wurde das Bündnis mit den USA zur Staatsräson der Bundesrepublik.

4. Der Weg in den Untergang

Als maßgeblicher Gegner Chruschtschows und Verlierer des Machtkampfs wurde Berija am 26. Juni verhaftet und bald darauf hingerichtet. Gleichzeitig distanzierte sich

[63] Wettig, S. 53

Malenkow von ihm und seinen eigenen bisherigen Auffassungen zur DDR. Am 7. Juli 1953 behandelte das ZK der KPdSU den Fall Berija in einer Plenumssitzung. Der Hauptvorwurf war, dass er gegen den Aufbau des Sozialismus in der DDR und für ein neutrales, bürgerliches Gesamtdeutschland eingetreten war. Chruschtschow charakterisierte ihn als "Provokateur und Agent des Imperialismus" und warf ihm vor, die führende Rolle der Partei abzulehnen.[64] Malenkow, wenige Wochen zuvor noch mit Berija einer Meinung, verurteilte ihn jetzt wegen dessen "Kurs auf ein bürgerliches Deutschland" als "bürgerlichen Renegaten".[65]

Der am Ende des ZK-Plenums einstimmig verabschiedete Beschluss beschuldigte Berija, "den Weg des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu verlassen und Kurs zu nehmen auf die Umwandlung der DDR in einen bürgerlichen Staat, was einer direkten Kapitulation vor den imperialistischen Kräften gleichgekommen wäre."[66] Chruschtschow verkündete dazu als unveräußerliches Prinzip, dass es ein neutrales, demokratisch-bürgerliches Deutschland nicht geben könne.[67] Molotow, von Stalin als Außenminister abgesetzt und inzwischen wieder im Amt, untermauerte diesen Grundsatz, indem er ausführte: "Für uns Marxisten war und bleibt es klar, dass es ... unter den Bedingungen der imperialistischen Epoche eine Illusion wäre, von der Perspektive ausgehen zu wollen, ein bürgerliches Deutschland würde sich gegenüber der UdSSR friedliebend oder neutral verhalten können."[68] Das Dogma von der imperialistischen Epoche und der unveräußerlichen Aggressivität eines bürgerlichen Deutschland musste fortan dazu herhalten, um die sowjetische Deutschlandpolitik zu begründen.

Am 14. Mai 1955, neun Tage nach dem Nato-Beitritt der Bundesrepublik, gründete sich der Warschauer Pakt, und damit hatte die Zwei-Lager Theorie, 1947 zum ersten Mal von Shdanow formuliert, endgültige Gestalt in Form von zwei entgegenstehenden Militärbündnissen angenommen.

Kommunismuspolitik

Nach ihrem Sieg sorgten Chruschtschow und seine Anhänger als Herren nicht nur der Politik, sondern auch der Archive und der Geschichtsschreibung dafür, dass die grundlegenden Differenzen in der Deutschlandpolitik im Dunkeln blieben. Deshalb konnte es zu der bis heute kontrovers geführten Debatte kommen, ob die „Stalin-Note“ ernst gemeint oder ein bloßes Propagandamanöver war. Erleichtert wurde das

---

[64] In Knoll/Kölm, S.66, 55
[65] Ebd, S.36
[66] Ebd, S.335
[67] Ebd, S.66. Wie weit her es mit dieser Prinzipienfestigkeit war, zeigte sich 1964, als Chruschtschow versuchte, angesichts der sich vertiefenden Landwirtschaftskrise in der UdSSR die Bedingungen für einen Verkauf der DDR auszuloten, was zum Auslöser für seinen Sturz wurde (Karuscheit 1997, S. 29).
[68] Knoll/Kölm, S.78

Vertuschungsgeschäft (und wird es bis heute) dadurch, dass die Niederschriften der Sitzungen der obersten Organe von Staat und Partei geschönt, wenn nicht gefälscht wurden.[69]

Über die Außenpolitik hinaus stellte der Ausgang des Machtkampfs 1953 die Weichen für die weitere Entwicklung von Staat und Gesellschaft in der Sowjetunion.[70] 1956 rechnete Chruschtschow auf dem XX. Parteitag mit Stalin ab, indem er ihn alleinverantwortlich für die blutigen Säuberungen der Vergangenheit erklärte, die inhaltlich-politischen Differenzen jedoch verschwieg. Weder sagte er etwas zu den deutschlandpolitischen Kontroversen noch zu der Kommunismuspolitik, gegen die Stalin in den „Ökonomischen Problemen“ Stellung genommen hatte.

Diese Politik wurde von der siegreichen Linken jetzt in die Tat umgesetzt, indem die neue sowjetische Führung zum sog. „Gulaschkommunismus“ überging, auf dessen Boden die gesellschaftlichen Investitionen aus dem Produktionsmittelsektor in die Konsumgüterherstellung verlagert wurden, verbunden mit einer Abkehr vom Leistungsprinzip. Programmatisch fixiert wurde diese Politik durch den XXII. KPdSU-Parteitag 1961, der ein „Programm des Kommunismus“ beschloss, das die Überflügelung der USA in der Pro-Kopf-Produktion innerhalb von zehn Jahren und die kommunistische Güterverteilung nach den persönlichen Bedürfnissen in weiteren zehn Jahren ankündigte.

Ab einen bestimmten Punkt waren die damit einhergehenden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Veränderungen nicht mehr rückgängig zu machen. Sie führten zu einer langsamen Abwendung des Proletariats vom Sowjetstaat und mündeten wirtschaftlich in eine Abwärtsspirale, bis von dem siegesgewiss verkündeten „Wettbewerb der Systeme“ nur noch ein Rüstungswettlauf übrig blieb und die Sowjetunion ihrem Ende entgegen ging.[71]

---

[69] So bemerkte Chruschtschow, nachdem er selber die Macht verloren hatte, dass die Auseinandersetzungen über die deutsche Frage im KPdSU-Präsidium nach Stalins Tod nicht ins Protokoll genommen wurden, und fügte offen hinzu: „Es war eine Täuschung“ (in: Zubok, S.40, Anm.37).

[70] Die Schlüsselkrise dieser Jahre kann hier nur an der politischen Oberfläche und in äußerster Kürze angerissen werden. Sie war mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruch verbunden, der das Proletariat mit seinen verschiedenen Abteilungen sowie die Kolchosbauernschaft erfasste und sowohl die kommunistische Partei als auch die Sowjetordnung und das Militär tiefgreifend veränderte. Nach den Umwälzungen der Oktoberrevolution, der Kollektivierung und dem Weltkrieg nahmen Gesellschaft und Staat in dieser Krise die Gestalt an, die in Grundzügen bis zum Ende der UdSSR erhalten blieb und zur Auflösung der gesellschaftlichen Basis des Staats führte. Einen ersten Versuch, diese Phase zu begreifen, hat der Autor in den AzD 67/1999 unternommen: „Die Schlüsselkrise der 50er Jahre in der Sowjetunion“.

[71] Nach Thomas Kuczynskis Zusammenbruchserklärung zwang das „Weltkapital“ den Sozialismus „im Rahmen der sogenannten Systemkonkurrenz .... nicht zuletzt auf dem Wege des die ökonomischen Ressourcen verschlingenden Wettrüstens“ wirtschaftlich in die Knie (Zeitschrift „Sozialismus“ 10-2019, S.44). Offenbar ist dem Autor unbekannt, dass die Sowjetunion die Systemkonkurrenz – ein Synonym für die Zwei-Lager-Politik – incl. des Wettrüstens im Rahmen der Offensivstrategie der „Linken“ in den 50er Jahren selber (mit-)initiierte bzw. verfolgte, um das Lager des Imperialismus dank der entfesselten Produktivkräfte des Sozialismus niederzukonkurrieren.

Der 17. Juni als „faschistischer Putsch“

Für die SED bedeutete der 17. Juni ein vollständiges Desaster. „Die entscheidende politische Niederlage bestand darin, dass hier nicht die ‚bürgerlichen Elemente‘ und andere Klassenfeinde in restaurativer Absicht auf die Straße gegangen waren, sondern Belegschaften, vor allem Arbeiter aus industriellen Zentren der DDR wie Leuna, Bitterfeld und Halle, die in den zwanziger Jahren sozialdemokratische und kommunistische Hochburgen des Klassenkampfes gewesen waren.“[72] Die Arbeiterklasse hatte sich unübersehbar gegen den Sozialismuskurs und die SED-Herrschaft gestellt.

Aufgrund der vorliegenden Meldungen und Berichte von Stasi-Mitarbeitern und Parteiorganisationen wusste die Parteiführung dies auch, und vorübergehend gab es Ansätze zu einer ernsthaften Selbstkritik. Doch nach Verstreichen einer mehrwöchigen Schamfrist verkündete eine Resolution des SED-ZKs am 26. Juli 1953, dass der 17. Juni der "Versuch eines faschistischen Putsches" gewesen sei, den monopolkapitalistische und junkerliche Kreise Westdeutschlands als Helfer des amerikanischen Imperialismus mit Unterstützung einer faschistischen Untergrundbewegung zusammen mit Agenten des Ostbüros der SPD unternommen hätten.[73] Zwar habe die Partei Fehler gemacht, im Grundsatz aber stets richtig gehandelt. Vor allem war es "richtig, dass unsere Partei Deutschland auf den Weg des Sozialismus führte und in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus begann. Diese Generallinie war und bleibt richtig."

Auf die Arbeiter musste die Etikettierung als faschistischer Putschversuch wie Hohn wirken. Ein Jahr zuvor hatte die SED über ihren Kopf hinweg den Sozialismus verkündet und sich dazu auf ihr fortgeschrittenes Bewusstsein berufen. Jetzt wollte dieselbe SED ihnen weismachen, dass sie einen faschistischen Putschversuch unterstützt hätten.

Umgekehrt sah das Ganze aus Sicht einer Parteiführung aus, die für sich in Anspruch nahm, die objektiven Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten. Von diesem Standpunkt aus hatten die Arbeitergegen ihre eigenen Interessen gehandelt, fehlgeleitet durch westliche Propaganda. Das durfte sich nicht wiederholen, als Vorhut des Proletariats musste die SED dafür sorgen, dass die Arbeiterklasse ihre historische Mission künftig störungsfrei erfüllte.

Der Umbau der Herrschaft

Dank sowjetischer Soforthilfe und weil es vorerst bei dem „neuen Kurs“ blieb, gelang es, die wirtschaftliche Lage zu entspannen. Der Sozialismusbeschluss wurde aufrecht erhalten, nur erfolgte seine Umsetzung jetzt langsamer. Zugleich sorgte die Parteiführung dafür, dass der 17. Juni sich nicht wiederholte.

Zunächst wurden Herrnstadt und Zaisser als die Hauptkritiker Ulbrichts aus dem Politbüro und dem ZK entfernt, hauptsächlich aufgrund der Kontakte, die Zaisser als Innenminister zu Berija gehabt hatte. Außerdem wurde die Partei insgesamt disziplinniert, nachdem die große Mehrheit der Parteimitglieder bei den Aufstandsaktionen

[72] Hürtgen, S.386
[73] nach: Loth, S.216f

passiv geblieben war und einige sogar mitgemacht hatten; nur eine Minderheit hatte sich an der Niederschlagung beteiligt.[74] Zahlreiche Parteimitglieder wurden ausgeschlossen, Parteileitungen unterhalb des ZK ausgewechselt und die direkte Kontrolle der untergeordneten Parteigliederungen durch den ZK-Apparat intensiviert.[75] Nachdem die Partei wieder auf Linie gebracht war, stellte die SED-Führung aus den betrieblichen Parteimitgliedern bewaffnete Betriebskampfgruppen auf, die zukünftig den Kampf gegen Saboteure und andere Feinde des Sozialismus führen sollten.

Der wichtigste Schritt war der Ausbau des staatlichen Macht- und Kontrollapparats. „Der Aufstand vom 17.Juni 1953 wurde zum Trauma der Herrschenden, das sie bis zu ihrem Machtverlust im Herbst 1989 nicht mehr los wurden. Die gesamte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten errichtete Sicherheitsarchitektur der SED, die in immer feineren Formen die Gesellschaft umspannte, basierte auf diesem Schockerlebnis.“[76] Das Ministerium für Staatssicherheit wurde ausgebaut, bis es zuletzt 40.000 bis 50.000 Hauptamtliche sowie zwischen 110.000 und 190.000 Inoffizielle Mitarbeiter (IMs) umfasste (die Zahlen schwanken je nach Zählweise). Verglichen mit den anderen Staaten des sozialistischen Lagers, die UdSSR eingerechnet, hatte dort ein Geheimdienst-Mitarbeiter fünf bis zehn Mal mehr Personen zu überwachen als ein Stasi-Beamter in der DDR.[77]

Im Zentrum der geheimdienstlichen Aufmerksamkeit standen die Betriebe. „Im Laufe der sechziger Jahre wurde ... die ‚politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft‘ zur Schwerpunktaufgabe erklärt. Im Arbeitsbereich und im betrieblichen Raum entstand eines der bestausgebauten Informations- und Kontrollnetze der Staatssicherheit“, in dem alle oppositionellen Regungen sofort nach oben gemeldet wurden, um Gegenmaßnahmen zu treffen.[78] Ergänzt wurde die Überwachung durch die Praxis der „persönlichen Eingabe“, womit der einzelne Werktätige Wünsche oder Kritik vorbringen konnte – etwa Prämienangleichungen, Lohnerhöhungen, Kindergartenplätze oder Rentenzuschüsse, die zuvor schon Anlass für Streiks gewesen waren. „So wurde die individuelle Form der Interessendurchsetzung, die in den privaten Räumen und in der Familie verfasste Eingabe, für einige Zeit ein probates Mittel, die im Laufe der Zeit nicht geringer gewordenen betrieblichen Probleme zu lösen.“ Der typische Arbeitskampf nahm „den Charakter einer individuellen Bittstellung“ an.[79]

Das umfassende Kontrollsystem konnte den Arbeitern nicht verborgen bleiben. Hinzu kam nach der Erfahrung des 17. Juni die Überzeugung, dass man angesichts der Besatzungsmacht im Land sowieso nichts machen könne. Durch Repression und Entgegenkommen ruhig gestellt, reagierte die Arbeiterschaft durch den Rückzug ins Privatleben, durch Entpolitisierung und Individualisierung. „Während die Herrschenden aller Fraktionen in der DDR bis 1989 permanent in der Angst lebten, es könne zu einem

[74] Kowalczuk 1995, S.206ff
[75] Ebd, S. 219ff)
[76] Kowalczuk 2013, S.117
[77] Ebd, S.189
[78] Hürtgen S.388
[79] Ebd, S.399, 398f

Massenstreik kommen, hatte sich die Arbeiterschaft der DDR längst von dieser Form des betrieblichen Widerstands verabschiedet und andere Möglichkeiten der Konfliktartikulation gesucht. Die politische Atomisierung der DDR-Arbeiterschaft war eine ... Konsequenz dieser Entwicklung.“[80]

Vom Mauerbau zum „Neuen Ökonomischen System“

Nachdem die Macht gesichert war, ging die SED wieder an den Aufbau des Sozialismus, diesmal nur vorsichtiger als vorher. Nach wie vor überzeugt von der prinzipiellen Überlegenheit über den Kapitalismus, ließ Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958 beschließen, dass in drei Jahren das Konsumniveau der Westrepublik erreicht und übertroffen würde. Als im selben Jahr 1961 die Berliner Mauer gebaut werden musste, um die weitere Massenabwanderung von Arbeitskräften zu unterbinden, bedeutete dies eine öffentliche Kapitulationserklärung, doch nach dem Vorbild der Umtaufe des 17. Juni wurde die Mauer stattdessen zum „antifaschistischen Schutzwall“ erklärt.

Ab1963 wurde in der Wirtschaft auf Initiative Ulbrichts ein „Neues Ökonomisches System“ (NÖS) eingeführt. Die Betriebe erhielten mehr Selbständigkeit, wurden zur wirtschaftlichen Rechnungsführung unter Beachtung des Wertgesetzes angehalten und sollten das Leistungsprinzip durchsetzen. Darüber hinaus ging es vor allem um den Einsatz der Wissenschaft als Produktivkraft im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution, um neue Leitindustrien bzw -technologien wie etwa die Elektronik aufzubauen, mit der Kybernetik als Steuerungsinstrument. Damit, so glaubte Ulbricht, war der Schlüssel für eine sprunghafte Entwicklung der Produktivkräfte gefunden und würde der Sozialismus nunmehr endgültig seine Überlegenheit über das westdeutsche kapitalistische System beweisen. Deshalb ließ er in der Verfassung von 1968 die künftige Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Basis des Sozialismus aufnehmen.

In Teilbereichen wurden auch nennenswerte Erfolge erzielt, aber gleichzeitig nahmen Produktionsstörungen aufgrund von Disproportionen zwischen den Wirtschaftszweigen zu und gab es wachsende Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung. Gerd Schürer, seit 1965 Vorsitzender der staatlichen Plankommission, schreibt darüber, dass wir der "immer wieder von Walter Ulbricht vertretene(n) Forderung nach Plänen mit einer jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität von 10 bis 12 Prozent ... auf Grund der realen Ressourcen nicht entsprechen konnten ... Die Tragik dieser Periode von 1966 bis 1970 besteht darin, dass sich die Parteiführung zwar endlich den echten Problemen des Wachstums der Arbeitsproduktivität durch wissenschaftliche, ingenieurtechnische und arbeitsorganisatorische Leistungen zugewandt hat, sich aber durch Übertreibungen, Halbwissen und sogar Schaumschlägerei neue hausgemachte Probleme schuf ... Wort und Tat gingen immer weiter auseinander und die Stimmung der Menschen verschlechterte sich rapide."[81] 1970 waren die Reserven der DDR-Wirtschaft aufgebraucht, das MfS meldete immer mehr Unmutsäußerungen in der

[80] Ebd, S.384
[81] Schürer, S.148ff

Arbeiterschaft, und eine Mehrheit im Politbüro befürchtete eine Wiederholung des 17. Juni 1953.

Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Hinzu kam, dass Ulbricht begonnen hatte, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik zu vertiefen, um die Mittel und Technologien für die wissenschaftlich-technische Revolution in der Industrie zu erhalten. Sowohl in Moskau als auch in der SED-Führung wuchs daraufhin die Befürchtung, dass am Ende dieser Politik nicht der Schwanz mit dem Hund, sondern der Hund mit dem Schwanz wedeln und statt eines sozialistischen Siegs die Abhängigkeit von der BRD stehen würde. Im April 1971 wurde Ulbricht gezwungen zurückzutreten; an seiner Stelle übernahm Erich Honecker die Führung von Partei und Staat.

Die neue Führung sorgte zunächst dafür, dass die Produktion wieder ins Gleichgewicht gebracht wurde. Darüber hinaus ging sie unter dem Schlagwort der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ an die Erweiterung der Konsumtionsmöglichkeiten und den Ausbau sozialer Leistungen. „Seit dem Machtantritt Honeckers wurden die verfügbaren Ressourcen nicht mehr vorrangig in die Modernisierung der wissenschaftlichen und industriellen Basis, sondern in die Sozialpolitik investiert“.[82]

Um die dafür erforderlichen gesellschaftlichen Mittel zu erarbeiten, forderte Honecker bei seinem Amtsantritt, die Arbeitsproduktivität zwischen 1971 und 1975 um 35 bis 37 Prozent sowie von 1976 bis 1980 um 30 bis 32 Prozent zu steigern. Doch wie bei dem in der Vorbemerkung genannten Versuch anlässlich des Parteitags 1976 scheiterten auch alle anderen Anläufe in dieser Richtung; die regelmäßigen Appelle und Agitationskampagnen zur Leistungssteigerung auf allen Gebieten verpufften wirkungslos. Hinzu kamen hohe Ausgaben für die innere Sicherheit sowie für die Armee, die wegen der Anforderungen des Warschauer Pakts nicht gesenkt werden konnten.

Die Folgen waren unausweichlich: zuerst war die erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Produktionskörpers nicht mehr möglich und dann die einfache Reproduktion, so dass die Infrastruktur zerfiel und mit der Überalterung der Maschinerie die Produktionsstörungen zunahmen. Der Ausweg war eine wachsende Verschuldung im westlichen Ausland (1989: 49 Mrd Valutamark), welche die Krise der DDR-Wirtschaft jedoch nur verlängern und nicht beheben konnte.

Das langjährige Politbüromitglied Krolikowski, von 1973 bis 1976 ZK-Sekretär für Wirtschaft, plädierte 1982 angesichts des erkennbaren Niedergangs dafür: „Natürlich muss in der DDR das Lebensniveau eingeschränkt werden. Die Mehrheit von Partei, Arbeiterklasse und Volk ist auch dazu bereit, wenn dies ehrlich erklärt und mit einer überzeugenden Konzeption begründet wird.“[83] Die Mehrheit des Politbüros war nicht so realitätsfremd, diesem Vorschlag Folge zu leisten; die zitierten Sätze dokumentierten lediglich die Illusionen ihres Urhebers über das Verhältnis der Werktätigen zur

[82] Malycha / Winters, S.176
[83] Malycha, S.294

SED sowie dessen Hilflosigkeit angesichts der Erkenntnis, sehenden Auges in den Untergang zu marschieren.

Westdeutsche Anhänger des DDR-Sozialismus pflegten Kritik an der DDR mit dem Spruch zu kontern, dass bei allen Lohnrunden in der BRD die DDR mit am Tisch der Tarifparteien sitzen würde – als ob die Lebensverhältnisse östlich der Elbe jemals ein Druckmittel für höhere Löhne im Westen gewesen wären. In Wirklichkeit saß umgekehrt bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der SED neben dem Lebensstandard der westdeutschen Arbeiter das Gespenst des 17. Juni mit am Tisch der Politbüromitglieder.

Leistungsprinzip und Produktivität

Die regelmäßig unternommenen und ebenso regelmäßig gescheiterten Versuche, die Produktivität im notwendigen Ausmaß zu steigern, offenbarten die grundlegende Schwäche der DDR-Ökonomie. Das Kapital kann die Leistungsbereitschaft der unter seinem Kommando stehenden Arbeitskräfte durch die Konkurrenz untereinander und die stete Drohung mit der Arbeitslosigkeit erzwingen. Dieser Weg ist einer Produktionsweise und Gesellschaftsordnung, die das Erbe der bürgerlichen Ordnung antreten will, versperrt.

Auch auf der ersten Stufe des Kommunismus gilt das Leistungsprinzip, insoweit jeder Produzent seiner individuellen Arbeitsleistung gemäß entlohnt wird. Das Maß der von ihm geleisteten Arbeit ist aufgrund seiner Qualifikation sowie der Intensität und Dauer seiner Tätigkeit größer oder kleiner als der Durchschnitt, und seinem Arbeitsquantum entsprechend hat er (nach Abzug der Arbeit für die Gemeinschaftsfonds) den Anspruch auf ein gleich großes Quantum an Konsumtionsmitteln, das dementsprechend ebenfalls größer oder kleiner ist. Es herrscht also das Leistungsprinzip: *Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.*

Zu vermitteln und organisieren ist dies durch den Staat, der auf dieser Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung noch unverzichtbar ist; erst wenn die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis aller Gesellschaftsmitglieder geworden ist, kann mit dem Leistungsprinzip auch der bisherige Staat verschwinden. Aber im Unterschied zur bürgerlichen Produktionsweise kann dieser Staat nicht die Zwangsmittel des Kapitals einsetzen, um mit der Drohung der Arbeitslosigkeit den Einsatz der individuellen Produktivkräfte der Gesellschaftsmitglieder zu erzwingen. Grundbedingung seines Funktionierens ist das freiwillige Zusammenwirken der assoziierten Produzenten, und die Schaffung dieser Grundbedingung ist in der Regel das Ergebnis einer Revolution, in deren Verlauf das Proletariat die Staatsmacht erobert, die großen Produktionsmittel in Besitz nimmt und sich subjektiv in die Lage versetzt, die gesellschaftliche Produktion zu organisieren.

Der „reale Sozialismus“ und das reale Proletariat

Grundsätzlich war dies auch der SED klar, weshalb Ulbricht sich 1952 auf das fortgeschrittene Bewusstsein der Arbeiterklasse berief – nur war dieses Bewusstsein herbeifabuliert, um mit dem Übergang zum Sozialismus eine Wiedervereinigung auf bürgerlicher Grundlage zu verhindern.

Welchen Grund sollte die produzierende Klasse in der DDR haben, ihre eigene Produktivkraft, sprich ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten, Geschicklichkeit und Einfallsreichtum, für den Staat einzusetzen? 1952 hatte die SED den Sozialismus eingeführt, ohne sie nach ihrer Meinung zu fragen. 1953 war ihr Aufstand gegen die SED-Herrschaft von sowjetischen Panzern niedergewalzt worden. 1961 war sie vom Westen abgesperrt worden, bald darauf war Ulbricht mit dem voluntaristischen Kraftakt seines „Neuen Ökonomischen Systems“ gescheitert, und anschließend versuchte Honecker nur noch, die Massen durch soziale Wohltaten zu sedieren, während gleichzeitig der Sicherheitsapparat vervollkommnet wurde.

Das Ergebnis dieser Entmündigung in Permanenz lässt sich an der Arbeitsmoral ablesen. Ein bürgerlicher DDR-Forscher kommentierte dazu: „Die in den Betrieben vorhandene Kritik der Belegschaften an den Unzulänglichkeiten des Betriebsablaufs und der Unfähigkeit der Leitungen zu einschneidenden Veränderungen legitimierte eine großzügige Selbstbestimmung der Beschäftigten über Fragen der produktiven Nutzung von Arbeitszeit.“[84] Und in der DDR selber wurde als Grund für den langjährigen „Burgfrieden“ zwischen SED und Arbeiterschaft ironisiert, dass in den Betrieben nur zwei Stunden gearbeitet, aber acht bezahlt wurden.[85]

Durch alle ökonomischen Diskussionen in der DDR über die Wirtschaftsplanung zieht sich die Frage nach einer produktivitätsorientierten Organisation von Produktion und Entlohnung hindurch. Doch sämtliche Anstrengungen und Appelle zur Leistungssteigerung liefen ins Leere, weil die Arbeiterschaft passiven Widerstand leistete. Die SED konnte sie durch eine Mauer am Verlassen der DDR hindern, stieß aber selber an eine unüberwindliche Mauer, sobald es um ihre Produktivität und Leistungsbereitschaft ging. Sie konnte die arbeitende Klasse entmündigen, aber nicht den Einsatz ihrer Produktivkraft erzwingen. Der „reale Sozialismus“ scheiterte am realen Proletariat.

Das Ende

Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts trat die Sowjetunion in das letzte Stadium ihres Niedergangs ein. Selber ökonomisch am Boden, war sie nicht in der Lage, der DDR wie nach dem 17.Juni 1953 noch einmal wirtschaftlich unter die Arme zu greifen. Da sich gleichzeitig ihr innerer Zusammenhalt auflöste, war ihre Führung auch nicht mehr bereit oder in der Lage, die Herrschaft der SED militärisch zu sichern.

Allerdings sah das Ende anders aus, als es die SED die ganze Zeit über gefürchtet hatte. Jahrzehntelang überwacht, geschurigelt und atomisiert, hatte die Arbeiterschaft keine Erfahrung des Klassenkampfs mehr, deshalb begann der Revolutionsprozess von 1989 nicht wie 1953 in den Betrieben. Er begann mit einer von Intellektuellen, Künstlern und Pastoren getragenen, mehrheitlich demokratisch-sozialistischen Bürgerbewegung, die ab Ende September 1989 in „Montagsdemonstrationen“ auf die Straßen ging.[86] Von Woche zu Woche strömten mehr und mehr Menschen auf die

[84] Schroeder, S.682
[85] Kocka, S.551
[86] Staritz S.363ff; Karuscheit 1997, S.40ff

Demonstrationen, um unter der zentralen Parole „Wir sind das Volk“ gegen die SED-Herrschaft und für eine bessere DDR einzutreten.

Als die Massenbewegung anschwoll und die sowjetische Führung unter Gorbatschow ihre Distanz zur bisherigen Staatsführung signalisierte, formierte sich auch in der SED ein Reformflügel, der unter Ablösung Honeckers für eine Demokratisierung der DDR eintrat. So trafen sich an den bald eingerichteten „Runden Tischen“ Vertreter der Bürgerbewegung und SED-Reformer, die bei allen sonstigen Differenzen gemeinsam für die fortdauernde Eigenständigkeit einer demokratisierten DDR eintraten.

Doch die ungleichen DDR-Bewahrer machten die Rechnung ohne den Wirt, sprich ohne die Arbeiterschaft. An den Montagsdemonstrationen beteiligten sich allmählich immer mehr Arbeiter; sie stellten im Lauf des November 1989 die Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer und bestimmten ab dann nicht nur das Gesicht der Massenbewegung, sondern gaben ihr auch eine andere Richtung, denn sie waren nicht bereit, den Staat noch länger zu erdulden, der ihnen 1952 den Sozialismus vorgesetzt, ein Jahr später ihren Aufstand niedergeschlagen und sie anschließend einer permanenten Bespitzelung und Überwachung unterworfen hatte. Gegenüber den oft genug gehörten Versprechungen auf eine bessere Zukunft in einer neuen DDR zogen sie die Hoffnung auf ein besseres Leben durch den Anschluss an die kapitalistische Westrepublik vor. Das heißt, sie stellten die soziale Frage in nationaler Form und ersetzten „Wir sind das Volk“ durch eine andere Parole, die fortan die Demonstrationen bestimmte: „Wir sind *ein* Volk“. Und da diesmal keine sowjetischen Truppen zu Hilfe eilten, war das Schicksal der DDR entschieden.

Besiegelt wurde es in den Wahlen vom März 1990, als die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für die Parteien stimmte, die für die sofortige Einheit eintraten, an der Spitze die „Allianz für Deutschland“. Anders als es die SED jahrzehntelang befürchtet hatte, war es kein neuerlicher Aufstand, sondern waren es die Stimmzettel der Arbeitermassen, die das Ende der DDR herbeiführten. So kehrte die von der KPD/SED negierte bürgerliche Revolution 1989/90 zurück, indem der DDR-Sozialismus unterging und die im 19.Jahrhundert erledigte nationale Frage durch die Wiederherstellung des Nationalstaats erneut gelöst wurde, diesmal als Geschenk der Arbeiterschaft an die Bourgeoisie.

Schluss: Planwirtschaft und Proletariat

Von bürgerlicher Seite, aber auch in Teilen des Marxismus wird die Planwirtschaft als entscheidender ökonomischer Grund für den Untergang genannt.

Das Problem der DDR war indessen, dass auch der beste Plan die fehlende Mitwirkung der Produzenten in den Betrieben nicht ersetzen konnte. Zu welchen Leistungen die Planwirtschaft in der Lage ist, wenn sie sich auf die arbeitende Klasse stützen kann, dokumentiert die Industrialisierung der Sowjetunion. Getragen vom Engagement der Massen, fand der Aufbau der industriellen Grundlagen des Arbeiter- und Bauernstaats in einem Umfang und einer Geschwindigkeit statt, die kein bürgerlicher Ökonom für möglich gehalten hätte. Im Weltkrieg setzte sich dieses Wachstum trotz aller

kriegsbedingten Ausfälle fort, so dass die UdSSR Deutschland im vorletzten Kriegsjahr industriell überflügeln konnte. Im selben Tempo wurde anschließend die Rekonstruktionsperiode bewältigt.

Umgekehrt ging der Sowjetstaat nicht aufgrund der Planwirtschaft nieder, sondern weil er durch seine Politik seit den 50er Jahren die Gefolgschaft des Proletariats verspielte. In dem Maße, wie das geschah, verfiel zuerst die Wirtschaft und zerbrach am Schluss der Staat, weil er die soziale Basis verloren hatte, auf welcher er entstanden war. Die Arbeiterklasse, die zuvor die Revolution erkämpft, die Industrialisierung verwirklicht und den Weltkrieg durchgestanden hatte, weil sie von der Sache des Sozialismus überzeugt war, stand dem Staat zuletzt gleichgültig gegenüber und rührte keine Hand, um seinen Untergang aufzuhalten.

Das heißt, für die Fortentwicklung oder Stagnation der Ökonomie ist nicht die Planwirtschaft als solche verantwortlich zu machen, entscheidend ist vielmehr, ob sie getragen wird von einer Klasse, die sich ihrer selbst bewusst und gewillt ist, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, um die Menschen aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit zu führen. Nur auf diesem Boden kann die gesellschaftliche Planung der Produktion ihre Überlegenheit über die bürgerliche Produktionsweise unter Beweis stellen. Wenn nicht, dann nicht.

Literatur

Ansichten zur Geschichte der DDR (**1990ff**), wechselnde Hg, zuletzt hg. von D.Keller / H.Modrow / H.Wolf im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag, Bonn-Berlin

Adibekov, Grant M. (**2002**): Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas; hg. von Bernhard B.Bayerlein und Jürgen Mothes in Verbindung mit Olaf Kirchner; Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften: Frankfurt/M u.a.

AzD = Aufsätze zur Diskussion; seit 1979 erscheinende marxistische Zeitschrift; Postfach 100229, 45802 Gelsenkirchen; azd72@gmx.de; im Internet unter: >kommunistische-debatte.de<

BzG = Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, seit 1958 erscheinende Zeitschrift; Trafo-Verlag, Finkenstr.8, 12621 Berlin

Erler, Peter; **Laude**, Horst; **Wilke**, Manfred (Hg) (**1994**): "Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland: Akademie-Verlag, Berlin

Herbst, Ludolf (**1989**): Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, dtv, München

Herrnstadt, Rudolf (**1990**): Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17.Juni 1953. Das Herrnstadt-Dokument, hg von Nadja Stulz-Herrnstadt; Rowohlt: Reinbek b.Hamburg

Hillgruber, Andreas (**1985**): Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte; Kohlhammer: Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz

Hübner, Peter / **Kleßmann**, Christoph / **Tenfelde**, Klaus (Hg) (**2005**): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit; Böhlau-Verlag, Köln

Hürtgen, Renate: Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel; in: Hübner u.a. 2005, S. 383-403

Junker, Detlef (**1995**): Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert; B.I.Taschenbuchverlag, Mannheim - Leipzig - Wien - Zürich

Kaelble, Hartmut / **Kocka**, Jürgen / **Zwahr**, Helmut (Hg) (**1994**): Sozialgeschichte der DDR; Klett Cotta, Stuttgart

Karuscheit, Heiner (**1997**): Das Scheitern des deutschen Kommunismus; VTK-Verlag: München

Karuscheit, Heiner (**2015**): Die zerbrochene Hegemonie. Der Weltkrieg als Kampf um die Herrschaft in Deutschland; in: Karuscheit / Wegner / Wernecke / Wollenberg: Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg; VSA: Hamburg

Karuscheit, Heiner (**2017**): Die verlorene Demokratie. Der Krieg und die Republik von Weimar; VSA: Hamburg

Karuscheit, Heiner (**2018**): Für Preußen-Deutschland und die Macht. Die Politik der SPD in Krieg und Novemberrevolution; in: Berliner Debatte Initial 29; auch in AzD 88 (2018)

Karuscheit, Heiner (**2020**): Rosa Luxemburg – Das Scheitern eines Revolutionsprogramms; AzD 91

Kleßmann, Christoph und **Stöver**, Bernd (Hg) (**1999**): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa; Böhlau: Köln u.a.

Knoll, Viktor und **Kölm**, Lothar (Hg. und Übersetzer aus dem Russischen) (**1993**): Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht; Aufbau Taschenbuch Verlag: Berlin

Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft; in: Sozialgeschichte der DDR, hg. von Kaelble / Kocka / Zwahr 1994, S. 547-553

Kowalczuk, Ilko-Sascha / **Mitter**, Armin / **Wolle**, Stefan (Hg) (**1995**): Der Tag X – 17.Juni 1953. Die „innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54; Ch.Links-Verlag: Berlin

Kowalczuk, Ilko-Sascha: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“ Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag; in Kowalczuk / Mitter / Wolle 1995, S. 171 -242

Kowalczuk, Ilko-Sascha und **Mitter**, Armin: „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt!“ Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53; in Kowalczuk / Mitter / Wolle 1995, S. 31 - 74

Kowalczuk, Ilko (**2013**): Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR; Beck: München

Löwke, Udo F. (**1976**): Die SPD und die Wehrfrage 1949-1955; Verlag Neue Gesellschaft: Bonn

Loth, Wilfried (**1990**): Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955; dtv: München

Loth, Wilfried (**1994**): Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte; Rowohlt: Berlin

Loth, Wilfried (**2007**): Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik; Vandenhoek & Ruprecht: Göttingen

Malycha , Andreas: Ungeschminkte Wahrheiten. Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978; Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte , Band 59, Heft 2/2011, S.283-305 >https://www.degruyter.com/downloadpdf/j/vfzg.2011.59.issue-2/vfzg.2011.0014/vfzg.2011.0014.xml<

Malycha, Andreas / **Winters**, Peter Jochen (**2009**): Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei; BpB: Bonn

MBl = Marxistische Blätter, seit 1963 erscheinende Zeitschrift; Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Naimark, Norman M. (**1997**): The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945-1949; Harvard University Press

Neubert, Harald (Hg) (**2003**): Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1968. Eine Dokumentation von Wladimir K.Wolkow; edition ost: Berlin

Pieck, Wilhelm (**1994**): Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953; Hg Rolf Badstübner und Wilfried Loth; Akademie-Verlag: Berlin

Podewin, Norbert (**1995**): Walter Ulbricht. Eine neue Biographie; Dietz: Berlin

Rauch, Georg von (**1990**): Geschichte der Sowjetunion; Kröner: Stuttgart

Schirdewan, Karl (**1994**): Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik; Aufbau-Taschenbuch-Verlag: Berlin

Schroeder, Klaus (**2013**): Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949-1990; Böhlau: Köln-Weimar-Wien

Schürer, Gerd (**1994)**: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR, in: Ansichten zur Geschichte der DDR

Shdanow, A.A. (**1972)**: Ausgewählte Reden zu Kunst, Wissenschaft und Politik, o.O., o.J.; Nachdruck Berlin

Shdanow, A.A. u.a. (**1975)**: Die Internationale Lage nach dem 2.Weltkrieg: Internationaler Buch- und Plattenverlag: Frankfurt

Semjonow, Wladimir S. (**1995**): Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991, mit einem Vorwort von Peter Strunk; Nikolai: Berlin

Steininger, Rolf (**2003**): 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR; Olzog: München

Stößel, Frank Thomas (**1985**): Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945-1954; 2 Bände (Text Band 1, Fußnoten und Literaturverzeichnis Band 2): Verlag Wissenschaft und Politik, Köln

SW = **Stalin**, Josef: Gesammelte Werke, Berlin (Ost) (**1952 ff)**; Nachdruck Verlag Roter Morgen, Dortmund 1976. Band 15 enthält eine Zusammenstellung von Schriften, Interviews und Telegrammen seit 1945, die in der ursprünglichen Ausgabe der Gesammelten Werke nicht enthalten sind.

Staritz, Dieter (**1996**): Geschichte der DDR, Suhrkamp, Frankfurt

Sywottek, Arnold (**1971**): Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946; Bertelsmann Universitätsverlag: Düsseldorf

Ulbricht, Walter (**1959**): Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 - 1958. Artikel und Reden; Dietz: Berlin (Ost)

Ulbricht, Walter (**1958**): Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen; Band IV 1950-1954; Dietz: Berlin (Ost)

Weber, Hermann (**2000**): Die DDR 1945 – 1990; Oldenbou rgGrundriss der Geschichte Bd 20; Oldenbourg: München

Wettig, Gerhard: Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen; in: Kleßmann / Stöver 1999, S. 49 - 69

Z = Zeitschrift Marxistische Erneuerung, seit 1989 erscheinende Zeitschrift; Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main

Zarusky, Jürgen (Hg) (**2002**): Die Stalin-Note vom 10.März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig; Oldenbourg: München

Zubok, Vladislav: „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ...“ - Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953; in: Kleßmann / Stöver, S. 29 – 48

Heiner Karuscheit

Rezension und Kritik von Heinz Niemann: Kleine Geschichte der SED Ein Lesebuch, Verlag am Park, Berlin 2020, 30 €

Als jüngstes Buch über die DDR ist kürzlich die „Kleine Geschichte der SED“ von Heinz Niemann erschienen, einem langjährigen SED-Mitglied in höheren Funktionen, mit 800 Seiten alles andere als „klein“.

Geschrieben von einem „Überzeugungstäter mit gutem Gewissen“, wie Niemann über sich selber sagt, folgt das Werk demselben roten Faden wie die Politik der SED, was der Autor unter Berufung auf die „Parteilichkeit eines marxistischen Historikers“ (15) auch begründet. Er bekennt sich im Vorwort seines Buchs zu „einem historisch-materialistischen Verständnis von Geschichte, welches diese grundsätzlich für determiniert ansieht" (11), und damit ist in einem Satz sowohl die Triebkraft der von der SED verfolgten Politik als auch die Methode seiner Geschichtsschreibung genannt.

Eine deterministische Geschichtsauffassung

Beides steht im Gegensatz zu den Auffassungen von Marx und Engels. Die Auffassung vom historischen Materialismus, die Niemann vertritt, wurde von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus zeit ihres Lebens bekämpft. So wandte sich Engels 1893 in einem Interview mit der französischen Zeitung *Le Figaro* gegen die Behauptung, dass Marx und er Anhänger einer deterministischen Geschichtsauffassung seien: „Aber wir haben kein Endziel. Wir sind Evolutionisten, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren.“ (MEW 22, S.542) Ähnlich führte er 1884 in einem Brief an Marx‘ Schwiegersohn Lafargue aus: „Marx würde gegen ‹das politische und gesellschaftliche Ideal› protestieren, das Sie ihm unterstellen (…) Wenn man aber ein Ideal hat, kann man kein Mann der Wissenschaft sein, denn man hat eine vorgefasste Meinung.“ (MEW 36:198)

Niemanns Überzeugung von einer kausalen Vorherbestimmtheit der historischen Entwicklung, die den Sozialismus als gesetzmäßiges Produkt der Ökonomie des Kapitals begreift und die der Autor aus der Politik der KPD/SED in die Historiographie überträgt, hat ihren (bzw. einen) Ursprung bereits im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891. Darin findet sich keine Analyse der Gesellschaft des Kaiserreichs und der gegebenen Herrschaftsordnung, um daraus die konkrete Zielstellung der sozialen Revolution abzuleiten. Stattdessen wird das Programm durch seinen allgemeinen Teil dominiert, in dem Kautsky die Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise referierte, aus denen nach einem allgemeinen „Kladderadatsch“ die neue Gesellschaft hervorgehen würde.

Diese Überzeugung stand auch Pate bei der Geburt der KPD inmitten der Novemberrevolution 1918/19, denn Rosa Luxemburg und die KPD leiteten die Aktualität des Sozialismus am Ende des Ersten Weltkriegs aus den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus ab, anstatt aus der gesellschaftlichen Realität Deutschlands die Notwendigkeit einer *demokratischen* Revolution zu schlussfolgern. Diesem Verständnis zufolge war die Novemberrevolution wegen des Verrats der SPD-Führung fehlgeschlagen; doch

nachdem das Monopolkapital den Faschismus als letzte Rettung vor seinem Untergang an die Macht gebracht hatte, stand nunmehr nach Auffassung der KPD endgültig der Sozialismus auf der Tagesordnung. Zwar verlangten die Sowjets von der KPD/SED-Führung, in ihrer Besatzungszone eine antifaschistisch-demokratische Ordnung mit einer parlamentarischen Republik zu errichten (was eine Mehrheit der aus der Illegalität kommenden Parteimitglieder ablehnte). Aber sobald sich die Gelegenheit dazu ergab, ging die SED an die Einführung des Sozialismus.

Für eine Erziehungsdiktatur

Aufgrund seiner Überzeugung von einem historisch determinierten Sozialismus einerseits, der realen Verhältnisse in dem besiegten Nachkriegsdeutschland andererseits ist es für Niemann ausgemacht, dass der überfällige Sozialismus von der SED mit Hilfe einer *Erziehungsdiktatur* durchgesetzt werden musste. Um dies zu rechtfertigen, beruft er sich darauf, dass auch die westlichen Besatzungsmächte es nach dem Zweiten Weltkrieg „für unerlässlich (fanden), Formen einer Erziehungsdiktatur“ für „die große Mehrheit der nazistisch verseuchten“ Menschen zu praktizieren, „die im Osten durch eine wirtschaftliche Entwicklungsdiktatur flankiert werden musste.“ (11)

Er negiert dabei, dass sich die „Erziehungsdiktatur“ der westlichen Alliierten ebenso wie die der sowjetischen Besatzungsmacht auf die Herstellung *demokratischer* Verhältnisse richtete und nach wenigen Jahren beendet war. Dagegen bedeutete der von der SED 1952 eingeführte Sozialismus eine permanente Erziehungsdiktatur. Dies mit der vorübergehenden Demokratisierungspolitik der Alliierten in eins zu setzen, offenbart eine kühne Logik.

Im Juli 1952 ließ die SED-Führung von der II. Parteikonferenz den Übergang zum Sozialismus beschließen, ohne die Arbeiterschaft in diese grundlegende Entscheidung einzubeziehen. Selbst die ZK-Mitglieder erfuhren erst am Vorabend der Konferenz davon und die Delegierten erst auf der Konferenz selber. Wäre der Sozialismusbeschluss vorher öffentlich zur Debatte gestellt worden, hätte es dafür keine Mehrheit gegeben, u.a. weil damit die deutsche Einheitspolitik unterlaufen wurde. Niemann bestätigt das in aller Offenheit, indem er bemerkt, dass Ulbrichts Behauptung auf der Parteikonferenz, der Sozialismus würde „in Übereinstimmung mit Vorschlägen aus der Arbeiterklasse“ ausgerufen, ein „Euphemismus“ war (82) – sprich eine Erdichtung.

Als maßgeblichen Grund für den Übergang benennt er denn auch die (nichtöffentliche) Argumentation Ulbrichts, „dass es höchste Zeit sei, klare Pflöcke gegen eine als ‚Ausverkauf‘ empfundene Vereinigung einzurammen.“ (73) Das bezieht sich auf die sog. „Stalin-Note“ vom März d.J., die eine Wiedervereinigung Deutschlands bei freier Wahl der Gesellschaftsordnung unter der Bedingung der Neutralität angeboten hatte, um eine Blockbildung in Europa zu verhindern.

„Stalinistische“ Verknöcherungen

Um dem zu begegnen, beendete die SED-Führung mit Unterstützung eines „linken“ Flügels in der KPdSU die Politik der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, im festen Glauben daran, dass sonst die Chance vertan würde, den geschichtlich determinierten Sozialismus mit seiner naturgesetzlichen, auf der Planwirtschaft beruhenden

Überlegenheit über den Kapitalismus zu realisieren. Das hieß im selben Atemzug, dass die neue Gesellschaftsordnung vom ersten Tag an weder auf der Überzeugung noch erst recht auf dem Willen der arbeitenden Klasse beruhte, sondern auf der Ideologie der SED-Führung, die sie umsetzen konnte, weil sie durch den militärischen Sieg der Sowjetunion in den Besitz der Macht gekommen war.

Die Konsequenz daraus war eine „Erziehungsdiktatur", die mit Notwendigkeit in ein System der Administrierung, der Willkür und der Bürokratie mündete, verbunden mit einem immer steriler werdenden Dogmatismus. Der Autor kritisiert die Verknöcherung des Parteilebens und die staatliche Willkür immer wieder als „stalinistisch" – aber hat er jemals über den Widerspruch nachgedacht, dass er die Einführung des Sozialismus 1952 entgegen dem Konzept Stalins befürwortet, die Konsequenzen aus dieser Entscheidung dann aber als „stalinistisch" beklagt?

Kein Jahr nach der II. Parteikonferenz, am 17.Juni 1953, rebellierte die Arbeiterschaft gegen den ihr aufoktroyierten Sozialismus und die Herrschaft der SED. Niemann versteigt sich nicht dazu, den Aufstand als „faschistisch" zu bezeichnen, wie das seinerzeit die SED getan hatte. Er charakterisiert ihn lediglich als „konterrevolutionär". (128) Ähnlich verfährt er beim Mauerbau 1961, den die SED zu einem antifaschistischen Bollwerk gegen die militaristischen Kräfte in Westdeutschland hochstilisierte, während er selber die Mauer lediglich zu einem „anti*kapitalistischen* Schutzwall" erklärt. Hier wie an anderen Stellen demonstriert er die kritische Distanz eines Intellektuellen gegenüber den „stalinistischen Verformungen" der Parteigeschichte. Er gibt sogar zu, dass der Mauerbau sich „gegen erhebliche Teile der eigenen Bevölkerung richtete" (330), feiert ihn jedoch als „Sieg" und „staatsmännische Meisterleistung" Ulbrichts (343), weil die SED damit „den frühsozialistischen Ausbruchversuch" (336) ungestört fortführen konnte.

Als Reaktion auf den 17.Juni 1953 wurde in den kommenden Jahren und Jahrzehnten der Staatssicherheitsdienst als zentrales Instrument der Herrschaftssicherung ausgebaut. In Niemanns Geschichte existiert er nur am Rande.

Determinismus und Personengeschichtsschreibung

Soziale Kräfte tauchen in dem Buch überhaupt nicht auf. Der Autor schreibt hunderte von Seiten über eine Partei, die ihrem Anspruch nach die Avantgarde des Proletariats war, aber verliert keine Zeile über Zusammensetzung, Tradition und politische Prägung dieses Proletariats. Die Arbeiterschaft fungiert bei ihm als gesichtslose Masse, als bloße Staffage bei der Vollstreckung gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze. Nur an einer Stelle, am 17.Juni 1953, taucht sie aus dem Nebel der Geschichte auf, als sie gegen die SED-Herrschaft rebellierte, anstatt die ihr vom historischen Materialismus à la SED zugewiesene Rolle zu spielen. Deshalb attestiert Niemann ihr bei dieser Gelegenheit auch einen „konterrevolutionären Putschversuch".

An einem bestimmten Punkt schränkt Niemann seine Auffassung von der Vorherbestimmtheit der Gesellschaftsentwicklung ein, indem er schreibt, dass er Geschichte „zwar grundsätzlich für determiniert ansieht, sie aber zugleich (da von Menschen gemacht) offen für Alternativen begreift". (11) Er gesteht den an der Macht befindlichen

Personen damit einen gewissen Handlungsspielraum zu, so dass er in den Grenzen der Determiniertheit sein „spezielles Anliegen“ verwirklichen kann, „den persönlichen Werten, Motiven, Denkweisen und Haltungen, dem Charakter des Einzelnen“ nachzuspüren. (7)

Auf dieser Bahn konzentriert sich seine Parteigeschichte auf das persönliche Handeln Ulbrichts und Honeckers, wobei drei Viertel des Buchs, fast 600 Seiten, sich entsprechend den Präferenzen des Autors mit Ulbricht befassen und nur 100 Seiten mit Honecker. Dabei weist das Buch enorme Längen mit z.T. seitenlangen Zitaten auf, so dass die Lektüre streckenweise sehr ermüdend ist. Dazu kommt, dass es insgesamt schlampig redigiert ist und jede Menge Schreibfehler aufweist.

Ulbricht und das NÖS

Eine zentrale Rolle in der Darstellung der Ulbricht-Ära spielt das 1963 eingeführte „Neue Ökonomische System“ (NÖS), als dessen entschiedenster Anhänger sich der Autor selber outet. (474) Es sollte eine wissenschaftlich-technische Revolution in der Wirtschaft herbeiführen, damit in Verbindung ökonomische Steuerungsmethoden anstelle administrativer Verwaltung etablieren, und setzte auf eine Zusammenarbeit mit der BRD, um von dort die erforderliche wirtschaftliche und technologische Unterstützung zu erhalten.

Obwohl dem NÖS nur ein kurzes Leben beschieden war (bis 1971), vermittelt Niemanns Darstellung den Eindruck einer viel längeren Erfolgsgeschichte. Dabei beschreibt er, auf welche Widerstände das neue Wirtschaftssystem von Anfang an stieß und urteilt zum Ende des NÖS durch den Sturz Ulbrichts, dass „mit der Entmachtung der Ulbricht-Gruppe … eine reale zukunftsträchtige Strategie abgebrochen“ wurde. (569)

Sein Fazit zu Ulbricht folgt dem grundlegenden Ansatz des Buchs, dass dessen Politik durch den prädestinierten Sozialismus legitimiert wurde: „Mit seinem Kampf um sein Lebenswerk – dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden – war seine oft skrupellos wirkende Handlungsweise im Nachhinein gerechtfertigt.“ (593)

Honecker: ein skrupelloser Karrierist

Für die Niederlage Ulbrichts macht Niemann zum einen die sowjetische Führung verantwortlich, die eine Annäherung an die BRD missbilligte (S.468, 497), wobei Breschnew die flexible Deutschlandpolitik Ulbrichts schon deswegen nicht verstehen konnte, weil er – möglicherweise aufgrund einer „Gehirnverkalkung“ (! S.519) – „politisch und theoretisch engstirnig“ war. (S.572)

Doch entscheidend für den Sturz waren Ulbrichts Gegner in der SED, und um deren Sieg zu erklären, erzählt der Autor ein veritables Schurkenstück. Seit 1956 (!) bildete sich nämlich „unter der Oberfläche eine konservativ-stalinistische Opposition“ (206), an deren Spitze sich Erich Honecker setzte. Von „kleingeistiger Eitelkeit“ geprägt (571) ging dieser „mit der Wucht eines Karrieristen“ vor, indem er sich Ulbricht zunächst durch „absolute Vasallentreue“ anbiederte, (209), tatsächlich jedoch nur eines

im Kopf hatte: „Es ging ihm nur um seinen eigenen Aufstieg zum Partei- und Staatschef.“ (548)

Bei seinen Intrigen gegen Ulbricht kam ihm zu Hilfe, dass eine Reihe von Politbüromitgliedern „intellektuell überfordert“ war, so dass ihnen die Fähigkeit abging, die Feinheiten des NÖS zu verstehen. (358) Außerdem versicherte Honecker sich der Unterstützung Breschnews, so dass er Ulbricht endlich 1971 abservieren konnte.

Inhaltlich lautet der Hauptvorwurf des Autors an Honecker, dass er unter der Parole der *Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik* anstelle der zukunftsträchtigen NÖS-Strategie „eine voluntaristische Wendung hin zu einer extensiven Sozialpolitik“ vollzog. (569) Die ausufernden Sozialleistungen hätten die DDR-Ökonomie überfordert, bis der Zusammenbruch am Ende unausweichlich war.

Das Ende des NÖS

Aber wie kam es dazu, dass nicht nur der von Niemann als intellektuell schwachbrüstig abgetane Teil der SED-Führung auf die Schalmeientöne des Karrieristen Honecker hereinfiel, sondern die Parteiführung insgesamt Ulbricht mehr oder weniger einhellig zum Rücktritt zwang?

Niemann erwähnt selber, dass die bevorzugte Behandlung einzelner Wirtschaftssektoren aufgrund des NÖS wachsende Disproportionen hervorrief (481f), Energieengpässe auftraten (S.560) und die Überalterung vieler Industrieanlagen sich immer stärker bemerkbar machte: „Es häuften sich Ende der sechziger Jahre die Schwierigkeiten“ (560), und die Stimmung in der Arbeiterschaft verschlechterte sich zunehmend. Von der Überlegenheit des NÖS überzeugt, zieht der Autor keine Schlussfolgerungen daraus, so wenig wie Ulbricht selber, der alle Warnsignale ignorierte und mit derselben ideologischen Verbissenheit seinen NÖS-Kurs fortsetzte, mit der er 1952 die Einführung des Sozialismus betrieben hatte. Felsenfest davon überzeugt, mit Hilfe des NÖS endlich den Sieg der sozialistischen Produktivkräfte über den Kapitalismus organisieren zu können, ließ er 1968 sogar die deutsche Wiedervereinigung auf dem Boden des Sozialismus in die neue Verfassung schreiben.

Währenddessen wandten sich immer mehr Wirtschaftsfachleute vom NÖS ab, weil die Wirtschaft in eine wachsende Schieflage geriet. Gleichzeitig verbreitete sich in der SED die Furcht, dass die DDR auf einen neuen 17.Juni zusteuerte. Musste sich unter diesen Umständen nicht zwangsläufig und ganz ohne Intrigen eine neue Mehrheit im Politbüro bilden, die nicht länger bereit war, einem in die Jahre gekommenen Parteivorsitzenden zu folgen, dessen Kurs wahlweise als starrsinnig oder voluntaristisch, aber jedenfalls als gefährlich wahrgenommen wurde? Und kann bzw. will Niemann dies vielleicht nicht wahrhaben, weil er „ein politisches und gesellschaftliches Ideal“ verfolgt, wie Engels bemerken würde, anstatt als Mann der Wissenschaft die Tatsachen zu untersuchen?

Das Damoklesschwert des 17.Juni 1953

Immer wieder beklagt der Autor die unzureichende Produktivität der DDR-Wirtschaft, wofür er „Mängel in der Durchsetzung des Leistungsprinzips“ verantwortlich

macht und u.a. auf „das völlige Fehlen von Restriktionsrechten der Vorgesetzten“ hinweist. (569) In diesem Zusammenhang benennt er das grundlegende Dilemma der SED: „Seit den Streiks und Unruhen 1953 hatte sich in der Arbeiterschaft das Gefühl ihrer strukturellen Macht verfestigt. Immer mehr wurde der sozialpolitische Anspruch durch den Vergleich mit dem westdeutschen Lebensstandard verfestigt“. (569)

Man kann das Problem auch anders formulieren: 1952 war der Sozialismus mit der erfundenen Begründung eingeführt worden, dass die Arbeiterschaft dies verlangen würde. 1953 war ihr Aufstand gegen die SED niedergeschlagen worden, und 1961 hatte Ulbricht sie vom Westen absperren lassen. Warum sollte die arbeitende Klasse freiwillig ihre Produktivkräfte, sprich Hirn, Nerven, Muskeln und Opferbereitschaft, für eine Gesellschaftsordnung und für eine Partei einsetzen, die sie als unmündig behandelte und sich in letzter Instanz auf sowjetische Besatzungstruppen stützte?

Politisch machte sich in den Reihen der Arbeiterschaft nach dem 17.Juni Resignation breit. Aber die Erfahrung ihres Aufstands hing bis zum Ende der DDR wie ein Damoklesschwert über der SED und verschaffte den Arbeitern die von Niemann beklagte „strukturelle Macht“, alle wiederkehrenden Anläufe, das Leistungsprinzip in der Produktion durchzusetzen, zum Scheitern zu bringen. Kaum meldete das MfS das leiseste Murren der Unzufriedenheit, ließ die SED das Vorhaben fallen wie eine heiße Kartoffel.

Nach seiner Regierungsübernahme ließ Honecker als erstes die aufgetretenen Disproportionen im industriellen Produktionskörper beseitigen (was Niemann nicht erwähnt). Darüber hinaus ging er daran, „durch sozialpolitische Vorleistungen die Leistungsbereitschaft der Werktätigen … zu erhöhen.“ (580) Für den Autor ist dies „ein Hohn auf jede marxistische Ökonomie.“ (569) Das ist in der Tat so – nur dass die Grundvoraussetzung jeder marxistischen Ökonomie der freiwillige Zusammenschluss der assoziierten Produzenten zwecks Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung ist, was normalerweise eine soziale Revolution voraussetzt. Nichts anderes bedeutet der millionenfach zitierte Satz aus dem *Kommunistischen Manifest* „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“.

Bornierte Bedürfnisse einer unreifen Population

Um den Untergang der DDR zu erklären, greift der Autor am Schluss wieder auf den Leitgedanken seines Werks zurück, indem er zunächst zustimmend den Philosophen Peter Sloterdijk zitiert, dass es unter gegebenen Umständen erforderlich sein könne, „extreme Erziehungsdiktaturen für unreife Populationen einzusetzen“. (730) Von da aus kommt er zu dem entscheidenden Punkt, dass am Ende „weniger ‚unreife Populationen‘ als ein wieder belebter bornierter Bedürfnishorizont“ dafür verantwortlich war, dass „unter der Sonne des westlichen Lebensstandards ... die Keime der neuen Lebensweise“ verdorrten. (730)

Real zog die Mehrheit der DDR-Bevölkerung 1989/90 nach vierzig Jahren praktischer Erfahrung die Aussicht auf ein besseres Leben in einem kapitalistischen Gesamtdeutschland den erneuten Versprechungen auf einen besseren Sozialismus vor. Für Niemann ist das ein „bornierter Bedürfnishorizont“, weshalb die unreife arbeitende

Klasse die soziale Frage stellte und auf die „Sonne des westlichen Lebensstandards“ hereinfiel, anstatt sich in ihrer Unmündigkeit weiter von der dazu berufenen Partei in die „neue Lebensweise“ des geschichtlich vorbestimmten Sozialismus führen zu lassen.

Jenseits der persönlichen Überheblichkeit des Autors und seiner Verachtung gegenüber der arbeitenden Klasse besteht Niemanns Verdienst darin, dass in seinem Werk Geschichte und Politik der SED auf den Begriff gebracht werden. In keinem offiziellen Parteidokument steht, dass die SED das Proletariat für unreif hielt und die eigene Rolle darin sah, als Vormund einer unmündigen Arbeiterschaft tätig zu werden, um die gesetzmäßige Entwicklung der Geschichte zu vollstrecken. Insoweit ist die Lektüre ein Lehrstück, um das Scheitern des Sozialismus in der DDR zu begreifen.

Martin Schlegel

Rezension und Diskussion des Buchs „Chinas große Umwälzung“ von Felix Wemheuer

Vorbemerkung

Wemheuers Buch „Chinas große Umwälzung Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem“ verfolgt einen bemerkenswerten und interessanten Ansatz. Im ersten Teil des Buchs beschreibt er den Aufstieg Chinas im Kontext der politischen Entwicklung der Welt nach dem zweiten Weltkrieg, im zweiten Teil die innere Entwicklung der chinesischen Gesellschaft vor allem in der Reform-Ära ab 1978. Beide Teile könnten gut für sich alleine stehen und beide Themen hätten eine ausführlichere Behandlung verdient. Da der zweite Teil über die heutige Gesellschaftsform in China für die Debatte in der Linken der wichtigere ist, lege ich den Schwerpunkt der Rezension auf ihn. In der Linken gibt es dazu im Wesentlichen drei Positionen: Zum einen, dass die VRCh noch sozialistisch ist, zum anderen, dass sie kapitalistisch geworden ist. Eine dritte sieht in der VRCh heute zwar kapitalistische Elemente, ordnet sie aber als vorübergehende Erscheinungen in einer langen Übergangsperiode auf dem Weg zum Sozialismus ein. Wie im Folgenden dargestellt,wird, positioniert sich Wemheuer in seinem Buch klar zu dieser Frage.

1. Zum Themenkomplex Aufstieg Chinas im Weltsystem

Wemheuer teilt die Geschichte der VR China in die Mao-Ära von 1949-1978 und die Reform-Ära ab 1978 ein. Dementsprechend gliedert er seine weltgeschichtliche Darstellung als Kontext zu diesen Etappen. Sein Ansatz folgt der Welt-Systemtheorie Immanuel Wallersteins, die das kapitalistische Weltsystem in Zentren, Semiperipherie und Peripherie einteilt. Die Zentren schöpfen aus den globalen Produktionsketten den größten Teil der Profitmasse ab.[1] Wemheuer stuft China als Teil der Semi-Peripherie ein, weist aber darauf hin: „Mit dem Projekt >>Made in China 2025<< verfolgt die chinesische Regierung das Ziel, das Land global als Produzent hochwertiger Markenprodukte zu etablieren.“[2]

Wallersteins These, dass es seit Ende des 19. Jahrhunderts keine Region mehr gibt, die außerhalb des kapitalistischen Weltsystems liegt, greift Wemheuer in Kapitel 2.4 auf: „Der Aufbau einer emanzipatorischen sozialistischen Gesellschaft scheiterte im 20. Jahrhundert jedoch offensichtlich [..]. Bei der Analyse der Gründe ist auch die Frage wichtig, ob es überhaupt möglich war, außerhalb des kapitalistischen Weltsystems eine andere Gesellschaftsform zu schaffen.“[3] Mit der Aussage wird die Frage umschrieben, ob der Aufbau des Sozialismus in einem Land möglich ist. Es wird darüber hinaus thematisiert, ob eine nachholende Industrialisierung heute nur noch bei

[1] Wemheuer, S. 31
[2] Wemheuer, S. 34
[3] Wemheuer, S. 80

kapitalistischer Produktionsweise möglich ist. Dies ist eine interessante Fragestellung, die der Autor aber nicht weiter untersucht. Von der technologischen Seite scheint mir klar, dass eine nachholende Entwicklung heute nur mit einem Technologietransfer von entwickelteren Ländern gelingen kann, da die Entwicklungslücke zwischen ihnen und den Entwicklungsländern heute zu groß ist, als dass sie durch eine autarke Entwicklung zu schließen wäre. Technologietransfer fand auch - bei einer geringeren Entwicklungslücke - im 19. Jahrhundert bei der Industrialisierung der USA, Deutschlands und anderen Ländern durch Austausch/Spionage mit Großbritannien statt. Das Thema der Notwendigkeit von Technologietransfer ist jedoch eine andere Frage als die, ob eine nachholende Entwicklung nur bei kapitalistischer Produktionsweise gelingen kann.

Für Wemheuer sind die wesentlichen weltgeschichtlichen Entwicklungen der Mao-Ära: Revolution, Kalter Krieg, Entkolonialisierung und die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. Es gab eine Reihe sozialistischer Revolutionen in Osteuropa und in der sogenannten „Dritten Welt“. Diese Länder standen ebenso wie die Entwicklungsländer vor der Notwendigkeit einer nachholenden Industrialisierung, um sich gegen die Länder des Zentrums behaupten zu können. Für die meisten dieser Länder war damals der Aufbau der Sowjetunion das Vorbild.

1.1 Der Systemwettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus

Im Systemwettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus machten die sozialistischen Länder große Versprechen, dass sie die westlichen kapitalistischen Länder in kurzer Zeit einholen und dann überholen würden: die UDSSR die USA, die DDR die BRD und China Großbritannien. Keines dieser Versprechen konnte erfüllt werden, und Wemheuer wirft die Frage auf: „Es stellt sich natürlich generell die Frage, ob eine Wirtschaftsform, die nicht auf ständige Profitmaximierung durch Steigerung des Mehrwerts ausgerichtet ist, produktiver als der Kapitalismus sein kann.“[4] Worauf Wemheuer nicht eingeht, ist die schnelle Produktivitätsentwicklung der Industrie in der Sowjetunion vor und während des 2. Weltkriegs und in der ersten Nachkriegszeit. Es stellt sich die Frage, warum diese Entwicklung zum Erliegen kam. Dazu ist von Karuscheit der Artikel „Die Schlüsselkrise der 50er Jahre in der Sowjetunion“ erschienen.[5] Im zweiten Teil des Buches wird uns die Frage wieder begegnen, da das Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum in der Reform-Ära bisher höher ist, als es in der Mao-Ära der Fall war. Auf die Frage, warum das so ist, bleibt Wemheuer dem Leser eine Antwort schuldig, obwohl er die Frage aufgeworfen hat.

Wemheuer schildert, wie das Ende des Revolutionszyklus nach dem zweiten Weltkrieg mit der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und der kapitalistischen neoliberalen Offensive ab den 1970er Jahren zusammenfiel. Der Neoliberalismus führte zur schrittweisen Auflösung des nach dem Krieg in vielen westlichen Ländern geschlossenen Klassenkompromisses. Kennzeichen des Revolutionszyklus in der dritten Welt im Gefolge des 2. Weltkriegs ist nach Wemheuer: „Nicht industrielle

[4] Wemheuer, S. 53
[5] Aufsätze zur Diskussion 67

ArbeiterInnen waren die Hauptkraft dieser Bewegung, sondern BäuerInnen.“[6] Die Wirtschaft des sozialistischen Lagers und Chinas - Wemheuer fasst sie als staatssozialistische Länder zusammen - gerieten in eine Krise, die ein Umsteuern erforderlich machte. Insbesondere gelang es diesen Ländern nur schwer, ihre Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu versorgen. Daraufhin führten die meisten staatssozialistischen Länder marktwirtschaftliche Prinzipien ein und verschuldeten sich ebenso wie viele Entwicklungsländer bei kapitalistischen Staaten oder beim IWF. Die VRCh machte in der Reform-Ära erste Schritte zu einem industriellen exportorientierten Wirtschaftssektor, um Technologieimporte zu finanzieren. Die USA bekundeten nach 1978 ihre Bereitschaft zu einem Technologietransfer. Damit endete auch die in der Mao-Ära vorhandene Vorstellung, dass eine autarke industrielle Entwicklung ohne Kontakt zum kapitalistischen Weltsystem auf den Stand der entwickelten Länder möglich sei.[7] Bei dem Zustrom ausländischen Kapitals nach China in der Reform-Ära spielte auch die Überakkumulation des Kapitals im kapitalistischen Westen eine Rolle, die davon getrieben war, ihren Lohnarbeitern trotz Reallohnabbau durch Billigimporte aus China ein gleichbleibendes oder sogar steigendes Konsumniveau zu ermöglichen. Insofern begünstigte die neoliberale Offensive in den entwickelten kapitalistischen Ländern die wirtschaftliche Neuordnung Chinas. Für die Bereitschaft des kapitalistischen Westens, in China zu investieren, spielte auch die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung eine Rolle, „da es sich als zuverlässiger Verbündeter gegen die Sowjetunion erwiesen hatte.“[8]

1.2 Auflösung des sozialistischen Lagers

Die globale Lage wurde dann vor allem durch die Auflösung des sozialistischen Lagers in Osteuropa verändert. Das sozialistische Lager zerfiel in einzelne Staaten, die sich in das kapitalistische Weltsystem einzugliedern versuchten, die DDR wurde von der BRD übernommen. Wemheuer folgert: „Der KPCh ist es als einer der wenigen Regierungen des Globalen Südens gelungen, sich dem ausländischen Kapital zu öffnen und trotzdem >>Herr im eigenen Haus<< zu bleiben.“[9]

Die KPCh betrachtete die Entwicklung in den anderen realsozialistischen Ländern sorgfältig und zog ihre Schlüsse daraus: „Gorbatschows größter Fehler war, das Machtmonopol der Kommunistischen Partei aufzugeben.“[10] Und weiter auf der gleichen Seite: Er habe auch die Sowjetunion als Vielvölkerstaat zerstört, weil: „die KPdSU der eigentliche Kern war, der dies Reich zusammenhielt.“ Auch zog die KPCh die Lehre: „dass die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung ein zentrales Ziel sein müsse und die Sowjetunion auf ökonomischem Gebiet gescheitert sei.“ Diese Darstellung zeigt überzeugend einen direkten Zusammenhang zwischen der Politik der KPCh und der Entwicklung innerhalb des sozialistischen Lagers. Andere Zusammenhänge,

[6] Wemheuer, S. 64
[7] Wemheuer, S. 37
[8] Wemheuer, S. 102
[9] Wemheuer, S.115
[10] Wemheuer, S. 110

die Wemheuer anführt, sind weniger gut belegt. Aber wahrscheinlich ist zum Beispiel die Hundert-Blumen-Kampagne im Zusammenhang mit den gleichzeitigen Demokratiebewegungen in einigen osteuropäischen Ländern zu sehen. Mit Sicherheit hatte auch der Zusammenbruch der Ostblockstaaten Einfluss auf die Diskussionen in China während der Reform-Ära. Eine Analyse der wichtigen Frage, warum es der KPCh im Unterschied zur KPdSU gelang, ihr Machtmonopol aufrecht zu erhalten, enthält das Buch nicht. Mao war der Überzeugung, dass die „revisionistische Entartung" der Sowjetunion ihre Ursache in der „bürokratischen Entartung" der KPdSU hatte. Um dies in China zu verhindern, startete er die Große Proletarische Kulturrevolution, die das Denken der Massen umgestalten und die KPCh von „konterrevolutionären Elementen" säubern sollte.

2. Zu Teil 2: „Sozialer Wandel der Gesellschaft und Konflikte"

In der Reform-Ära wurde China zum größten Exporteur der Welt und konnte auch seine weltpolitische Stellung immer weiter ausbauen. Insofern ist die VRCh der Hauptgewinner des Endes des Kalten Kriegs und der zunehmenden Globalisierung des Kapitalismus.

2.1 Die Mao-Ära

Die Hauptepochen der Geschichte der VRCh sind die Mao-Ära und die Reform-Ära nach 1978.

Die Mao-Ära unterteilt Wemheuer in folgende Etappen[11]:

- Die Neue Demokratie 1949-1952, während der die Bodenreform 43% des Bodens an 60% der ländlichen Bevölkerung verteilte.
- Die sozialistische Umwälzung 1953-1956, während der eine Planwirtschaft, basierend auf staatlicher Industrie und kollektiver Landwirtschaft nach sowjetischem Vorbild eingeführt wurde.
- Der Große Sprung im Jahr 1958, der das Land in kürzester Zeit in die industrielle Moderne bringen sollte. Er endete in einer Hungersnot von 1959-1961 mit geschätzten 15-40 Millionen Toten.
- Die Ausrichtungsbewegung 1962-1965.
- Die Große Proletarische Kulturrevolution 1966-1976, die ihrerseits in zwei oder mehrere Phasen eingeteilt werden kann. In ihr versuchte die KPCh mit den Roten Garden, Rebellengruppen und Massenkampagnen, die Partei von „Vertretern des kapitalistischen Wegs" zu säubern.

Insgesamt war die Mao-Ära durch eine fast unaufhörliche Folge größerer und kleinerer Kampagnen geprägt.

In der Mao-Ära wurden die VRCh industrialisiert. Die Finanzierung der Industrialisierung erfolgte durch die Bereitstellung billiger Lebensmittel für die Arbeiter, die geringe Löhne ermöglichten und damit hohe Investitionsquoten.[12] Das durchschnittliche Wachstum des BIPs in der Mao-Ära lag bei 6,7%, nach Maddison bei 4,7%, wobei

[11] Wemheuer, S.132 f.
[12] Naughton, S. 67

es in den einzelnen Etappen sehr unterschiedlich war. Insbesondere brachen die Wachstumsraten während des Großen Sprungs und in Teilphasen der Kulturrevolution ein[13]. Dies ist für den fast dreißigjährigen Zeitraum der Mao-Ära ein hoher Wachstumswert. Das durchschnittliche Wachstum lag in der Mao-Ära unter dem von Taiwan oder Südkorea, die von den USA als Frontstaaten gegen den Kommunismus aufgebaut wurden. Diese Länder versuchten nicht, eine autarke Wirtschaft aufzubauen, wie es für die VRCh gemäß dem Vorbild der Sowjetunion erfolgte und aufgrund der äußeren Bedrohung notwendig war. Wemheuer weist darauf hin, dass das Produktivitätswachstum in der Landwirtschaft mit 2% ziemlich gering war, ein Problem, mit dem auch die Sowjetunion zu kämpfen hatte. Da die Bevölkerung in der VRCh etwa im gleichen Maßstab wie die landwirtschaftliche Produktion wuchs, verbesserte sich die Ernährungslage in der Mao-Ära kaum. Das Problem unzureichender Ernährung konnte in der Mao-Ära nicht gelöst werden. Auch konnte nur selten ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie erreicht werden. Große Fortschritte gab es im Aufbau eines Gesundheitssystems, der Alphabetisierung, bei der Bewässerung und der Infrastruktur.[14]

Ausführlich geht Wemheuer auf die Hierarchien und Klassifizierungen in der chinesischen Gesellschaft der Mao-Ära ein.[15] Darstellen möchte ich nur das Hukou-System, da es auch in der Reform-Ära eine große Rolle spielt. Hukou bedeutet die Registrierung der chinesischen Bevölkerung in Agrar- und Nichtagrarhaushalte, er verbietet Personen mit ländlichem Hukou, sich in Städten anzusiedeln, sichert Personen mit ländlichem Hukou aber auch einen Anspruch auf die Bearbeitung von Land. Andere Klassifizierungen, wie die in „gute oder schlechte Elemente“ spielten in der Kulturrevolution eine große Rolle. Das Hukou wurde 1958 eingeführt und gilt trotz Lockerungen im Prinzip noch heute. Die Lockerungen hängen davon ab, wie groß der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften in den Städten ist. Die städtische Gesellschaft wurde weitgehend in gesellschaftlichen Basisorganisationen, den Danwei, organisiert. In der Mao-Ära übernahmen die Volkskommunen auf dem Land teilweise die sozialen Aufgaben, die das Danweisystem in der Stadt erfüllte. Die Mitglieder des Danwei hatten lebenslange Beschäftigung und danach eine Rente, kostenlose Gesundheitsversorgung, Zugang zum Bildungswesen, billigem Wohnraum, gesellschaftlichen Veranstaltungen und zu Rationierungsmarken für Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Dieses System hat den Namen „Eiserne Reisschüssel“. Es wurde in der Reform-Ära Schritt für Schritt abgebaut. Allerdings gab es auch in der Mao-Ära Vertragsarbeiter außerhalb des Danweisystems.

Insgesamt charakterisiert Wemheuer die Gesellschaft der Mao-Ära als semi-sozialistisch, allerdings ohne den Begriff zu definieren, weshalb daraus kein größerer Erkenntnisgewinn zu ziehen ist. Seine Begründung lautet: „In Form von Parzellen zur privaten Nutzung gab es innerhalb der Volkskommune noch Familienwirtschaft. Die

[13] Naughton, S. 74 ff
[14] Wemheuer, S. 164 f.
[15] Wemheuer, S. 134 f.

Familie blieb auf dem Land eine Einheit von Produktion, Konsum und Reproduktion. Auch eine Trennung von Landwirtschaft und Handwerk hatte sich kaum herausgebildet. Die Volkskommunen waren bestenfalls semi-sozialistische Produktionsformen. Die Landbevölkerung blieb weitgehend >>außerhalb des Systems<<.“[16] Ich halte es für falsch, heute die Beurteilung des Charakters einer Gesellschaft an der Agrarproduktion festzumachen. In seinem Buch schreibt er auf Seite 198, dass es in der Mao-Ära außer dem zeitweiligen Besitz von Privatparzellen keinen Privatbesitz an Boden gab. Außerdem wurden die Bauern vorwiegend nach Entgeltpunkten gezahlt, das heißt, es gab praktisch keine Lohnarbeit auf dem Land. Was die Warenproduktion auf dem Land betrifft, war die Situation in den verschiedenen Phasen der Mao-Ära uneinheitlich. So gab es, wie im Buch genannt, zeitweise Privatparzellen und damit auch die Möglichkeit des Verkaufs der dort erzeugten Produkte. Die Neigung Wemheuers zum Kategorisieren bringt mit sich, dass die Dynamik und die Widersprüche der Entwicklung, die bei dem Versuch des Aufbaus des Sozialismus unvermeidlich sind, zu kurz kommen, oder anders gesagt seine Darstellung statisch ist.

2.2 Die Reform-Ära

„Zentrale Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise sind nach Marx Ware, Wert, Mehrwert, Lohnarbeit sowie Geld als universeller Repräsentant von Reichtum (siehe 1. Kapitel für eine Einführung). Die Gesellschaft der Mao-Ära war nicht von diesen Kategorien geprägt. Es gab kein Privateigentum an Produktionsmitteln, sieht man von wenigen Kleinbetrieben ab.“[17] Abgesehen davon, dass mir diese Aufzählung von Merkmalen kapitalistischer Produktionsweise zu unbestimmt ist, weil sie nicht die Lohnarbeit und die Warenproduktion ins Zentrum stellt, so folgt doch aus der Darstellung, dass das China der Mao-Ära eine sich immer mehr zum Sozialismus entwickelnde Gesellschaft war.

2.3 Entwicklung der neuen Lohnarbeiterklasse

Wemheuers Hauptziel bei der Beschreibung der Reform-Ära ist, nachzuweisen, dass eine neue Lohnarbeiterklasse, eine neue Staatsklasse und insgesamt eine kapitalistische Gesellschaftsordnung entstanden ist. Die Wirtschaftsentwicklung in der Reformära wird folgendermaßen dargestellt: Die Wirtschaftsreformen begannen in der Landwirtschaft, die Volkskommunen wurden aufgelöst, der Boden wurde an Familienhaushalte verpachtet. Diskussionen über Anreizsysteme und Modellversuche mit der Reprivatisierung des Bodens gab es aufgrund der schwierigen Ernährungslage auch in der Mao-Ära. In der Reform-Ära wurden Abgabequoten festgelegt, die darüber hinaus erzeugten Güter durften frei verkauft werden. Welche Auswirkung diese Reformen auf die Produktivität der Landwirtschaft hatte, beschreibt Wemheuer nicht.

Die Umgestaltung der Industrie in der Reform-Ära bestand aus der Ausrichtung der Staatsbetriebe auf Gewinn, der Errichtung von Sonderwirtschaftszonen an der Küste für eine Exportindustrie, dem Wachstum der kollektiven Gemeindeunternehmen auf dem Land (Town Village Enterprises, TVE) und der Zulassung von Kleinbetrieben mit

[16] Wemheuer, S. 174
[17] Wemheuer, S. 171

weniger als acht Beschäftigten in der Stadt. Für jemand, der sich nicht anderweitig informiert, wird aus dem Buch nicht ersichtlich, wie der schrittweise Übergang zu einer kapitalistischen Produktionsweise stattfand. Laut Naughton[18] fand der schrittweise Übergang zu einer kapitalistischen Produktionsweise mit den TVEs und dem damit einhergehenden Wettbewerb als Motor statt. Der Grund ist, dass die TVEs von Anfang an keine Planvorgaben hatten, also für den Markt produzierten, im Wettbewerb mit den Staatsbetrieben standen, keine Beschäftigungsgarantien und keine Sozialleistungen anboten. Im Jahr 1996 produzierten sie 26% des BIPs. Sie nahmen die überschüssige Landbevölkerung auf, die Arbeitsmigration über die Provinzgrenzen begann erst 1995.[19] In den 1990er Jahren wurden die meisten TVEs privatisiert. Einige TVEs waren von Anfang an privat, tarnten sich aber als Kollektivbetriebe. Die TVE-Bewegung war eine von unten kommende Bewegung, die die Entwicklung hin zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft förderte. Interessant ist, dass die TVEs auf der ländlichen Industrialisierung während des großen Sprungs basierten.

Eine wesentliche Strategie bezüglich der SOEs bestand darin, die Planvorgaben für die Produktion gleich zu halten, so dass sie einen immer größeren Anteil für den Markt produzierten.[20] Dadurch wurde die Einführung von Warenmärkten, Marktpreisen und Konkurrenz vorangetrieben. Nach Naughton[21] war die Wirtschaft in den 1990er Jahren aus dem Plan herausgewachsen, das heißt die Mehrheit der erzeugten Produkte wurde auf dem Markt verkauft. Die gegenüber den SOEs angewandte Politik entsprach der bei der Landwirtschaftsreform: eine Koexistenz von Plan- und Marktwirtschaft mit Anreizen zur Erweiterung marktwirtschaftlicher Verhältnisse zum Beispiel durch die Zulassung neuer Marktteilnehmer. Hinzu kam, dass eine Individualwirtschaft in Form von Betrieben mit bis zu acht Angestellten zugelassen wurde. Der Übergang zu einer profitorientierten Marktwirtschaft wurde mit lokalen Experimenten durchgeführt, die nachträglich meist gebilligt wurden. Die Darstellung in Wemheuers Buch zu den Sonderwirtschaftszonen ist sehr kurz, obwohl in ihnen immer noch fast die gesamte Exportwirtschaft konzentriert ist und sie als Experimentierfeld für kapitalistische Wirtschaft und Managementmethoden dienten Es fehlen Angaben zu den Hauptexportgütern und ihrer Entwicklung, sowie zu den in China erzeugten Wertbestandteilen ebenso wie Angaben zu ihrer Rolle bei dem Übergang zum Kapitalismus. Inzwischen gibt es unterschiedliche Typen von Industrieparks, die über ganz China verteilt sind. Insgesamt entwickelten sich gleich zu Beginn der Reform-Ära vier Arten von Privatunternehmen, die zunehmende private Landwirtschaft, die TVEs, die Sonderwirtschaftszonen und das Wachstum der selbstständigen Erwerbsarbeit in den Städten. Da ich einige der Einschätzungen Wemheuers teile, empfinde ich die statische, nicht am Entwicklungsprozess orientierte und ungenaue Darstellung der konkreten Entwicklung der

[18] Naughton, S. 307 ff.
[19] Naughton, S. 140, Schucher, S. 706, 707
[20] Naughton, S. 104 ff.
[21] Naughton, S. 106, 113

VRCh zu einer kapitalistischen Gesellschaft als ärgerlich, zumal es zu diesen Themen genügend Untersuchungen gibt.

Das Hauptargument Wemheuers dafür, dass China in der Reform-Ära zu einer kapitalistischen Produktionsweise übergegangen ist, ist,000 dass in China eine Lohnarbeiterklasse in Analogie zu der von Marx beschriebenen ursprünglichen Akkumulation geschaffen wurde. Wemheuer schreibt: „Dieses Konzept entwickelte Marx, um den >>historischen Scheidungsprozess der Produzenten und der Produktionsmittel<<, sprich die Verwandlung von BäuerInnen in LohnarbeiterInnen und die Entstehung des Kapitalismus in England zu beschreiben. In diesem Zusammenhang wird die Kritik an Marxens Verständnis der Lohnarbeit diskutiert. Im Zentrum der Analyse dieses Kapitels stehen die Auflösung der staatssozialistischen ArbeiterInnenschaft, die Herausbildung einer neuen migrantischen ArbeiterInnenklasse sowie die Kommerzialisierung des Agrarlandes und der Landwirtschaft.“[22]

Die in der Reform-Ära neu entstandene Lohnarbeiterklasse rekrutiert sich vor allem aus der überschüssigen Landbevölkerung, die von den TVEs nicht mehr absorbiert werden konnten und in die Städte abwanderten, und der Freisetzung von Arbeitern der Staatsbetriebe. Bezüglich der Wanderarbeiter (Bauernarbeiter) vom Land in die Stadt unterscheidet Wemheuer zwischen denen der ersten und zweiten Generation, die bereits in den Städten geboren wurde: „Die erste Generation der ländlichen >>Wanderarbeiter<< der 1980er und 1990er verließ die Dörfer in der Regel nur temporär für Jobs in der Industrie, dem Baugewerbe oder dem Servicesektor.“[23] Sie hatten und haben ein ländliches Hukou, das heißt einen Anspruch auf Land und durften sich nicht in der Stadt niederlassen. Insofern waren sie keine doppelt freien Lohnarbeiter. Wemheuer spricht von unvollständiger Proletarisierung. Er betont: „In der Kombination von Lohnarbeit und Subsistenzwirtschaft liegt ein Grund, warum China zum >>Billiglohnland<< wurde“.[24] Das kann natürlich nur für diejenigen Wanderarbeiter gelten, die in der Nähe des Heimatdorfes arbeiteten, was vor allem zu Beginn der Reformära der Fall war.[25] Aus den Daten Schuchers ist zu entnehmen, dass sich erst Mitte der 1990er Jahre nennenswerte Ströme von Wanderarbeitern über die Provinzgrenzen hinweg ausbildeten. Nach Naughton hat China etwa 770 Millionen Arbeitskräfte.[26] In der Spitze waren davon 250 Millionen Bauernarbeiter.[27] Der Anteil der Bauernarbeiter an der erwerbstätigen Stadtbevölkerung ist von 36% auf 60% gestiegen.[28]. Ursache der Wanderbewegung ist die Lohndifferenz zwischen Stadt und Land[29] und die Effizienzsteigerung in der Landwirtschaft. Als die Landwirtschaft mehr Bauern freisetzte, als die ländliche Industrie aufnehmen konnte, mussten sie in die Städte abwandern. Da die Wanderarbeiter oft ungelernt sind, sind ihre Arbeits- und Lebensbedingungen oft prekär, sie

[22] Wemheuer, S. 185
[23] Wemheuer, S. 188
[24] Wemheuer, S. 189
[25] Schucher, S. 706, 707
[26] Naughton, S. 209
[27] Naughton, S. 140
[28] Ten Brink, S. 285
[29] Naughton, S. 144

haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen und die Erziehung ihrer Kinder. Sie arbeiten oft in eigenen Arbeitsmärkten.[30]

Zu den Bauernarbeitern der zweiten Generation schreibt Wemheuer: „Diese >>Bauernarbeiter<< haben nie auf einem Feld gearbeitet und träumen von einem Leben in der Stadt.“[31] Eine besondere Rolle spielen die vom Land vertriebenen Bauernfamilien. Wenn sie Arbeit in einem Unternehmen finden, sind sie doppelt freie Arbeiter. Wemheuer nennt Zahlen von 30-180 Millionen[32], Liu für 2014 allein 112 Millionen[33] aufgrund von Beschlagnahmung ihres Lands vertriebenen Bauern. Die Vertreibung von Bauernfamilien von ihrem Land und die Verpachtung des Bodens an Unternehmen, die ins Landesinnere ziehen, oder an agroindustrielle Konzerne ist eine wesentliche Einnahmequelle der Lokalregierungen.

Freie Lohnarbeiter gingen teilweise auch aus der Verkleinerung und Umstrukturierung der Staatsbetriebe hervor. Die Anzahl der in den Staatsbetrieben Beschäftigten fiel von 76 Millionen Beschäftigten im Jahr 1992 auf 43 Millionen im Jahr 2005, wobei der Rückgang in den industriellen Staatsbetrieben überproportional war[34]. Das bedeutet auch, dass der Staat in der Reform-Ära bewusst seinen Anteil am Besitz der Produktionsmittel zugunsten von Privatunternehmen reduzierte. Produzierten 1978 Staatsunternehmen noch 77% der industriellen Erzeugnisse, so waren es im Jahr 1996 nur noch 33%[35], der Rest der industriellen Produktion im Jahr 1978 stammte aus städtischen und ländlichen Kollektivbetrieben[36]. Die Staatsunternehmen sind inzwischen vor allem in der Grundversorgung tätig und entwickeln staatlich geförderte Innovationen. Nach Schucher[37] arbeiten heute 90% der chinesischen Werktätigen im Privatsektor. Insgesamt ist meiner Meinung nach die Darstellung Wemheuers zur Entstehung einer neuen Lohnarbeiterklasse in China gut belegt.

2.4 Gesellschaftsform und herrschende Klasse in der Reform-Ära

Zum Abschluss seines Buches geht Wemheuer auf die Frage des Staatscharakters und die herrschende Klasse ein. Er schreibt: „Die Wirtschaft der Volksrepublik hat sich heute weit vom klassischen Modell des Staatssozialismus entfernt, ohne sich vollständig den liberalen Formen des Kapitalismus anzugleichen. Offensichtlich gibt es Elemente wie die starke Rolle des Staates in Industrie und Finanzwesen, die auch nicht mit den Vorstellungen des Neoliberalismus übereinstimmen.“[38] Auf der folgenden Seite schreibt er aber, dass die lokalen Regierungen zu wichtigen wirtschaftlichen Akteuren wurden, was impliziert, dass die Einwirkungsmöglichkeit des Zentralstaats

[30] Naughton, S. 209 ff.
[31] Wemheuer, S. 195
[32] Wemheuer, S. 199
[33] Liu, S. 7
[34] Naughton, S. 116
[35] Ten Brink, S. 126
[36] Naughton, S. 343
[37] Schucher, S. 712
[38] Wemheuer, S .208

abnimmt. In der Reform-Ära wurden die Branchenministerien für die verschiedenen Industriesparten aufgelöst. Ten Brink untersucht in seinem Buch die Nachfolgeinstitutionen und die Absprachemechanismen in wirtschaftlichen Fragen und kommt zu dem Schluss, dass der Zentralstaat hauptsächlich durch Kreditvergabe, Fiskalpolitik, die Parteikomitees in den Unternehmen und die Kontrolle bei der Besetzung von Führungspositionen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen nehmen kann. Er betont, dass die chinesische Wirtschaft polyzentrisch strukturiert war und ist und spricht von „Planarchie“[39]. Ein immer wichtigeres Lenkungsinstrument der chinesischen Regierung ist inzwischen die Technologiepolitik, die mit Direktiven und Subventionen in immer mehr Bereichen weltweite Technologieführerschaft anstrebt. Aktuell stehen dafür neben bereits laufenden Programmen die Programme „Made in China 2025 und „Internet Plus“.[40]

Nach Wemheuer verstärkt Xi Jinping die Bemühungen, den Zentralstaat zu stärken und hebt die formale Trennung von Partei und Staat zunehmend auf. Inwieweit das angesichts der mächtigen Lokalregierungen und der Privatwirtschaft möglich sein wird, bleibt abzuwarten. Unbestritten ist, dass „die Regierung die Pläne (nutzt), um makroökonomische Strategien der Entwicklung bestimmter Branchen, Technologien oder für die Spezialisierung von Regionen festzulegen.“[41] Insgesamt wird die Frage, welche Bedeutung der Zentralstaat in der VRCh für die ökonomische Entwicklung hat, in der Chinaliteratur kontrovers diskutiert.

Interessant ist folgender Gedanke Wemheuers: „Aktiengesellschaften stellen für Marx eine weitere Form der Vergesellschaftung der Produktion dar, wenn auch nicht der Aneignung des Gewinns, die weiterhin privat bleibt.“[42] Und weiter: „Für die Restrukturierung der Wirtschaft in der Jiang-Ära wurde die Umwandlung der >>volkseigenen<< Betriebe in Aktiengesellschaften gewählt, um sie auf den Markt auszurichten. Damit ist China den umgekehrten Weg gegangen, wie ihn sich Marx vorstellte.“[43] Hinzu kommt: Der staatliche Industriesektor wurde durch Stilllegungen und Privatisierungen drastisch verkleinert. Der Staat zog sich aus der Leitung der Staatsbetriebe fast vollständig zurück, es wurden also die Möglichkeiten staatlicher Planung bewusst reduziert.[44] Somit ist die chinesische Form der Überführung von Staatsbetrieben in Aktiengesellschaften ein Hebel zum Übergang in den Kapitalismus.

Insgesamt hält Wemheuer den chinesischen Staat für den wirklichen Gesamtkapitalisten, da er nicht das Organ der Privatkapitalisten sei. Er begründet das so: „Die Partei will grundsätzlich verhindern, dass sich die privaten KapitaIistInnen als eine neue Klasse formieren können, die einen starken Einfluss im politischen Bereich durchzusetzen vermag.“[45] Diese Behauptung scheint mir nicht belegt, beschreibt er

[39] Ten Brink, S. 253 ff.
[40] Naughton, S. 380 ff.
[41] Wemheuer, S. 208, 209
[42] Wemheuer, S. 213
[43] Wemheuer, S. 215
[44] Naughton, S. 342 ff.
[45] Wemheuer, S. 218

doch selber die Duldung der Umwandlung von Kollektivunternehmen in Privatunternehmen durch die Partei und Regierung(en), die Aufnahme von Privatunternehmern in die Partei bis hin ins ZK und die Unternehmertätigkeit von Parteimitgliedern über ihre Familie. Auf manche Entwicklungen, die Ten Brink in seinem Buch beschreibt, wie die Entstehung von Arbeitgeberverbänden und die Absprachen von Lokalregierungen und Zentralregierung mit Privatkapitalisten und die Netzwerkarbeit zwischen Unternehmen, Partei und Staat geht er praktisch nicht ein, obwohl sie nach Ten Brink eine große Bedeutung haben. So gibt es bei den Lokalregierungen wohl einen regelrechten Verkauf von Ausnahmeregelungen, Grundstücken und mehr.

Für Wemheuer herrscht in China die kapitalistische Produktionsweise. Er bezeichnet sie als Staatskapitalismus, definiert sein Verständnis dieses Begriffs aber nicht. Das wäre aber notwendig, da es zu diesem Begriff eine jahrzehntelange umfangreiche Debatte gibt, in der der Begriff ganz unterschiedliche Inhalte hatte. Offensichtlich geht es ihm vor allem um eine Abgrenzung zu den westlichen kapitalistischen Staaten. Ich frage mich, warum es nicht reicht, China als kapitalistisch zu kennzeichnen mit Besonderheiten, wie sie jedes kapitalistische Land hat. Ein solch klarer Standpunkt würde für die Debatte der Linken, die er anregen will, völlig ausreichen. Die Verwendung des Begriffs des Staatskapitalismus könnte dagegen suggerieren, dass der Staat zwar kapitalistische Prinzipien zulässt, dies aber unter der Kontrolle einer proletarischen Führung mit dem Ziel, Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Sozialismus weiterzuentwickeln. Der chinesische Staat zieht sich aber immer mehr aus den unternehmerischen Entscheidungen der Staatsunternehmen auf die Position des Anteileigners zurück und erlaubt Privatisierungen.

Wemheuer versucht, seinen Begriff des Staatskapitalismus anhand mehrerer Fragestellungen zu beschreiben. Er wirft die Frage auf, „ob Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft identische Begriffe sein müssen“[46] und: „Es ist vielleicht an der Zeit, die Idee aufzugeben, dass Kapitalismus und liberale Demokratie zusammengehören.“[47] Was die erste Frage betrifft, so fehlt in dem Buch eine Analyse des Charakters der chinesischen Gesellschaft und die Auskunft, was er unter einer bürgerlichen Gesellschaft versteht.

Zur zweiten Frage. Mir scheint es historisch unstrittig, dass die kapitalistische Produktionsweise sowohl mit liberalen wie autoritären Herrschaftsformen funktionieren kann. Insbesondere kann sich die kapitalistische Produktion auch in Ländern entwickeln, in denen das Kapital politisch nicht an der Macht ist, wie das zum Beispiel im deutschen Kaiserreich und danach, im japanischen Kaiserreich in der Meiji-Restauration, aber auch in England während der industriellen Revolution der Fall war. Offensichtlich kann das Kapital, solange die kapitalistische Entwicklung weitgehend ungestört verläuft, zeitweilig auf die Ausübung der Führung der politischen Macht verzichten. Die Staatsmacht besteht dann aus Vertretern unterschiedlicher Klassen unter Vorherrschaft der alten Klasse. Beide Klassen müssen, bis die Machtfrage entschieden ist,

[46] Wemheuer, S. 218
[47] Wemheuer, S. 219

Kompromisse finden. Es hängt dann von der historischen Entwicklung ab, wann das Kapital die politische Herrschaft und die Macht über die Staatsorgane übernimmt.

Was mir nicht bekannt ist, ist, ob es wirklich in der KPCh so wenig marxistische und historische Kenntnisse gab, dass es keinen Flügel in der KPCh gegeben hat, der die Meinung vertrat, dass die unkontrollierte Zulassung kapitalistischer Prinzipien eine Eigendynamik entwickelt, die zu einer kapitalistischen Gesellschaft führen würde – so wie das Marx für den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus beschrieb. Die dazu komplementäre Frage ist, ob der dominierende Flügel der KPCh bewusst auf eine kapitalistische Wirtschaftsordnung zusteuerte oder glaubte, die Zulassung von kapitalistischen Mechanismen im Griff behalten zu können. Ich gehe davon aus, dass es beide Linien in unterschiedlichen Ausprägungen sowohl in der Partei wie in der Gesellschaft gab. Es stellt sich auch die Frage, ob nicht die Kulturrevolution – entgegen ihrer Absicht – den Übergang in die nachfolgende Reform-Ära begünstigt hat. Das Buch wirft diese Fragen und die Frage, ob, und wenn ja, warum der Aufbau des Sozialismus in China auf offensichtlich schwer zu lösende Probleme stieß, nicht auf.

Die herrschende Klasse in China bezeichnet Wemheuer als Staatsklasse: „Die Staatsklasse umfasst meiner Meinung nach die Kader von Partei und Staat von der Zentralregierung bis zur Kreisebene sowie die ManagerInnen des Staatssektors.“[48] Er begründet das damit, dass sie auf legalem und illegalem Weg Teile des Mehrwerts abschöpfen oder dass ihre Familienangehörigen mit - oft illegal angeeigneten[49] - privatisierten Betrieben unternehmerisch tätig sind, also als Privatkapitalisten. Das Geld wird oft in Steueroasen versteckt. Die Privatunternehmen und ihre Organisationen sieht Wemheuer in staatliche Verbände eingebunden, beziehungsweise untergeordnet. Ich meine, wenn die Privatunternehmen 90% der Arbeitnehmer beschäftigen, lassen sie sich nur einbinden, wenn das staatliche Handeln ihren Interessen weitgehend entspricht. Es leuchtet daher nicht ein, warum sie Wemheuer dann nicht der Staatsklasse zuordnet. Offensichtlich besteht im Hinblick auf den Charakter der Staatsmacht in der VRCh noch Untersuchungsbedarf. Was interessant gewesen wäre, aber in dem Buch fehlt, ist ein Vergleich der Staatsklasse in China und Russland.

Wemheuer geht aber in seinen Fragestellungen noch einen Schritt weiter: „Jörg Goldberg argumentiert in einer generellen Debatte, dass im Globalen Süden gegenwärtig Formen des Kapitalismus entstünden, in denen es keine Bourgeoisie im Marxschen Sinne gebe. Nach Marx ist das eine Klasse, die nicht nur die Produktionsmittel besitzt und Lohnarbeiter beschäftigt, sondern auch auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene durch politische Bündnisse politische Hegemonie herstellen könne.“[50] Wemheuers Beschreibung der Staatsklasse hat Ähnlichkeiten zu Goldbergs These. Eine Klasse im Marxschen Sinn ist die Wemheuersche Beschreibung der Staatsklasse in China nicht.

---

[48] Wemheuer, S. 227
[49] Wemheuer, S.232
[50] Wemheuer, S. 218

2.5. Aktuelle Fragen zur weiteren Entwicklung Chinas

Zum Schluss geht Wemheuer auf die Herausforderungen für die Staatsklasse ein.[51] Als erstes nennt er den Konflikt zwischen der Selbstprivilegierung und dem Legitimationszwang der KPCh, der nur so lange entschärft bleibt, solange es den Massen ständig besser geht und solange auf Proteste nicht nur mit Repressionsmaßnahmen sondern auch mit Reformen reagiert wird. Als Zweites nennt Wemheuer die Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft vom Export, aber auch vom Import von Hochtechnologie. Zum technologischen Stand der chinesischen Wirtschaft gibt es im Buch keine Angaben. Die Anstrengungen der VRCh zu einem Übergang von der Werkbank der Welt zu einer High-Tech-Nation führen zu zunehmenden Konflikten mit den höher entwickelten Volkswirtschaften. Das Ziel, den Binnenmarkt zu entwickeln steht im Widerspruch zu einer Exportstrategie, die immer noch auch auf Billiglöhnen beruht. Als weitere Konflikte benennt Wemheuer den Kampf gegen die Umweltzerstörung, das Problem der nationalen Minderheiten, die Zukunft der Bauernschaft und ihrer strukturellen Benachteiligung sowie die Protestbewegungen zu unterschiedlichen Themen.[52]

3. Fazit

Wemheuer hat ein anregendes Buch geschrieben. Es wirft eine Reihe wesentlicher Fragen auf, der sich die linke Debatte stellen sollte. Er selbst beantwortet viele davon in seinem Buch nicht. Die zentrale Frage, in der in der Linken unterschiedliche Positionen vertreten werden, ist die nach dem Charakter der derzeitigen Gesellschaftsordnung in der VRCh. Hat sich die VRCh in der Reform-Ära zu einer kapitalistischen Gesellschaft entwickelt oder befindet sie sich in einer Übergangsphase zum Sozialismus oder ist sie sogar nach wie vor sozialistisch? Zu dieser Frage nimmt das Buch eine klare Haltung ein. Die Gesellschaftsform der VRCh in der Mao-Ära charakterisiert Wemheuer in seiner Terminologie als semi-sozialistisch, die der Reform-Ära als schrittweisen Übergang zum Staatskapitalismus. An der Darstellung der Transformation zum Kapitalismus fehlt mir die erforderliche Gründlichkeit. Eine solche fehlt ebenfalls zum Charakter der Staatsmacht in der VRCh und zu ihrer Entstehung. Es bleibt abzuwarten, ob es Wemheuer mit seinem Buch gelingt, die Auseinandersetzung in der Linken zu beleben.

Literatur

Karuscheit, Heiner: Die Schlüsselkrise der 50er Jahre in der Sowjetunion, Aufsätze zur Diskussion 67, März 1999.

Liu, Yansui; Li, Jintao; Yang, Yanyan: Strategic adjustment of land use policy under the economic transformation, Journal Land use policy 74(2018) 5-14.

Naughton, Barry: The Chinese Economy, Adaption and Growth, The MIT Press 2018.

[51] Wemheuer, S. 241 f.
[52] Wemheuer, S. 246

Schucher, Günter: Chinas Arbeitsmärkte Umbrüche, Risiken, Perspektiven, In Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2014.

Ten Brink, Tobias: Chinas Kapitalismus Entstehung, Verlauf, Paradoxien, Campus Verlag, 2013.

Wemheuer, Felix: Chinas große Umwälzung Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem, Papyrossa Verlag, 2019.

Fritz Gött

Einige Streitpunkte in der Reflexion des NS-Regimes

In einer älteren Ausgabe der AzD schrieb Kolja Wagner zum „Verhältnis der Arbeiterklasse zum NS-Staat“ Folgendes: „Bekanntlich blieb die proletarische Revolution, selbst ein Massenwiderstand der Arbeiterklasse gegen den nationalsozialistischen Staat aus. Der Terror ist jedoch keine Erklärung dafür, dass Millionen Arbeiter überzeugte Hitleranhänger wurden, andere Millionen das System freiwillig mittrugen und zwar bis in die letzten Kriegsmonate. Durch die praktischen sozialen Erfahrungen eroberte die NSDAP bis zum Krieg die große Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Diese Erfahrungen reichten aus, um den Raubkrieg des Verbrecherregimes als Krieg für die eigenen Interessen zu betrachten und den Nationalsozialismus bis zur letzten Kugel zu verteidigen. Bis die Nazis die Masse der Arbeiter gewonnen hatten, dauerte es aber Jahre.“ (AzD 69, 2000, S. 33) Im zweiten Teil des Artikels (AzD 70, 2001, S. 67) heißt es: „Die Bombenangriffe der Alliierten richteten sich im Laufe des Krieges gezielt gegen die deutsche Bevölkerung. Durch die Zerstörung ganzer Wohngebiete glaubten vor allem die Briten, dem Widerstand gegen Hitler Auftrieb zu geben. Die Bombardements bewirkten aber genau das Gegenteil. Die Geschlossenheit der „Volksgemeinschaft“ verstärkte sich wie in keiner anderen Situation. Statt wie im 1. Weltkrieg die Gewehre umzudrehen und die eigene Regierung zu stürzen, kämpfte die große Mehrheit der Arbeiter bis zum 8. Mai weiter.“

Ich teile diese Einschätzung. Doch hat der Artikel im Einzelnen auch Schwächen:
- So bleibt im Artikel unklar, wer sich aus der Arbeiterschaft den ‚Sirenenklängen‘ der Nazis verweigerte und warum?
- Im zweiten Teil des Artikels wählt der Autor auch Formulierungen, die auf Differenzierung verzichten: „Ein Arbeiter, der zum Beispiel 1939 eingezogen wurde und bis 1945 in der Armee blieb, veränderte sich. Er war in erster Linie Soldat und nur in zweiter Linie noch Arbeiter. Die Arbeiter kämpften in der Armee aufopferungsvoll für den Nationalsozialismus.“ (S. 67) Wirklich alle Zwangsrekrutierten? - Kämpften nicht wenige – unabhängig von ihrer politischen Überzeugung - ums nackte Überleben im Feld? Bezogen auf die „sich abzeichnende Kriegsniederlage“ heißt es beim Autor: „Auch jetzt verteidigten die Arbeiter den Nationalsozialismus und waren bereit, große Opfer an der Front und im Reich durch die alliierten Bombenangriffe auf sich zu nehmen.“ (S. 66) – Gilt das wirklich für alle Arbeiter?

In einer jüngeren Diskussion mit einem *anderen* Autor wurde ich mit folgenden Argumenten konfrontiert: a) Wenn ältere Zeitzeugen der NS-Zeit von eigenen Hungerphasen in den letzten Kriegsjahren berichten, so sei das eine falsche Erinnerung der Personen. b) Wenn behauptet würde, die positive Haltung der Arbeiter / der Klasse zum NS-Regime habe sich in den letzten Kriegsjahren abgeschwächt oder verändert, so sei das falsch ….

Da ich von dritter Seite aufgefordert wurde, doch meine eigene Position zu den verschiedenen Fragen aufzuschreiben, komme ich dem nach. Letztlich liegt darin auch

die Chance - für alle Seiten - den eigenen Kenntnisstand - in einer erweiterten Diskussion - zu vertiefen und zu überprüfen.

I.

Mir haben 2 unterschiedliche Quellen von persönlichen Hungerphasen in den Kriegsjahren 44/45 berichtet (Zeitzeugen aus Hannover und eine Person aus Sachsen-Anhalt). Die einen waren Gegner des NS-Regimes, die andere Einzelperson aus dem ländlichen Sachsen-Anhalt war zeitweise Sympathisantin der NSDAP. Zeitzeugen können sich irren, Fakten und Zeiträume verwechseln. Sicher. Ich sehe bei diesen Personen jedoch keinen Hinweis darauf. - Liegen meine Gewährs-Personen also falsch oder richtig?

Mein Kontrahent brachte in die Diskussion noch folgende Zusatzargumente ein: Das Naziregime habe wirtschaftlich auf Autarkie gesetzt. Hunger habe es in Deutschland im 2. Weltkrieg nicht gegeben. Die Nazis hätten aus dem Zusammenbruch und der Revolution von 1918 gelernt, dass es nie Unterversorgung an der Heimatfront geben dürfe, die zu Hunger- und Arbeiteraufständen führen könnten. Auch deshalb habe man die eroberten Gebiete ausgeplündert und deren Reichtümer in Deutschland umverteilt. Hungerexzesse wie die sogenannten Steckrübenwinter 17/18 wird man im Dritten Reich vergeblich suchen.

Diese Argumente werden von mir im Kern gar nicht bestritten: Ich hinterfrage lediglich: Konnte das NS-Regime sein eigenes Wollen, die Sicherstellung der Ernährung an der ‚Heimatfront' und in den eingeschlossenen Wehrmachtsteilen zu allen Zeiten und flächendeckend einlösen?

Nach der kontroversen Diskussion habe ich mir einige wissenschaftliche Arbeiten zum Themenkomplex *erneut* angesehen. Darin die Fakten:
* „Exemplarisch für die Situation der Lebensmittelrationierung einer deutschen Industriegroßstadt während des Krieges", schreibt der Medizinhistoriker W.U. Eckart, „mag hier Gelsenkirchen angeführt werden. >Schnallt den Gürtel enger<, hatten die NS-Blockwarte den Bürgern der Stadt bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn empfohlen, nachdem bereits in den letzten Augusttagen 1939 die Bezugsscheinpflicht eingeführt worden war. Sie betraf die wichtigsten Lebensmittel, aber auch Hausbrand-Kohle oder Seife. Bezugsscheinpflichtig wurden während des Krieges ferner Brot, Tabakerzeugnisse und schließlich sogar Futtermittel für Haustiere. In der ersten Kriegsperiode erhielt der vom Ernährungsamt als >Normalversorgungsberechtigter< bezeichnete Bürger – im Volksmund >Normalverbraucher< - pro Woche 700 Gramm Fleisch oder Fleischwaren, 280 Gramm Zucker, 110 Gramm Marmelade, 150 Gramm Nährmittel, daneben ein fünftel Liter Milch und 60 Gramm Milcherzeugnisse, Öle oder Fette pro Tag. Tee wurde auf 20 Gramm im Monat rationiert, Kaffee oder Kaffee-Ersatzmittel auf 62,5 Gramm pro Woche. Insgesamt entsprach die Fett- und Fleischration etwa der Hälfte der Ration der Vorkriegsjahre. Schwer- und Schwerstarbeiter, Arbeiter der Rüstungsindustrie, Jugendliche, Kinder und werdende Mütter erhielten knappe Sonderzulagen. Prinzipiell galt für die Versorgung die Präambel zur Kriegswirtschafts-

versorgung vom 4. September 1939, dass >jeder Volksgenosse sich die notwendigen Einschränkungen in der Lebensführung und Lebenshaltung< aufzuerlegen habe. Durch die >Kriegssondersteuer< um etwa 20 Prozent verteuert waren Tabakwaren, Bier, Branntweinerzeugnisse und Schaumwein. Die Höhe der Rationen sank im Laufe des Krieges; so etwa die Fleischration im Frühjahr 1942 auf 300 Gramm pro Woche, die von Fett auf 200 Gramm. In Geschäften und Verteilungsstellen kam es oft zu lautstarken Auseinandersetzungen, wenn Händler beim Wiegen nach unten abrundeten. Im Frühjahr 1945 schließlich hatte der >Normalverbraucher< nur noch Anrecht auf 250 Gramm Fleisch, 125 Gramm Fett und 1.700 Gramm Brot. / Die Erbitterung der Bevölkerung Gelsenkirchens über die unzureichende Menge und Güte der Lebensmittel stieg deutlich und wurde von den Parteiorganisationen sorgfältig beobachtet. Ebenso stetig stieg auch die Lebensmittel-Korruption und Schwarzmarktversorgung. In der Folge kam es zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Hamstertouren in die ländlichen Gegenden wurden zunehmend kostspieliger. Die Lage verschärfte sich insbesondere nach den verheerenden Luftangriffen der Jahre 1943 und 1944 weiter, als das städtische Lebensmittelversorgungs- und Transportwesen zeitweise zusammenbrach.“ (W. U. Eckart, 2012, S. 354)

Nach Eckard existiert zur Lebensmittellage im Reich auch eine Arbeit zur Gesamtsituation: Holmsten, 1982. Ich konnte aber weder den Titel der Studie identifizieren, noch den Text für mich beschaffen.

* Versorgungslücken, allgemein und im Krieg (bei Nahrung / Medizin), und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung waren schon mal Gegenstand der Berichterstattung von Gestapo und SD, dem geheimen Sicherheitsdienst der SS. (dok. bei Carsten)

* Der Kriegsverlauf traf die deutsche Zivilbevölkerung im Reich allgemein, aber auch einzelne soziale Gruppen im Besonderen:

*Hierbei betrachte ich nicht nur die Geistig-Behinderten, die nun einer ‚zweiten Welle‘ der staatlichen Euthanasie zum Opfer fielen (siehe W. Süß, 2003). Darüber hinaus:

* TBC-Kranke wurden vermehrt zur Arbeit herangezogen, ohne dass die Kost der Belastung angepasst wurde (ebenda, S. 295). Anm: Antibiotika gab es damals noch nicht.

* Da die Wehrmacht im Kriegsverlauf vermehrt Ärzte, Medizin sowie Lazarette für die eigenen Verwundeten im Reich anforderte, verengte sich die Versorgung der Zivilbevölkerung im Reichsgebiet fortschreitend (siehe u.a. W. Süß, 2003).

* Infolge des verstärkten alliierten Bombenkrieges über Deutschland kam es vielerorts zur weiteren Verlegung der Alten und Siechen aus der Regelversorgung der Akutkrankenhäuser, Altenheime und Pflege-Anstalten in ortsferne Hilfskrankenhäuser, auch um für verwundete Soldaten und die lokalen Bombenopfer Platz zu schaffen. Hier in den Behelfsheimen aber waren die ärztliche Versorgung und die Kost quantitativ und qualitativ schlechter. Die lokalen Behörden zeigten sich vielerorts überfordert oder desinteressiert. Den Patienten fehlte die ortsnahe hausärztliche Versorgung, der Druck der Angehörigen auf die lokalen Behörden war dahin … Nicht alle Betroffenen werden diese Tortur überlebt haben. Die zu erwartenden Opfer nahm das NS-Regime jedoch im Krieg für ‚Volk und Vaterland‘ hin, wenn nicht sehend und kalkulierend.

Zeitweise kursierte dann im Ruhrgebiet das Gerücht, nach den Behinderten sollten wohl nun auch die alten und siechen Volksgenossen umgebracht werden. Viele Alte

versuchten hier (und nicht nur hier) der ortsfremden Unterbringung zu entgehen bzw. zurück zu den Angehörigen zu gelangen. Doch einen solchen Führerbefehl zur Vernichtung der Alten hat es nie gegeben. -- Was es gab, waren wohl ‚einzelne' rabiate NS-Funktionäre, furchbare Richter und Naziärzte, die den Sozialdarwinismus auch gegen alte, gebrechliche, auffällige und unheilbar kranke Deutsche anwandten. Dabei schöpften sie die gesellschaftspolitischen Spielräume aus, mit mehr oder weniger Rückendeckung von oben. - Kam es bei den evakuierten Alterskranken auch zu aktiven Tötungen? Die Anklagevertretungen im Nürnberger Ärzteprozess nach dem Kriege gingen ursprünglich von etwa 75.000 ermordeten Alten aus. Doch wurde die Sache nicht weiterverfolgt, zumal das Ausmaß des Verbrechens schwer einzusehen war. Es gibt jedoch einige Fälle, in denen sich eine Tötung größerer Massen unter den Alters-Kranken und Siechen dokumentarisch nachweisen lässt (ebenda, S. 308 ff). - Auch wird in der Spezialliteratur von der vereinzelten Beseitigung schwer verwundeter Soldaten berichtet sowie davon, dass auch „psychisch dekompensierte" und psychiatrisch auffällige ‚therapieresistente' Soldaten dem Henker zugeführt wurden (siehe z.B.: P. Riedesser/ A. Verderber, 1996).

* Hinweise auf die Diskussion über die (zeitweilig prekäre) Ernährungslage in den Führungszirkeln des NS-Staates lassen sich auch in den Schriften des NS-Arztes Ernst Günther Schenck finden. Dieser Autor hat sowohl für die Wehrmacht als auch für die SS als Ernährungs-Inspekteur gearbeitet (siehe u.a.: G. Elsner, 2010).

Fazit: Ich sehe nach wie vor Anhaltspunkte, dass es in den letzten Kriegsjahren schon mal zu Ernährungsengpässen und Hungerphasen bei einzelnen Personen /Gruppen in der deutschen Bevölkerung gekommen ist. Zu untersuchen bleibt, ob es sich hier um regionale Ereignisse und zeitliche Phasen handelte oder ob mehr dahinter steckt.

II.

Wie umfassend war der Zuspruch zum NS-Regime in der Arbeiterschaft/der Arbeiterklasse? Gab es hier auch Differenzierungen und Schwankungen? Dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Tatsache, dass es der Nazibewegung bereits vor 1933 gelang, tief in die Arbeiterschaft einzudringen. Woraus hat sich wohl die Masse der SA rekrutiert? Doch nicht nur aus verkrachten Akademikern, Adeligen und Kleinbürgern. (Zur Zahlenentwicklung der NS-Bewegung in den Jahren siehe u.a.: F.L. Carsten, 1996)

Lange hat der Heldenmythos, mit dem die SED die Widerstandskraft der Arbeiterklasse gegen die NS-Ideologie/den NS-Staat beschrieb und die Widerstandstätigkeit der KPD umgab, eine nüchterne Analyse des Arbeiterverhaltens bzw. -widerstandes behindert. - Eine solche Blüte fand ich z.B. in der Autobiographie des Schauspielers Erwin Geschonneck. Im DEFA-Film „Hans Beimler Kamerad", so berichtet er, steht der misshandelte, aber standhafte Inhaftierte in heroischer Pose vor der KZ-SS und fordert seine KPD-Mithäftlinge zum Singen der Internationale auf, was diese auch tun. Sie werden dann zusammengeschlagen. Geschonneck fand die Film-Darstellung

realitätsfern. Er kritisierte sie in der DDR öffentlich, denn er wusste es besser. Als junger Kommunist hatte Geschonneck 6 Jahre der Hölle des KZ erlebt. Ein Singen der Internationale wäre hier tödlich für alle Beteiligten gewesen. - Nach der öffentlichen Kritik erhielt er einen *privaten* Brief des ehemaligen hohen KPD-Funktionärs Franz Dahlem, der ihn für seinen „Mut“ zu der öffentlichen Kritik lobte. Dahlem war damals immerhin Stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen des SED-Staates. Dahlem war selber daran gescheitert, die unsinnige Filmdarstellung zu verhindern. (Geschonneck, 1995, S. 211/12) Viel gefruchtet hat diese öffentliche Stellungnahme Geschonnecks im SED-Staat und gegenüber der SED offensichtlich nicht.

Mein ‚Kontrahent‘ in der obigen Neuzeit-Diskussion ging von einem anderen Zahlenspiegel zum Widerstand nach 1933 aus. In einer beidseitig emotional überschießenden Diskussion mit mir vertrat er u.a. die Ansicht: Dass die Zustimmung zum NS-Regime in der Arbeiterklasse in den letzten Jahren des Regimes schwächer wurde, sei so falsch. Die Klasse hätte doch den Aufstand wagen können. Hat sie aber nicht. Bis zuletzt stand die Arbeiterklasse hinter dem NS-Regime, das sich ihr Vertrauen durch Sozialpolitik verdient habe. Die paar Tausend Kommunisten und die wenig zahlreichen Gegner des NS-Regimes hebelten diese These nicht aus. Man bräuchte nur die Statistiken oder die Erinnerungen von Kommunisten zur Kenntnis zu nehmen.

In der Literatur wird es differenzierter dargestellt: „Bei Kriegsausbruch waren (nach Weisenborn) etwa 300 000 Deutsche aus politischen Gründen in den Konzentrationslagern eingesperrt. „Man darf ohne Zweifel annehmen, daß bis zum Jahre 1939 die meisten dieser politischen Gefangenen der Arbeiterbewegung angehörten“ (Weisenborn …)“, so zitiert bei H. Grebing (S. 219). Nicht alle Teile der Arbeiterschaft sind ins Lager der Nazis übergewechselt. Auch das sollte man zur Kenntnis nehmen.

Als ich meinem Opponenten auch noch von der sozialdemokratischen Widerstandsgruppe „Sozialistische Front“ Hannover berichtete, die bereits Ende 1932/Anfang 1933 in den Untergrund gegangen sei, leugnete er ihre Existenz. Das könne gar nicht sein, denn der nationale SPD-Parteivorstand habe 1933 abgewiegelt und zurückgepfiffen, auf Legalität gesetzt (und nach 1933 den aktiven Widerstand für sinnlos gehalten, d.V.) Lügen also die real vorhandenen Gerichtsakten? Eine erste noch unvollständige Beschreibung der Organisation Sozialistische Front Hannover lieferte die Journalistin Gerda Zorn, 1965 (Vorwort Wolfgang Abendroth). Weitere wissenschaftliche Arbeiten folgten: B. Rabe, 1984 / K. Theilen, 2000. - Die Untergrundorganisation hatte nach derzeitigem Wissensstand 1000 Mitglieder. Der Verteilerapparat (ihrer Zeitschrift/ Flugblätter) war nach meiner Akteneinsicht größer. Die Gruppe hielt sich von der SPD-Exilleitung bewusst fern. Die Organisation wurde 1936 aufgedeckt und zerschlagen. Jedoch gelang es der Gestapo nicht, alle Mitglieder und Sympathisanten der Organisation zu identifizieren. - Ihre Wirkung in der Bevölkerung war allerdings bescheiden.

Der Historiker F.L. Carsten verzeichnet noch weitere sozialdemokratische Kleingruppen im Widerstand, die sich um die Weisungen des SPD-Parteivorstandes im Exil nicht scherten (siehe: Carsten, 1996).
Gemeint sind hier übrigens nicht die Linkssozialistischen ‚Splittergruppen‘: die SAP,

ISK, Neu Beginnen …, die ebenfalls dem politischen Widerstand angehörten und sich von der SPD abgrenzten und selbstständig, neben und unabhängig von der KPD, (bzw. der KPO) und weiteren politischen Gruppierungen im Untergrund agierten.

Die diversen und verstreuten ‚Netzwerke' des Widerstands in Deutschland wurden bis 1939 weitgehend zerstört. Die Gruppen schwammen nicht wie die Fische im Wasser (des Volkes). Den Nazis war es vor allem zwischen 1936 - 38 gelungen, die übergroße Mehrheit des Volkes, einschließlich der Arbeiterschaft, für sich einzunehmen. Verantwortlich dafür waren vor allem die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, der Rüstungsboom, einige sozialpolitische Maßnahmen, etliche außenpolitische Erfolge … Die erfolgte weitreichende Zustimmung im Volk und der Arbeiterschaft zum Regime lässt sich mit Propaganda, Terror oder der Unterdrückung der Opposition nicht ausreichend erklären. - Doch vor allem im Verlauf des 2. Weltkrieges gab es in dieser Mehrheitszustimmung eben auch Höhen und Schwankungen.
Erst nach Eintritt in die deutschen Angriffskriege bzw. nach Stalingrad vermerkte die Gestapo/ der SD ein Wiederaufflackern des *organisierten* Widerstandes von diversen Kleinstgruppen und wachsende Unruhe in der Bevölkerung.

Wenn also mein ‚Kontrahent' von den „Paar tausend Kommunisten und den wenig zahlreichen Gegnern des NS-Regimes" im Widerspruch oder im Widerstand zum NS-Regime spricht, so ist das arg untertrieben, ändert aber nichts an der Tatsache, dass sich das NS-Regime nach 1933 auf die überwältigende Mehrzahl im Volk und der Arbeiterschaft stützte.

Zwei Bücher zum organisierten oder spontanen Arbeiter-Widerstand habe ich nachträglich noch einmal eingesehen: *Helga Grebing fasst den Kenntnisstand (aus sozialdemokratischer Sicht) 1970 *mit Lücken* zusammen, wobei sie auch die konfessionelle Arbeiterbewegung mit ins Blickfeld nimmt. Allerding fokussiert sie sich dabei auf deren Anführer. / Erheblich umfangreicher ist die Arbeit des linken Historikers * F.C.Carsten zum Arbeiterwiderstand - von 1996. Er fokussiert sich vor allem auf den sozialistischen Widerstand und den spontanen Widerspruch. Den konfessionellen erwähnt er kaum. Zudem konnte Carsten erklärtermaßen *nur das* Material behandeln, das ihm aus Deutschland zugeschickt wurde. Er schrieb seine Studie 1995 in England. Viele neue Lokalstudien aus Deutschland wurden seitdem veröffentlicht. Gibt es eine Auswertung auch dieser Arbeiten? Sowie neuere Studien zum allgemeinen Thema Arbeiterwiderstand?

Fazit, trotz meiner fragmentarischen Kenntnisse: Die These, die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit habe den Nationalsozialismus am Ende des Krieges bis zur letzten Kugel verteidigt, ist falsch. Das wird der Wirklichkeit in seinen Schattierungen nicht gerecht. - Dennoch, weder 1933 noch 1945 kam es zum Aufstand der Arbeiterklasse/der Arbeiterschaft und ihrer politischen Organisationen gegen das NS-Regime. - Die freien Werktätigen in der Heimat taten bis Kriegsende, bis zum bitteren Ende mehr oder weniger still ihre Arbeitspflicht, sei es aus Überzeugung für das Regime oder aus Resignation oder Hoffnungslosigkeit. Die entscheidenden politischen Fehler der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland wurden zwischen 1918 und 1933

gemacht. Der spätere Widerstand stand auf verlorenem Posten. Die Befreiung Deutschlands musste von außen erfolgen. Der praktische Beitrag des nationalen Arbeiter-Widerstandes war zu Kriegsende dabei mehr als marginal. Die überlebenden oder freilaufenden Widerständler waren vereinzelt, ohne wirkliche organisatorische Anbindung, gesellschaftlich isoliert, räumlich zersplittert, ohne Waffen und Plan …; die noch vorhandenen organisierten (links-politischen) Gruppen/Parteigliederungen stark geschwächt und wenig handlungsfähig. Von daher war ein Arbeiteraufstand (von wenigen lokalen Ereignissen abgesehen) völlig illusorisch. Was blieb *in der Heimat* - für den Einzelnen - die weiße Fahne, die freiwillige Kriegsgefangenschaft oder Desertation aus der Wehrmacht, die heimliche Solidarität mit den Fremdarbeitern / Untergetauchten, kritische Bemerkungen, das Hören der ‚Feindsender', die Zusammenarbeit mit den vorrückenden Alliierten, das Aufatmen … Dennoch sind wir es den Opfern schuldig, ein differenziertes wahrheitsgemäßes Bild der Ereignisse zu zeichnen und nicht einfach in das bürgerliche Horn von der Kollektivschuld *des* Deutschen Volkes am Naziregime einzustimmen. Auch nicht in einer linken Variante. – Untersuchen wir also nicht nur Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus, sondern auch seinen Untergang auf der Faktenbasis neuerlich.

Verwendete Literatur:

* Francis L. Carsten: Widerstand gegen Hitler. Der deutsche Arbeiter und die Nazis. Frankfurt/M.: Insel Verl., 1996
* Wolfgang Uwe Eckart: Medizin in der NS-Diktatur. Ideologie, Praxis, Folgen. Wien Köln Weimar: Böhlau Verl., 2012
* Gine Elsner: Heilkräuter,>Volksernährung<,Menschenversuche. Ernst Günther Schenck (1904-1998): Eine deutsche Arztkarriere. Hamburg: VSA, 2010
* Erwin Geschonneck: Meine unruhigen Jahre. Lebenserinnerungen.(1984) Berlin: Aufbau Taschenbuch Verl. (2. erweit. -und unzensierte- Aufl.) 1995
* Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München: dtv, 1970
* Peter Riedesser / Axel Verderber: „Maschinengewehre hinter der Front" Zur Geschichte der deutschen Militärpsychiatrie. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch 1996
* Winfried Süß: Der „Volkskörper" im Krieg. Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945. München: Oldenbourg 2003
* Kolja Wagner: Der Nationalsozialismus: Angriff des Kleinbürgertums auf die Moderne. Teil I in: AzD 69 (2000), Teil II in: AzD 70 (2001)
* Gerda Zorn: Stadt im Widerstand. Frankfurt/M.: Röderberg-Verl., 1965. // Bernd Rabe: Die >Sozialistische Front<. Sozialdemokraten gegen Faschismus 1933-1936. Vorwort: Peter von Oertzen. Hannover: Fackelträger-Verl., 1984. // Sozialistische Blätter. Das Organ der „Sozialistischen Front" in Hannover 1933-1936. Bearbeitet von Karin Theilen. Hannover: Hahnsche Buchhandlung Hannover, 2000

Dokumentation

Interview der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 23.Oktober 2020 mit Sahra Wagenknecht (Auszüge)

Für Renten kämpfen oder lieber für Gendersternchen? Sahra Wagenknecht, die nach wie vor bekannteste Politikerin der Linkspartei, über die Nöte kleiner Leute - sowie studierte Politiker, die diese Nöte gar nicht kennen.

SZ: Frau Wagenknecht, Sie haben sich vor anderthalb Jahren aus der ersten Reihe der Linkspartei zurückgezogen. Was machen Sie mit Ihrer neu gewonnenen Zeit?

Sahra Wagenknecht: Ich habe vor allem wieder viel mehr Zeit zum Lesen, zum Nachdenken und um neue Ideen zu entwickeln.

Was fällt Ihnen ein, wenn Sie über den Zustand der Linken nachdenken?

Man muss erst einmal fragen: Was ist links? Was heute als links gilt, hat mit den traditionellen Anliegen linker Politik oft nicht mehr viel zu tun. Statt um soziale Ungleichheit, Armutslöhne und niedrige Renten drehen sich linke Debatten heute oft um Sprachsensibilitäten, Gendersternchen und Lifestyle-Fragen. Diejenigen, für die linke Parteien eigentlich da sein sollten, also die Beschäftigten, die untere Mittelschicht, die Ärmeren, wenden sich deshalb ab. Von Arbeitern und Arbeitslosen werden linke Parteien kaum noch gewählt. Wir sollten beunruhigt sein angesichts der Serie von Wahlniederlagen, die wir - mit Ausnahme von Thüringen - in den letzten zwei Jahren eingefahren haben. Zumal dieser Niedergang parallel zum Absturz der SPD verläuft.

Ist das ein rein deutsches Phänomen?

Nein. Die linken Parteien sind Akademikerparteien geworden. Thomas Piketty weist das ja in seinem neuesten Buch sehr anschaulich nach. Ob USA, Osteuropa oder Westeuropa, es ist überall der gleiche Trend: Anders als noch in den Fünfziger- und Sechzigerjahren sind es nicht mehr die Benachteiligten, sondern die Bessergebildeten und tendenziell auch die Besserverdienenden, die links wählen. Das ist schon ein Armutszeugnis für die Linke, wenn sie die Armen nicht mehr erreicht.

Wieso hat die deutsche Linke den Zugang zu ihrer Kernklientel verloren?

Linke Parteien sind heute vor allem in der urbanen akademischen Mittelschicht verankert, da kommen viele ihrer Mitglieder und Funktionsträger her. Vor allem letztere sind oft unter privilegierten Bedingungen aufgewachsen und haben kaum einen Zugang zum Leben normaler Menschen. Deshalb werden Debatten geführt, die an den Problemen vorbeigehen, die etwa eine Rentnerin hat, die von 900 Euro im Monat leben muss. Oder jemand, der jeden Tag Postpakete die Treppen hochschleppt. Oder als Schichtarbeiter in einem Industriebetrieb arbeitet. Diese Menschen können nichts anfangen mit der Debatte über Sabbaticals oder die Abschaffung des Autos. Sie reagieren allergisch, wenn der Klimawandel wieder nur das Alibi dafür ist, dass ihr Heizöl, ihr Strom und ihr Sprit noch teurer werden. Und sie wollen auch nicht dafür angemacht werden, dass sie ihr Schnitzel beim Discounter kaufen. Auch wenn man sieht, was in linken Kreisen

heute als rassistisch gilt: Das hat mit dem originären Inhalt dieses Begriffs nichts mehr zu tun.

Nennen Sie mal ein Beispiel.

Nach Umfragen sind sehr viele Leute - zum Glück - der Meinung, dass man Menschen in Not helfen muss. Aber sie sind zugleich der Auffassung, dass Zuwanderung begrenzt werden muss. Das ist nach linker Auffassung Rassismus. Absurd! Hier gibt es große Tabuzonen. Aber man muss doch darüber reden können, ob die Förderung von Migration überhaupt eine linke Position ist.

Das geht. Wir reden ja gerade darüber.

Für die Herkunftsländer ist Migration ruinös, weil es in der Regel die Besserqualifizierten sind, die abwandern. Alle seriösen Entwicklungsökonomen bestätigen das. Wenn wir wirklich den Bedürftigen helfen wollten, dann müssten wir vor Ort helfen. Und natürlich gibt es in den Einwanderungsländern auch große Probleme, soziale und kulturelle, deren Thematisierung man nicht den Rechten überlassen darf.

Was ist für Sie rechts?

Rechts ist für mich die Befürwortung von Krieg, Sozialabbau, großer Ungleichheit. Und das, was Rassismus in seinem Wortsinn ausmacht: Menschen herabzusetzen, die woanders geboren sind, eine andere Hautfarbe haben. Gegen diese Menschen zu hetzen und ihnen die Verantwortung für Probleme zuzuschieben, für die sie nicht verantwortlich sind. Nicht rechts ist es anzusprechen, dass Zuwanderer für Lohndrückerei missbraucht werden, dass es kaum möglich ist, eine Schulklasse zu unterrichten, in der mehr als die Hälfte der Kinder kein Deutsch spricht, oder dass wir auch in Deutschland ein Problem mit dem radikalen Islamismus haben. Wenn Linke das alles ausblenden, muss man sich nicht wundern, wenn manche Menschen das Gefühl bekommen, die AfD sei die einzige Partei, die ihre Probleme ernst nimmt.

Das hört sich an, als ob Sie die Politik der linken Parteien mitverantwortlich machen für den Aufstieg des Rechtspopulismus.

Ja, natürlich. Überall. Die linken Parteien haben ihre frühere Wählerschaft im Stich gelassen. Die ist zunächst einmal den Wahlen ferngeblieben. Erst dann kamen die Rechten und haben in diesen Milieus Stimmen gesammelt. Mir schreiben viele ehemalige Wähler der Linken, weshalb sie jetzt AfD wählen. Sie hatten nicht mehr das Gefühl, dass wir ihre Interessen vertreten, dass sie mit dem Kreuz bei uns ihren Ärger über die herrschende Politik ausdrücken können.

Gerade in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands ist die Wählerschaft der Linken relativ alt. Muss die Partei sich da nicht zwingend auch um junge, liberale Großstädter kümmern?

Es gibt auch junge Leute, die in Bottrop oder Bitterfeld leben. Und viele, die keine Chance haben, je zu studieren. Die brauchen unsere Unterstützung mehr als gut behütete Kinder der Mittelschicht. Natürlich freue ich mich auch über jeden gut bezahlten Akademiker, der uns wählt. Die Frage ist nur, für wen wir in erster Linie Politik machen - orientieren wir uns vor allem an sozialen Problemen oder bedienen wir hippe

grünliberale Modethemen. Wie wir in den letzten Jahren Politik gemacht haben, sollten wir nicht weitermachen.

Ist der Klimawandel ein hippes Modethema?

Das ist ein Menschheitsthema und darf kein Modethema der Besserverdienenden bleiben. Der Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Problematisch ist es, wenn sich der Kampf gegen den Klimawandel auf Lifestyle-Fragen konzentriert. Also: Fahren wir jetzt alle Fahrrad oder E-Auto? Essen wir vegan oder kaufen zumindest unser Fleisch im Bioladen? Viele Menschen können sich so einen Lebensstil schlicht nicht leisten. Außerdem ist das eine Ablenkungsdebatte. Die Globalisierung mit ihren endlosen Transportwegen und dreckigen Containerschiffen schädigt das Weltklima ungleich mehr als alle Diesel-Fahrer zusammen. Während man denen ein schlechtes Gewissen einredet, kürzt die Deutsche Bahn weiter ihr Streckennetz und fährt ihren Gütertransport runter. Statt Menschen, die oft schon in den letzten Jahren Einkommen verloren haben, Verzicht zu predigen, sollten wir lieber etwas dagegen tun, dass große Unternehmen viele Produkte extra so konstruieren, dass sie schnell kaputtgehen. Wir müssen weniger darüber reden, wie wir konsumieren, und viel mehr darüber, wie wir wirtschaften und produzieren.

Halten Sie sich selbst für eine Integrationsfigur der Linken?

Ich erfahre viel Zuspruch von Mitgliedern und möglichen Wählern. Klar, ich habe Überzeugungen, die polarisieren. Aber ich denke, dass wir mit einer anderen Politik erfolgreicher wären. Nach Umfragen gibt es seit Jahren Mehrheiten für eine sozialere Politik. Aber diese Mehrheit wählt schon lange nicht mehr links. Das würde ich gern ändern.

Sie haben es ja versucht mit Ihrer Sammelbewegung "Aufstehen". In Ihrer Partei sagen aber viele, die habe mit ihren spalterischen Tendenzen zum Niedergang beigetragen.

Das hätte man uns vorhalten können, wenn wir eine Partei gegründet hätten - wie das viele Mitglieder von "Aufstehen" wollten. Mein Anliegen war, aus einer Bewegung heraus so viel Druck zu erzeugen, um in den Führungsebenen der linken Parteien ein Umdenken auszulösen. Das ist leider komplett misslungen. Jetzt hat "Aufstehen" einen neuen Vorstand. Junge Leute machen einen neuen Anlauf.

Treten Sie bei der Bundestagswahl 2021 noch einmal für die Linke an?

Wenn mein Landesverband Nordrhein-Westfalen meine Kandidatur unterstützt, ja.